

KURDISTAN REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
PIROZBE
Nr. 156 Juli/August 2011
2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 156 Juli/August 2011 berichten wir über:

Nur im Internet | www.kurdistanreport.de:



Überall in Nordkurdistan kamen die Menschen zusammen, um ihren Erfolg bei den diesjährigen Parlamentswahlen zu feiern. Foto: DIHA



Täglich zeigt die Bevölkerung ihren Willen zum Frieden. Täglich protestieren sie gegen die Unterdrückung durch die türkische Regierung. Foto: DIHA



Der Wahlkampf in der Türkei und Nordkurdistan wurde von Seiten der Türkei mit Gewalt geführt. Auch der Wahlbus der BDP wurde angegriffen. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wieder einmal war der politische Fokus der kurdischen Freiheitsbewegung auf die türkische Parlamentswahl am 12. Juni gerichtet. Ihre eigene Organisierung zu diesem konkreten Anlass hatte jetzt Premiere als „Bündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit“. Es ist das neueste Projekt im Laufe jahrzehntelanger Bemühungen um politische Einheit unter den türkischen und kurdischen fortschrittlichen, demokratischen, linken, sozialistischen … Gruppen. Und vorerst mit einigem Erfolg, wie sich zeigte und mit Stolz konstatiert wird (36 Abgeordnete).

Inwieweit dieser Block Zukunft hat, wird sich natürlich erst praktisch erweisen müssen. Perspektivisch und strategisch macht er auf jeden Fall Sinn, ist ein vielversprechender Ansatz auf dem Weg zu einer Lösung der kurdischen Frage und einer Demokratisierung in der Türkei.

Ebenso richtet sich der Blick über den politischen Tellerrand auf die näheren und entfernteren arabischen Nachbarn, die sich im Aufstand befinden – mit mehr oder weniger Erfolg und mit mehr oder weniger Einmischung und Manipulation von außen.

Die Situation dort ist für die Kurdinnen und Kurden naturgemäß von Interesse, allein schon aus einem solidarischen Verhältnis heraus. Aber auch die Perspektive gemeinsamer Organisierung, Kämpfe, Befreiung mag näherrücken. Nicht umsonst schwebt der kurdischen Freiheitsbewegung ein demokratisches Kurdistan in einem föderalen Mittleren Osten vor.

Trotz aller Unwägbarkeiten birgt die Lage in der Region Möglichkeiten, die vor einem halben Jahr noch weiter entfernt schienen. Und trotz jeglicher Weigerung der türkischen Administration und ihrer NATO- und EU-Unterstützer, sich auf irgendein essentielles Zugeständnis in Richtung Demokratisierung einzulassen, wie sich ja nun nach vielen Jahren herausgestellt hat, kennen wir doch die Ausdauer und die Phantasie der Kurdinnen und Kurden. Sie sind auf ihrem „äußerst flexiblen“ Weg in eine selbstbestimmte Zukunft.

Angesichts dessen kann uns die perfide Ignoranz, mit der hier, im „Westen“, die unmenschliche Politik der Türkei honoriert wird, doch immer wieder die Sprache verschlagen – wider besseres Wissen. Wie das AKP-Regime bei jeder Gelegenheit hofiert, ihr zum Wahlsieg gratuliert wird, unter Aussparung jeglicher Kritik an Gewaltherrschaft und Menschenrechtsverletzungen, die bei anderen in Ungnade gefallenen Staaten schon als Kriegsgrund herhalten müssen. Das ist unverschämt überdeutlich in den letzten Wochen zu verfolgen, wem hier die Sympathien gelten; sprich: Von wem der höchste Profit erwartet wird, der größte Nutzen.

Doch gibt es auch in diesem Fall eine Möglichkeit, den Herrschenden in die Suppe zu spucken: Am 1. September, dem Weltfriedens-/Antikriegstag, wird die Kampagne „TATORT Kurdistan“ in der BRD wieder einen Aktionstag durchführen: „Rüstungsexporte weltweit stoppen“, so das Motto. Damit will die Kampagne „ein Zeichen gegen Rüstungsexporte und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen setzen“ (aus dem Aufruf), es „soll dargestellt werden, wie und wo deutsche Waffen bei der Verletzung von Menschenrechten, bei Kriegsverbrechen und bei der Zerstörung von Landschaften in Kurdistan eingesetzt werden“. Damit hat sich die Kampagne die schwere Aufgabe gestellt, gegen das satte Sich-abfinden mit weltweiter Ausbeutung und Unterdrückung „diese Machenschaften der deutschen Regierung und deutscher Unternehmen aufzuzeigen, zu kritisieren und zu behindern“.

Informationen zur Kampagne und zu Möglichkeiten, sich zu beteiligen, sind zu finden unter: http://tatortkurdistan.blogsport.de/

Ihre Redaktion

Ein neuer Weg für die Türkei:

Die Regenbogenpolitik

Nilüfer Koç

Die Resultate der Wahlen in der Türkei am 12. Juni werden immer noch politisch kommentiert. Sowohl die türkischen als auch die internationalen Presse- und Medienorgane versuchen sich die neue politische Konstellation mit ihren künftigen Auswirkungen auszumalen. Bei den Wahlen in der Türkei handelt es sich nicht um ein gewöhnliches Zusammentreffen politischer Parteien. Angesichts der ungelösten kurdischen Frage, aber auch der wachsenden Rolle der Türkei in dem Unruheprozess im Mittleren Osten und in Nordafrika mit seiner globalen Bedeutung ging es bei diesen Wahlen um vieles mehr. Denn im Wahlkampf konkurrierten nicht wie üblich politische Parteien um Parlamentssitze, sondern es wurde ein intensiver Kampf zwischen zwei wesentlichen politischen Linien ausgefochten, die für die Zukunft des Landes entscheidend sein werden. Gegen die traditionelle Machtpolitik der Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) stand die BDP (Partei für Frieden und Demokratie) mit ihrem Wahl-„Bündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit". Im politischen Klartext haben zwei Realitäten der Türkei gekämpft. Gegen die 87-jährige Staatsideologie der türkischen Republik „eine Nation, eine Flagge, eine Sprache, ein Glauben, ein Geschlecht", die heute von der AKP führend vertreten wird, stand die Regenbogenpolitik der BDP. Die gewählten 36 Abgeordneten aus dem BDP-„Bündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit" spiegelte im wahrsten Sinne des Wortes ein breites kulturelles und politisches Spektrum des Landes wider. Unter ihnen Frauen, Kurden, Türken, ein Christ, Vertreter der türkischen Sozialisten, kurdische Traditionalisten, religiös geprägte Politiker und Modernisten. Kurzum, ein kleines Profil der Türkei mit ihrer politischen und kulturellen Vielfalt.

Der Wahlkampf war also nicht fair. Diese repressive Staatsmacht überwand das kurdische Volk mit einem historischen Erfolg.

Die AKP hat gewonnen, da sie die gesamte Staatsmacht im Wahlkampf gegen den eigentlichen Kontrahenten, das Wahlbündnis, eingesetzt hat. Aber auch, weil sie aufgrund des instrumentalisierbaren Islam wichtig ist für die internationale politische Machtbalance im Kampf gegen die arabischen Völker. Die westlichen Mächte, allen voran die USA, brauchen erneut die AKP als Polizisten der Region.

Die gesamte Staatsmacht hat die AKP gegen die BDP aufgefahren. Allein seit Mai sind mehrere Tausend politische Aktivisten der BDP festgenommen worden. Hinzu kommen die ununterbrochenen Militäroperationen zur Einschüchterung der Kurden. Die verbalen Beleidigungen und die rassistische Verleumdungspolitik gegen die Kurden und sexistische Äußerungen gegenüber Frauen bildeten die Grundlage der AKP-Wahlpropaganda. Diese Attacken zeugten aber auch von der Angst, in Kurdistan nicht die erhofften Resultate zu erzielen. Die AKP erhielt auch internationale Rückendeckung. Knapp eine Woche vor der Wahl ließ die französische Regierung die Polizei in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion" ohne geringsten Grund gegen kurdische Institutionen und Persönlichkeiten in Paris vorgehen. Kurz vorher hatte der französische Staatspräsident Sarkozy Erdoğan informiert, dass er ihm eine Überraschung präsentieren würde. Die Überraschung war der Angriff auf die kurdischen Vereine, an einem Wochenende, an dem kurdische Familien mit ihren Kindern zu kulturellen und sozialen Aktivitäten zusammenkommen. Bilder und Fernsehaufnahmen der polizeilichen Aggression ähnelten denen aus Kurdistan. Das Schweigen der EU gegen die ungesetzlichen und willkürlichen Festnahmen Tausender kurdischer Politiker und Politikerinnen durch die Polizei in der Türkei war eine weitere Unterstützung für die AKP. Zudem profitieren dort alle anderen Parteien finanziell von der Staatskasse. Während dies der BDP verwehrt wird.

Der Wahlkampf war also nicht fair. Diese repressive Staatsmacht überwand das kurdische Volk mit einem historischen Erfolg. Historisch deshalb, da zum ersten Mal Vertreter der türkischen Sozialisten, Oppositionellen und Demokraten gemeinsam mit den Kurden Zukunftsperspektiven für die Türkei und Kurdistan formulierten, die sich jetzt in einem politischen Block verfestigen werden. Progressive Kräfte der Türkei sehen in der Dynamik des kurdischen Freiheitskampfes die demokratische Zukunft der Türkei. Dies ist von breiten Gesellschaftsschichten, vor allem den Intellektuellen, zu einer neuen Hoffnung erklärt worden. Historisch war diese Wahl auch deshalb, weil kurdische Parteien verschiedener politischer Auffassungen zusammenkamen und sich für eine nationale Einheit in Kurdistan aussprachen. Die Vertreter dieser Parteien suchten während des Wahlkampfs gemeinsam mit der BDP Vertreter der kurdischen Regionalregierung in Südkurdistan (Ira-

kisch-Kurdistan) zwecks Unterstützung auf und kamen mit positiven Signalen zurück.

Diese beiden Bündnisse sind für die Zukunft der Türkei von besonderer Bedeutung. Da zum einen die kurdischen politischen Parteien im Rahmen der nationalen Einheit ihre Forderungen für die neue türkische Verfassung gemeinsam formulieren werden. Zum anderen aber werden die Kurden im gemeinsamen Kampf mit allen oppositionellen Kräften der Türkei eine demokratische Verfassung ins Visier nehmen.

Federführend bei der Idee des Zusammenkommens der Kurden einerseits, der Kurden und Türken andererseits waren die Bemühungen Abdullah Öcalans. Über seine Anwälte hat er beharrlich seit Monaten die demokratische Alternative auf die politische Agenda zu setzen versucht und hat darüber ein beachtliches Vertrauen gewonnen.

Die monatelangen Aufrufe Abdullah Öcalans können natürlich nicht losgelöst von den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Mittleren Osten und in Nordafrika gesehen werden. Und vor allem nicht von der erneuten Bedeutung des politischen Islam der AKP für den Mittleren Osten. Die AKP hat in den letzen beiden Jahren den Anschein einer „offensiven“ Politik nach innen unter dem Namen „demokratische Öffnungspolitik“ und nach außen als „null Probleme mit den Nachbarn“ verfolgt. Beide sind heute gescheitert. Aus diesem Grund auch war bis zum letzten Jahr Kritik aus Brüssel und Washington an der AKP lauter geworden. Der arabische Aufruhr in Ägypten, der sich später auf weitere Staaten ausbreitete, hat der AKP eine neue Chance geboten und sie vor ihrem kritischen Zustand wieder handlungsfähig gemacht. Während die USA den Angriff gegen Libyen mit Hilfe Frankreichs begannen, holten sie dann die Türkei mit ins Boot. Für eine Invasion in Syrien ist die Bedeutung der Türkei jetzt noch gestiegen. Die Politik der „null Probleme mit den Nachbarn“ wendet sich jetzt zu einer der „Feindschaft mit den Nachbarn“. Noch vor zwei Jahren erhielt Erdoğan einen Freundschaftpreis von Gaddafi. Jetzt ist er sein Feind. Auch hatte Erdoğan Baschar al-Assad letztes Jahr zum Freund erklärt. Heute bereitet die Türkei eine Invasion in Syrien vor. Vor allem in den kurdischen Teil Syriens, der direkt an die Türkei grenzt. Es wird jetzt an einem Konzept gearbeitet, das vorsieht, den syrischen Teil Kurdistans zu einer Pufferzone zu machen. Mit dem Iran hat die Türkei in den letzten Jahren mehrmals gemeinsame militärische Angriffe gegen die Guerilla der PKK unternommen. Jetzt berichten sämtliche iranischen Medien über die „türkische Gefahr“. Denn fällt Syrien, dann wird der Iran das nächste Ziel sein. Aus diesem Grund wird der Iran natürlich bemüht sein, Syrien zu unterstützen. Gestern wurden Erdoğan und die AKP von den Arabern als Freunde bejubelt. Er hatte eine große Show mit Krokodilstränen für Gaza inszeniert. Wie ein türkisches Sprichwort sagt, der Hut ist gefallen, man sieht jetzt die Glatze. Es ist ein Gewinn, dass die wahre Identität der AKP jetzt bei den Nachbarn sichtbar wird. Die Kurden haben dies sehr früh erkannt. So bezeugen das auch die Wahlresultate in Kurdistan.



Wie hier in Şemzinan kamen überall die BewohnerInnen zusammen, wenn ihre Abgeordneten des Wahlblocks in ihre Orte kamen.
Foto: DIHA

Die entscheidenden Größen, die die AKP als gegenwärtige Aggressorin des Mittleren Ostens verhindern können, werden die Kurden und die demokratischen Kräfte in der Türkei sein. Denn die aktuelle AKP-Politik signalisiert deutlich, dass sie kriegsfördernde Politik in der Region vorantreiben wird. In diesem Kontext fällt sowohl dem kurdisch-kurdischen, aber auch dem türkisch-kurdischen Bündnis die Verantwortung für friedensstiftende Politik zu.

Es wird jetzt auch sehr wichtig sein, ein kurdisch-arabisches Bündnis zu schmieden, da sowohl das kurdische als auch die arabischen Völker Demokratie und Freiheit wollen.

Die AKP als regionale Unruhestifterin kann in der Türkei gebremst werden. Das werden die Kurden tun, da sie die kurdische Frage gelöst haben wollen. Ihre Konzeption der Demokratischen Autonomie steht parat. Ihre Vorstellungen für eine demokratische Verfassung sind auch konkret und liegen schwarz auf weiß vor. Die AKP wird nicht mehr auf kurdisches Verständnis oder Toleranz wie in den letzten neun Jahren hoffen können. Ohne die Lösung der kurdischen Frage durch eine verfassungsrechtliche Verankerung des kurdischen Existenzrechts wird die AKP nicht frei agieren können. Auch wenn sie 100 % der Stimmen erhalten hätte.

Es wird jetzt auch sehr wichtig sein, ein kurdisch-arabisches Bündnis zu schmieden, da sowohl das kurdische als auch die arabischen Völker Demokratie und Freiheit wollen. Hierfür haben die kurdischen Parteien in Syrien bereits ihre Arbeit intensiviert. Im Mittleren Osten und in Nordafrika steht ein gesellschaftlicher und politischer Wandlungsprozess bevor. Es wird der Frühling des kurdischen und der arabischen Völker sein. Sie gehörten zu den Verlierern des I. Weltkrieges. Bei der Grenzziehung der arabischen Nationalstaaten wurden weniger die Interessen der Völker berücksichtigt. Dafür wurden sie von westlichen Mächten inthronisierten Königen, Mullahs, Scheichs unterstellt. Unterstanden aber auch Baath-Regimes mit ihrer Politik zugunsten der Sowjet-Interessen. Die Bürger oder die „Staatsbürger" hatten zu schweigen. Jede kritische Stimme führte zu Tod, Folter oder Exil. Das Fass ist jetzt übergelaufen. Die arabischen Völker wollen die vor allem auch nach dem 11. September durch die Islamphobie verstärkte Erniedrigung nicht mehr hinnehmen. Es fehlt ihnen aber leider an organisierter Opposition. Da jede regimekritische Stimme bisher entweder im Exil landete oder im Grab. Die Kurden und der kurdische Freiheitskampf allerdings hatten bessere Voraussetzungen, da sie über eine Alternative verfügen. Über die Entkolonialisierung Kurdistans soll der Demokratisierungsprozess im Mittleren Osten aufgebaut werden. Für den Frieden und die Demokratie in den Schlüsselländern (Türkei, Iran, Syrien, Irak) des Mittleren Ostens brauchen die Kurden die Unterstützung der arabischen Völker. Und diese wiederum brauchen die Unterstützung des kurdischen Volkes. Die Hoffnung wächst, dass nach jahrzehntelanger Tragödie der Nationalstaaten die Völker ihre Geschichte schreiben. Die Kurden haben bereits damit begonnen.

Um Solidarität mit diesen Völkern zu leisten, ist es zunächst vital, ihren Willen und ihr Festhalten an Freiheit und Demokratie zu berücksichtigen. Es wird politisch fatale Folgen haben, wenn die gesamte Unruhe im Mittleren Osten und in Nordafrika als ein Konzept der USA gesehen wird, wie manche gern behaupten. Natürlich wollen die USA ihr Greater Middle East Project verwirklichen und nutzen hierfür jede Gelegenheit. So gießen sie Öl ins Feuer. Nach Irak, Afghanistan, Pakistan usw. wissen die Völker jetzt mehr über die USA. Die sind aber keine übermächtige göttliche Kraft. Schließlich haben sie nach der Irak-Invasion begriffen, dass es nicht so einfach ist, die Region problemlos zu belagern. Jetzt ziehen sie die EU-Staaten (vor allem Frankreich und Deutschland) und die Türkei mit in ihre Expansionspolitik hinein. Allein können sie den Plan des Großen Mittleren Ostens nicht umsetzen. Warum aber die EU mitmacht, ist fragwürdig. Denn Europa war ja die Kraft, die mit dem I. und dem II. Weltkrieg das Fundament der Tragödie für das kurdische Volk und die arabischen Völker gelegt hat. Und wie ersichtlich explodiert jetzt das alte europäische Projekt des Mittleren Ostens. Neues hat niemand zu bieten. Weder die USA noch die einzelnen EU-Staaten haben begriffen, dass Ungerechtigkeit irgendwann durch die gesellschaftliche Dynamik kontert. Die Türkei hat mit internationaler Rückendeckung 87 Jahre lang systematisch die Kurden zu vernichten versucht. Aber es ist ihr nicht gelungen. Auch die Verfolgung der Kurden in Deutschland und Frankreich hat nicht zu den erwünschten Resultaten geführt. Es bleibt die Frage, warum dies nicht eingesehen und verstanden wird. Eine plausible Antwort wäre vielleicht:

Die Macht macht krank und blind. ♦

Wahlrat der Türkei macht die Wahl Hatip Dicles zum Abgeordneten rückgängig

Ankara – Der Hohe Wahlrat (YSK) der Türkei hat die Wahl des unabhängigen Kandidaten von Amed (Diyarbakır), Hatip Dicle, für nichtig erklärt. Mit diesem Beschluss ist somit auch der Wille von 77 709 Wählern in Amed beschnitten worden.

Hatip Dicle war zuvor vom YSK von der Wahl ausgeschlossen und nach Protesten wieder zugelassen worden. Der YSK hat im Rahmen einer Strafverhängung gegen Dicle um seine Verteidigungsschrift angefragt und hatte eine Frist bis heute gewährt. Hatip Dicle ist wie gefordert am 21.6. vor der regionalen Wahlkommission erschienen und hat über seine Anwälte um eine Fristverlängerung gebeten.

Der YSK hat die Verteidigung Dicles nicht abgewartet und heute Nacht seinen Beschluss veröffentlicht, obwohl zuvor zugesichert worden war, dass man die Verteidigungsschrift Dicles abwarten will.

Auf diese Entscheidung hin haben seine Anwälte Widerspruch eingelegt und diesen an den YSK weitergeleitet. Der Antrag soll am 22.6. mit allen Mitgliedern des YSK erörtert werden. ANF, 21.06.2011

Die Wahlen vom 12. Juni haben der Lösung der kurdischen Frage Türen geöffnet

Ein beidseitiger Waffenstillstand ist unabdingbar

Vorstand des Exekutivrats der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan), 20.06.2011

An unser Volk und die Öffentlichkeit!

Die Ergebnisse der Wahlen in der Türkei vom 12. Juni haben der Lösung der kurdischen Frage auf politisch-demokratischem Wege Türen geöffnet. Die Tatsache, dass der „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit" trotz aller Hindernisse einen Erfolg feiern konnte, die AKP fast 50 % der Stimmen erhalten hat und die CHP in der Wahlkampfphase einige positive Signale abgegeben hat, stärken die Hoffnung, dass diese Phase einen Neuanfang in Richtung der verfassungsrechtlichen Lösung der dringenden Fragen der Türkei darstellen könnte.

Verbreitet hieß es, dass dem neu zusammengesetzten türkischen Parlament die Rolle eines Gründungsparlamentes zukomme, welches die Aufgabe der Demokratisierung der Türkei durch eine neue zivile Verfassung habe. Damit diese Phase einer verfassungsrechtlichen Lösung positiv ablaufen kann, müssen sowohl die Militäroperationen ein Ende finden als auch die Grundlage dafür geschaffen werden, dass alle Kreise sich in einen demokratischen Diskussionsprozess über die neue Verfassung einbringen können.

Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan hat über seine Anwälte am 15. Juni verlautbaren lassen, dass die Gegebenheiten für eine demokratische verfassungsrechtliche Lösung besser denn je seien. Allerdings hat er zusätzlich erklärt, dass die militärischen Auseinandersetzungen hierfür ein Ende finden müssten. Außerdem könne das türkische Parlament für einen fortdauernden Frieden einen Aufruf an seine Person tätigen, um die Bedingungen zu schaffen, damit er seiner Rolle gerecht werden kann.

Die Bewertungen unseres Vorsitzenden sind richtig und seine Forderungen passend. Wir als Bewegung werden diese Aufrufe bewerten und unserer Verantwortung gerecht werden. Allerdings wissen unser Volk und die Öffentlichkeit, dass wir seit 1993 vielfach durch einseitige Waffenstillstände versucht haben, friedliche Initiativen zu ergreifen, diese allerdings keinen beständigen Erfolg gebracht haben. Zuletzt haben wir unsere Phase der Aktionslosigkeit am 13. August 2010 erklärt und diese bis zum 15. Juni 2011 aufrechterhalten. Allerdings haben weder unsere einseitigen Bemühungen noch die Bemühungen unseres Vorsitzenden, der trotz seiner Isolierung fortwährend Lösungsprojekte entwirft und der Öffentlichkeit mitteilt, den demokratischen Lösungsprozess zu einem Erfolg führen können.

Dadurch, dass Regierung und Militär nicht die notwendige Haltung eingenommen haben, sind die einseitigen Waffenruhen und die Lösungsinitiativen unterschiedlicher Kreise erfolglos geblieben. Wenn auch dieses Mal die türkische Öffentlichkeit die Augen verschließen und der türkische Staat an seiner bisherigen Politik festhalten sollte und wenn Militär und Polizei ihre Operationen fortsetzen sollten, dann werden unsere einseitigen Bemühungen für eine demokratische Lösung kaum zu einem Erfolg führen können.

Aufgrund dessen müssen für die Stärkung der Phase einer demokratischen verfassungsrechtlichen Lösung ohne parallele militärische Auseinandersetzungen folgende zwei Punkte ohne Verzögerung umgesetzt werden:

1. Das türkische Parlament muss in seiner neuen Legislaturperiode für die Lösung des grundlegendsten Problems des Landes, der kurdischen Frage, einen Aufruf an Abdullah Öcalan richten und seine Lebensumstände derart verbessern, dass er seiner Rolle gerecht werden kann.

2. Der Regierungschef der Türkei oder eine andere Person in ähnlicher Position muss erklären, für die Lösung der kurdischen Frage nicht Zerstörung und Mord zur Grundlage zu nehmen, sondern den Dialog und friedliche Mittel. Auf dieser Basis muss der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, dass zur Stärkung des Lösungsprozesses alle Operationen des Militärs und der Polizei ein Ende finden.

Wenn der Staat und die neue Regierung einen solchen Vertrauen schaffenden Schritt tun, wird der Weg zu einem andauernden Frieden und einer demokratischen Lösung auf Grundlage einer neuen Verfassung an Bedeutung gewinnen. Im gegenteiligen Fall, wenn uns also die Militäroperationen und unsere Eliminierung weiterhin aufgedrängt werden, wird es wenig Sinn machen, die einseitige Waffenruhe aufrechtzuerhalten. Für die Entwicklung einer ernsthaften und fortdauernden friedlichen Phase ist ein beidseitiger Waffenstillstand unabdingbar. Wenn in dieser Phase keine Lösungen erzielt werden, ist es nicht gerechtfertigt, von unserer Seite in

Zukunft ein weiteres Mal eine solche einseitige Opferbereitschaft zu erwarten. Auch wird es fortan nicht mehr möglich sein, einen Zustand der Ungewissheit und Lösungslosigkeit langfristig aufrechtzuerhalten. Die Konsequenzen daraus, dass das kurdische Volk trotz seines unter Beweis gestellten guten



Vorstand des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan, KCK   Foto: ANF

Willens hingehalten und eliminiert werden soll, werden Regierung und Staat tragen müssen. Denn das kurdische Volk ist in unserer heutigen Zeit auch dazu in der Lage, seine eigene Lösung auf Grundlage seines eigenen Willens zu entwickeln. Aus dieser Sicht des Staates ist es für die Zukunft der Türkei elementar, diese Phase richtig zu analysieren und den Willen zu einer demokratischen Lösung an den Tag zu legen. Dass die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber Kurdistan versagt hat, ist augenscheinlich. Daher macht es keinen Sinn, diese Politik mit anderen Mitteln fortführen zu wollen.

Die Ergebnisse der Wahlen vom 12. Juni sind gleichbedeutend damit, dass das Volk Kurdistans für eine friedliche demokratische Lösung und die Demokratische Autonomie steht. Diese Tatsache muss jeder respektieren und auf dieser Grundlage Lösungsperspektiven entwickeln. Das kurdische Volk hat erstmals in seiner Geschichte solch eine tiefgreifende Einheit in seinen Reihen entwickelt. Gleichzeitig hat es die gegenseitige Solidarität mit weiteren linken, sozialistischen und demokratischen Kreisen der Türkei bedeutend gestärkt.

Auch wenn das nicht ausreichend ist, so hat der „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“, mit der Wahlbestätigung der kurdischen Bevölkerung, mit dem Ziel einer demokratischen Nation, doch eine wichtige Perspektive für eine demokratische Republik und Autonomie erarbeiten können. Dies ist eine neue und wichtige Situation, die den Horizont der Türkei öffnen wird.

Diese Tatsache ist ein ernsthafter Punkt bei der Entwicklung der Lösungsprozesse in Anbetracht der demokratischen Gesellschaft und des Staates. Die brenzligen Entwicklungen im Mittleren Osten drängen nach einer demokratischen Nation und einer demokratischen Republik in der Türkei. Mit diesem Ansatz können die türkische Wirtschaft und Politik erkennbar zu einem Fortschritt bewegt werden. Mit der gemeinsamen Beteiligung der Bevölkerung, in Solidarität und Geschwisterlichkeit, mit der Partizipation aller sozialen Schichten, der Entwicklung eines zukunftsorientierten demokratischen Zentrums in der Region und einer gefestigten Legitimation in der Verfassung wird eine neue, fortschrittliche Türkei entstehen. Die demokratischen Kräfte und das kurdische Volk haben mit ihren vereinten Bemühungen die Bedingungen dafür bereits geschaffen.

Als Bewegung möchten wir unsere Entschlossenheit bekunden, dass wir die Wege zu einem kampflosen und historischen Friedensprozess und der Öffnung zu einer Lösung im Rahmen einer demokratischen Verfassung, auf Basis der Friedens- und Demokratiebestrebungen unseres Volkes, unterstützen werden, sofern auch Staat und Regierung die nötigen Schritte unternehmen sollten.

Wir rufen unser Volk und alle demokratischen Kräfte, die auf der Seite des Friedens stehen, auf, sich ihrer bedeutenden Rolle in dieser kritischen und historischen Phase für einen bleibenden Frieden bewusst zu sein und den Fortschritt zu einer demokratischen Lösung mitzutragen als auch zu stärken.

20.06.2011

Der Vorstand des Exekutivrats der KCK

Die Türkei und die Kurden nach den Wahlen vom 12. Juni

Der wahre Sieger ist der von der BDP unterstützte Block

Baki Gül

Die Türkei hat am 12. Juni 2011 wieder eine Wahl hinter sich gebracht. Die konservative, islamische Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP), die die Wahlen mit nationalistischen Diskursen und der Betonung des Türkentums bestritt, erhielt 49,9 % und stellt damit zum dritten Mal die Regierung. Die Republikanische Volkspartei (CHP) hat versucht, sich mit ihrem neuen Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu von ihrer harten kemalistischen Linie wegzubewegen und diese etwas aufzuweichen, sie hat bei den Wahlen 25,91 % erreicht und ist damit die zweitstärkste Partei geworden. Die Partei der Nationalen Bewegung (MHP), die für ihre extrem nationalistische und starre Politik bekannt ist, hat bei den Wahlen 12,99 % erreicht, damit als drittstärkste Partei die 10%-Hürde überwunden. Der Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit, der von der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) unterstützt wurde, war wegen der 10%-Hürde mit unabhängigen Kandidaten in die Wahl gegangen und hat in dieser Form mit einem Stimmenanteil von 6,65 % einen großen Sieg errungen. Die Wahlen im Jahre 2011 haben zu einer Zeit stattgefunden, als Themen wie demokratische Autonomie bzgl. der kurdischen Frage, eine neue Verfassung und ein erneutes Beginnen des Krieges oder bewaffneter Auseinandersetzungen in Kurdistan intensiv diskutiert wurden. Die Tagesordnung der Wahl, die von den regionalen Geschehnissen, insbesondere von den Aufständen im Nahen Osten und Nordafrika und ihren Ergebnissen beeinflusst wurde, wurde vor allem durch die Parteien anhand von Diskussionen um die inneren Probleme der Türkei bestimmt.

Die AKP, die bei ihrer Propaganda alle ökonomischen Möglichkeiten als Regierungspartei ausnutzte, trat mit zwei Maximen während der Wahlkampfphase hervor. Die AKP gründete ihren Wahlkampf auf der einen Seite auf wirtschaftliche Investitionsprojekte in Städten und Regionen und auf der anderen Seite auf einen radikal türkischen Nationalismus kombiniert mit einer Kurden-Feindlichkeit auf der politischen Ebene. Der AKP-Vorsitzende Tayyip Erdoğan hat mit den Diskussionen um die Todesstrafe für den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan eine erschreckende Sprache an den Tag gelegt. Die AKP hat den EU-Beitrittsprozess erst gar nicht in ihre Tagesordnung aufgenommen und konkurrierte mit der MHP in Sachen Nationalismus. Erdoğan wurde wegen seiner Aussage zu Abdullah Öcalan „Wir hätten ihn 1999 aufgehangen!“ von vielen Kreisen, vor allem von Kurden, heftig kritisiert. Tayyip Erdoğan hat seine polemischen Debatten gegenüber CHP und MHP vor allem über die Kurden und über die kurdische Frage geführt. Diese Propaganda der AKP fand in Inneranatolien, am Schwarzmeer und an den Küsten Zustimmung. Die Wechselwähler aus der MHP, die Wähler von anderen rechten Parteien, die bei den vorangegangenen Wahlen zwischen 1 % und 3 % erreicht hatten, und ein Teil der Erstwähler gaben so ihre Stimmen der AKP. Die Stimmen der AKP stiegen damit in diesen Regionen. Jedoch verlor die AKP in den kurdischen Städten, vor allem in Amed (Diyarbakır), Wan (Van), Colemêrg (Hakkari), Êlih (Batman), Şirnex (Şırnak), Bedlis (Bitlis), Çewlik (Bingöl), Mêrdîn (Mardin) zwischen 10 und 15 %.

	2007 amtliches Endergebnis		2011 nicht-amtliches Endergebnis	
AKP	46,47 %	341 Abgeordnete	49,86 %	326 Abgeordnete
CHP	20,84 %	112 Abgeordnete	25,88 %	135 Abgeordnete
MHP	14,26 %	71 Abgeordnete	12,97 %	53 Abgeordnete
Unabhängige	5,19 %	26 Abgeordnete	6,65 %	36 Abgeordnete

CHP erreichte nicht das angestrebte Ziel

Die CHP führte ihren Wahlkampf mit Diskursen über wirtschaftlichen Aufschwung, Armut und Korruptionsbekämpfung. In Bezug auf die Kurden-Frage nahm sie zunächst eine eher zurückhaltende Position ein, änderte diese jedoch später und signalisierte, dass sie für die Abschaffung der 10%-Hürde, die Annahme der EU-Regelungen über die regionale Autonomie der kurdischen Region und für die Gründung der Wahrheits- und Versöhnungskommission sei und damit die Forderungen der Kurden erfüllen könne. Sie blieb jedoch bezüglich der Themen wie des muttersprachlichen Unterrichts und einer Generalamnestie zweideutig. Kemal Kılıçdaroğlu, der auch Gefängnisinsassen des Ergenekon-Prozesses in der CHP-Liste als Kandidaten aufnahm, steigerte zwar die Stimmen seiner Partei um 5–6 Prozentpunkte, erreichte jedoch trotzdem nicht das erhoffte Wahlergebnis. Die AKP, die einen Rückgang in den Küstengebieten der Türkei erlebte, konnte sich in den Städten Kurdistans überhaupt nicht hervortun. Die CHP, die in den Großstädten wie Istanbul, Ankara und Izmir ihren

Stimmenanteil erhöhen konnte, erwarten in nächster Zeit möglicherweise starke parteiinterne Auseinandersetzungen.

In der MHP sind parteiinterne Diskussionen an der Tagesordnung

Die MHP ging mit der Parole „Türkei, erhebe deine Stimme" in die Wahlen. Fast 10 hohe Partei-Funktionäre, unter anderem mehrere stellvertretende Parteivorsitzende mussten wegen des „Sex-Video-Skandals" ihre Posten während des Wahlkampfes aufgeben. Wider Erwarten hat die MHP, trotz starker innerer Unruhen, die 10%-Hürde überwunden. Doch es ist zu erwarten, dass in der Partei heftige Diskussionen stattfinden werden und die Partei sich nach den Wahlen in eine Phase der Reorganisation begeben wird.

Der wahre Sieger der Wahlen vom 12. Juni ist der von der BDP unterstützte Block

Die Lage in namhaften Städten ist folgendermaßen:
Istanbul: AKP: 49,48 %, CHP: 31,26 %, MHP: 9,40 %, Unabhängige: 5,33 %
Ankara: AKP: 49,20 %, CHP: 31,37 %, MHP: 14,59 %
Amed: Unabhängige: 62,08 %, AKP: 32,90 %, CHP: 1,98 %
Izmir: CHP: 43,81 %, AKP: 36,84 %, MHP: 11,23 %, Unabhängige: 4,66 %
Colemêrg: Unabhängige: 79,87 %, AKP: 16,42 %, MHP: 1,03 %, CHP: 0,90 %

Es herrscht unter den politischen Beobachtern und Experten Einigkeit darüber, dass der wahre Sieger der allgemeinen Wahlen vom 12. Juni die BDP ist. Der Block, für Arbeit, Demokratie und Freiheit, der vom Gründer der PKK, Abdullah Öcalan, als ein politisches Projekt vorgeschlagen worden war, hat durch seine Entwicklung in der Wahlphase eine wichtige Etappe erreicht und wurde zur dynamischsten Kraft in der Politik. Die BDP, die keine Staatshilfen erhält, deren Mitglieder zu Tausenden verhaftet wurden und deren Kandidaten von der Hohen Wahlkommission mit einem Veto belegt wurden, hat eine sehr schwierige Wahlkampagne führen müssen. Trotz alledem werden in diesem Zusammenhang, nachdem bei den Wahlen vom 22. Juli 2007 23 Abgeordnete in das Parlament geschickt werden konnten, nun 36 Abgeordnete ins Parlament einziehen. Damit wurde sowohl der Stimmenanteil als auch die Abgeordnetenzahl erhöht.

Wahlverstöße

In der ganzen Türkei, vor allem in kurdischen Städten, fanden während der Stimmabgabe massive Wahlverstöße statt. Unter anderen viele europäische Delegationen haben die Wahlen beobachtet. Die enorme Präsenz und der Druck, den die Sicherheitskräfte durch ihre Anwesenheit in den Wahllokalen ausübten, haben zu heftigen Reaktionen geführt. Die Wahlberechtigten wurden insbesondere in provinziellen Gebieten durch militärische Befehlshaber und AKP-Anhänger dazu gezwungen, ihre Stimmen offen abzugeben. Diese Eingriffe fanden in den Städten Amed, Bedlis, Konya, Erdexan (Ardahan), Wan, Riha (Urfa), Çewlik und Şirnex sehr intensiv statt.

Ungleiche und intransparente Wahlkampagnen

Der Wahlkampf lief für die Kandidaten des Blocks äußerst nachteilig ab. Demgegenüber hat die AKP eine umständlich inszenierte und intransparente Wahlkampagne geführt. Überall riesige Plakate, auf jedem Fernsehsender Wahlwerbespots, eine Medienarmee, die tagtäglich Parteipropaganda betrieben hat, um sich nur einige Beispiele der ungleichen Propagandainstrumente der AKP zu vergegenwärtigen. Woher die Geldquellen für diese Propagandamittel stammen, war nicht nachzuvollziehen. Und die AKP sah sich auch nicht dazu verpflichtet, hierzu irgendeine Erklärung abzugeben. Die BDP war hingegen die einzige Partei, die als Fraktion des alten Parlaments nicht von den staatlichen Finanzmitteln für den Wahlkampf profitieren durfte.

Aber die Regierung hat sich auch hiermit nicht zufrieden gegeben. Sie hat die Polizei und das Militär eingeschaltet, um weiteren Druck auszuüben. Die regierungsnahen Medien haben täglich durch Lügengeschichten versucht die BDP zu kriminalisieren. Zusätzlich hat der Regierungschef bei jeder Möglichkeit Drohungen gegenüber den Oppositionellen ausgesprochen, um diese einzuschüchtern. Anstatt sich als Polizei um die Sicherheit aller zu kümmern, agierte diese durch Gewalt und Festnahmen quasi als zweite Kraft der AKP. Die türkischen „Sicherheitskräfte" nahmen in den letzten zwei Monaten knapp 2 550 Menschen fest, wodurch die Wahlarbeiten des Blocks praktisch unmöglich gemacht wurden.

Trotzdem und obwohl auch am Wahltag unzählige Wahlverstöße, Druck auf die Wähler und Festnahmen gemeldet wurden, haben die unabhängigen Kandidaten des Blocks einen erfolgreichen Wahlausgang verzeichnen können.

Die Wahlergebnisse des Blocks (bzw. der BDP) in den Städten Kurdistans im Vergleich zu 2007:
In Amed wurde der Stimmanteil von 47 % auf 62 % gesteigert und alle sechs aufgestellten Kandidaten gewählt
In Êlih stieg der Stimmenanteil von 29 % auf 51 % und beide aufgestellten Kandidaten wurden gewählt.
In Mêrdîn wurde ein Zuwachs an Stimmen von 39 % auf 61,6 % verzeichnet. Alle drei aufgestellten Kandidaten wurden gewählt.
In Şirnex stieg der Stimmenanteil von 52 % auf 73 %. Auch hier wurden alle drei aufgestellten Kandidaten gewählt.
Auch in Colemêrg wurden die drei Kandidaten gewählt. Hier stieg der Stimmanteil gar von 56 % auf 79,87 %.
In Wan kam es zu einem Stimmenanteil von 48 % im Gegensatz zu 32 % im Jahr 2007. Vier Kandidaten wurden gewählt.
In Sêrt (Siirt) stieg der Stimmanteil von 39 % auf 42 %. Die einzige aufgestellte Kandidatin Gülten Kışanak wurde gewählt.
In Bedlis stieg der Stimmanteil um 18 % auf insgesamt 40 %. Der einzige aufgestellte Kandidat wurde gewählt.
In Çewlik wurde auch der einzige aufgestellte Kandidat gewählt. Hier stieg der Stimmenanteil von 14 % auf 24 %.

In Ağrı (Ağrı) stiegen die Stimmen von 24 % auf 43 % und der einzige Kandidat des Blocks wurde gewählt.
In Qers (Kars) stieg der Stimmenanteil von 16 % auf 19 %.
In Erdexan kam man auf 13 % im Gegensatz zu 9 % in 2007.
In Erzirom (Erzurum) war ein Stimmenzuwachs von 3 % auf insgesamt 8 % zu verzeichnen.
In Entep (Antep) erhielt der Block knapp 5 % der Stimmen, was keinen Zuwachs zu 2007 ausmachte.

Einige Kolumnisten erwarten, dass die BDP und die Mitglieder des Blocks, die im Wahlkampf mit den Forderungen nach einer neuen Verfassung und einer Lösung für die kurdische Frage im Rahmen der Demokratischen Autonomie angetreten sind, frischen Wind in das Parlament bringen werden. Zum ersten Mal ist auch ein christlicher Kandidat, der über den Block angetreten war, ins türkische Parlament eingezogen. Über die des Blocks wurden Sozialisten und Schriftsteller aus der Türkei gewählt, man hat eine hohe Frauenrepräsentanz in der Gruppe erreicht und sechs Personen, die aufgrund der KCK-Verfahren in Gefängnissen sitzen, haben ebenfalls den Einzug in das Parlament geschafft. Diese Tatsachen verdeutlichen, dass der Block eine qualitativ und quantitativ starke Fraktion im Parlament bilden wird.

Neben dem deutlichen Wahlerfolg der BDP in den kurdischen Städten gegenüber der AKP hat der Block auch Kandidaten in türkischen Metropolen wie Istanbul, Adana und Mersin ins Parlament schicken können.

Die ersten Erklärungen nach den Wahlen

In seiner ersten Stellungnahme nach dem dritten Wahlsieg seiner Partei in Folge erklärte Tayyip Erdoğan, dass sie vor niemandem die Tür verschließen würden, dass sie mit der Opposition, der Zivilgesellschaft und Akademikern in Dialog treten würden, um einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu suchen.

Die Kurden reagierten vorsichtig auf diese Rede Erdoğans, weil dieser auch nach vorherigen Wahlsiegen und dem Erfolg beim Referendum ähnliche Reden hielt, aber anschließend keinen einzigen Schritt tätigte. Die Laizisten und die MHP fanden diese hingegen wenig überzeugend.

In einem Teil seiner Rede machte Erdoğan dem Westen seinen Führungsanspruch in der Region mit folgenden Worten deutlich: „Aus globaler Sicht betrachtet hat heute die Hoffnung der Unterdrückten einen Sieg verzeichnet. Ebenso sehr wie Istanbul hat heute Sarajevo, so sehr wie Izmir hat Beirut, so sehr wie Ankara hat heute Damaskus und so sehr wie Diyarbakır hat heute Ramallah, Nablus, das Westjordanland, Jerusalem und der Gaza-Streifen einen Sieg errungen. Heute hat nicht nur die Türkei, sondern der Mittlere Osten, Kaukasien, der Balkan und Europa gewonnen.“

Der CHP-Vorsitzende Kılıçdaroğlu erklärte in seiner Rede, dass der Wandel in seiner Partei vorangetrieben werde. Die MHP war wie erwartet mit sich selbst beschäftigt. Und die unabhängigen Kandidaten der BDP erklärten, dass sie mit neuem Auftrieb ihre Arbeiten, vor allem für eine neue Verfassung, die demokratische Autonomie und für die Gründung einer neuen Dachpartei, fortführen werden.



Die BDP bedankt sich in Êlih bei ihren WählerInnen. Foto: DIHA

Die ersten Bewertungen und Analysen nach den Wahlen konzentrierten sich auf zwei mögliche alternative Entwicklungspfade für die Zeit nach dem 12. Juni. Der erste besagt, dass die Abgeordneten der BDP im Parlament den Weg für eine eigenständige und einseitige Lösung der kurdischen Frage mit der Ausrufung der demokratischen Autonomie eröffnen werden. Dieser Weg wird durch die Angriffe und Ungerechtigkeiten des türkischen Staates gegenüber dem kurdischen Volk und seiner Freiheitsbewegung geradezu aufgezwungen. Somit wäre der Staat auch der einzige Verantwortliche, falls die Kurden diesen Weg tatsächlich einschlagen.

Wenn keine friedlichen Initiativen seitens der Regierung ergriffen werden, ist es offensichtlich, dass wir uns auf eine angespannte und gefährliche Phase zubewegen. Denn ein möglicher Krieg würde am stärksten die Türkei in Mitleidenschaft ziehen. Solch ein Krieg wäre ein Krieg zwischen der Mentalität eines hegemonialen und machzentrierten Systems und der Mentalität eines demokratisch-freiheitlichen Systems.

Der zweite mögliche Entwicklungspfad betont die Hoffnung auf einen Kompromiss auf der Grundlage einer neuen demokratischen Verfassung, durch welche ein anhaltender Frieden zwischen den Völkern gewährleistet werden kann. Es kann also durch demokratisch politische Mittel eine verfassungsrechtliche Lösung erreicht werden. In diesem Rahmen müssten vor allem die demokratischen und freiheitlichen Kräfte sich in die Phase der Diskussionen über eine neue Verfassung einbringen und diese in ihrem Sinne beeinflussen und lenken.

Das kurdische Volk leistet seit 1993 für diese Hoffnung eines anhaltenden Friedens und der Geschwisterlichkeit der Völker einen einseitigen und intensiven Widerstand. Die machtzentrierten und hegemonialen Kräfte hingegen wollen noch nicht einmal die historische Möglichkeit einer solchen Lösung sehen. Solange diese Haltung allerdings nicht überwunden wird, ist mit keinerlei positiver Veränderung zu rechnen. ♦

Der Wahlblock steht zu seinem Ziel

Die Demokratische Autonomie ausbauen

Özdal Üçer, BDP-Parlamentsabgeordneter für Wan, im Gespräch mit Dipl. Soz. Nihal Bayram

Wir bewerten Sie die Politik der Türkei im Kontext der Demokratisierung?

Die AKP hat die Parlamentswahl mit der Macht des Staates gewonnen, die sie in den letzten zehn Jahren intensiv angehäuft hat. Seitdem sie das erste Mal an die Regierung kam, geschah dies immer mit dem Konzept des Mafia-Staates. Damit Erdoğan zum Ministerpräsidenten befördert werden konnte, wurden sogar die Wahlurnen in Sêrt (Siirt) aufgebrochen, die Wahlen wurden abgebrochen, Erdoğan wurde auf unüblichen Wegen ins Amt gehievt. Aus diesen unkonventionellen Zwischenwegen entstand diese Regierungsstruktur, welche als Konzept bis heute aufrechterhalten wird. Die Mehrheit der auch heute für die AKP abgegebenen Stimmen resultiert aus den Betrügereien und Tricks an den Wahlurnen. Hinzu kommt die Staatsmacht der AKP, die sie massiv gegen die Wählerschaft einsetzt. Neben Profitgier auch eine Einschüchterungswelle durch den Einsatz der Staatsgewalt. Alles zusammengenommen bedeutet die Ausbeutung über den Weg des Nationalismus und der Religion durch das chauvinistische Verständnis, welches die Menschen an sich bindet und mit Gewalt lenkt, neben der immer weiter zunehmenden Verarmung der Menschen eine zusätzliche Tragik. Auch die Wahlen 2011 wurden auf einer solchen Grundlage durchgeführt. Daher waren alle oppositionellen Gruppen einem starken Druck ausgesetzt. Daneben ist die Wahlhürde von 10 % ein weiteres großes Problem für die oppositionellen Parteien. Denn damit kann es keine demokratische Wahl und auch kein demokratisches Land geben. Dies hat sich auch in der Ungleichheit der Stimmenwertung widergespiegelt.

Die AKP-Regierung hält an der Macht fest, Menschen nicht zu gewinnen, sondern einzuschüchtern. Diese Einschüchterung ist aber nichts Türkeispezifisches. Sie findet auch in Europa statt. In den europäischen Ländern wie Deutschland, England, Belgien und Frankreich werden die Kurden systematisch unterdrückt und eingeschüchtert. Die Aufgabenverteilung sieht so aus, dass die AKP die Regierungsrolle spielen und den Weg bzw. die Brücke zum Mittleren Osten sichern soll. Die ökonomischen und sozialen Ressourcen und die Regierungsquellen werden dafür dann vollends ausgeschöpft. Daher sind die Dramen, die die Bevölkerung erlebt, keineswegs Anlass für die Länder, ihre Haltung ihnen gegenüber zu ändern oder sie gar zu unterstützen. Ein Beispiel wäre Halabja. Denn als Saddam Hussein Halabja und seine Einwohner angegriffen hatte, verteilten die europäischen Länder abgelaufene Medikamente an die Opfer dieses Angriffs. Unsere Haltung richtet sich keineswegs gegen das Volk in Europa, sondern gegen die europäischen Regierungen und entsprechenden Mächte.

Wie bewerten Sie den Ablauf der Wahlen 2011?

Die Wahlen 2011 fanden im Schatten bewaffneter Sicherheitskräfte statt, die vor den Wahlurnen standen. Das heißt, die Sicherheitskräfte hielten sich nicht außerhalb der Wahllokale auf, sondern auch demonstrativ darinnen.

Auch die Vorsitzenden der Wahlaufsicht waren ausschließlich Beamte im Dienste der Regierung. Dass es sich hier um keine neutrale Haltung der Beamten handeln kann, wissen wir alle nur zu gut. Auch die Analphabeten aus der Bevölkerung wurden von ihnen und auch von den Sicherheitskräften beeinflusst. Daneben liegen Informationen darüber vor, dass noch unentschlossene Wähler zum Großteil einen bereits ausgefüllten Stimmzettel erhalten haben sollen, welchen sie dann mit in die Wahlkabine genommen und dann aus der Kabine heraus in die Wahlurne eingeworfen haben sollen. Auch soll es vorgekommen sein, dass die Beamten selbst eingegriffen und die Stimmzettel der Wähler selbst angekreuzt haben sollen.

Damit ist klar, dass dieses Wahlergebnis mit Sicherheit nicht die Haltung des Volkes widerspiegelt. Es war das Drehbuch einer Wahl. Damit sind auch im Jahre 2011 die Wahlmanipulationen der Regierung erneut normalisiert worden.

Neben Menschenrechtsverletzungen wurde auch die Verletzung der Wahlgesetze beobachtet. Ebenso wurde die Freude der Bevölkerung mit Gewalt unterdrückt. Hunderte von Menschen, die in zahlreichen Provinzen einzeln auf den Straßen die Wahlergebnisse und die Wahlerfolge des Blocks friedlich feiern wollten, wurden von den staatlichen Sicherheitskräften körperlich angegriffen. Die AKP-Mentalität erträgt nicht einmal die Freude über einen Erfolg, einen Gewinn und versucht diese zu unterdrücken.

Dass Erdoğan als Ministerpräsident in die Wahlen ging, ist ein weiterer wichtiger Punkt. Denn aufgrund dieser Tatsache konnte er alle möglichen Staatskräfte zu seinen Diensten beliebig gegen die Oppositionellen und gegen die Bevölkerung einsetzen.

Außerdem ist es noch von Bedeutung, dass die eigentlich zur Unparteilichkeit verpflichteten Gouverneure angehalten waren, neben den Parteienvertretern auch direkt Einfluss auf die Wählerschaft zu nehmen und damit Stimmen für die AKP zu sammeln. Daneben wurden auch die Positionen von Schuldirektoren, Lehrern, Sachbearbeitern, Dorfvorstehern, einzelne Institu-

tionen und andere Staatsbeamte genutzt, um die Wählerschaft zu Gunsten der AKP zu manipulieren.

Damit sehen wir die AKP nicht als eine politische Partei an, sondern als Staatspartei.

Was ist nun anders? Was wird nun nach dem Wahlsieg Ihrer Meinung nach geschehen?

Trotz dieser undemokratischen Wahl haben die Kurden sich als Befürworter der demokratischen Autonomie und einer demokratischen Zivilgesellschaft an den „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit" gebunden und mit insgesamt 36 Abgeordneten im Vergleich zum letzten Parlament fast doppelt so viele gewählt.

Trotz aller Gewalt und trotz aller Hindernisse seitens Polizei und Jandarma.

Wir hoffen, dass dieses Ergebnis dazu führt, dass dieser Chauvinismus, dieser radikale Nationalismus der AKP-Regierung endlich ein Ende hat und die Menschen in Frieden und Harmonie werden zusammenleben können. Aber Erdoğan ist derjenige, der sowohl den religiösen Chauvinismus prägt als auch die Ausbeutung und radikale Umlenkung der Religion fördert.

Die Intellektuellen und Demokraten sehen Erdoğan als einen Diktator. Auch wir sehen und bewerten ihn so. Daher wissen wir auch, dass er nicht die Absicht hat, sich einem Lösungsweg zur kurdischen Frage anzunähern. Besonders als Ergebnis dieser Wahl posaunt er herum, als hätte das Volk ihn anerkannt. Damit sieht er sich auch ermächtigt, die Dosis der Gewalt zu steigern.

Ganz gleich, wie er sich verhalten wird. Wir werden die Haltung des Staates nicht abwarten, indem wir etwas, eine Lösung von ihm erhoffen würden. Wir erwarten keine Lösungswege vom Staat, sondern werden sie selbst einleiten.

Was wäre hierzu das erste Ziel des Blocks?

Unser erstes Ziel ist es, eine Demokratische Autonomie zu schaffen und von Tag zu Tag auszubauen und in ein lebensfähiges Konzept zu bringen. Ob Erdoğan und seine Regierung dies akzeptieren oder nicht, wir werden dieses Ziel so schnell als möglich angehen, realisieren und unserem Volk präsentieren.

Die Mehrheit, die Erdoğan untergeben ist, besteht aus den Unterdrückten in diesem Land. Sobald eine Autonomie und eine Art autarke Lebensweise ermöglicht werden, wird sich dieses Gewicht sehr schnell ändern.

In den kurdischen Provinzen hat sich dieses demokratische Verständnis durchgesetzt. Wir hoffen, dass es auch im übrigen Land geschehen wird.

Wie steht es um die Sicherheit des Volkes, der Wähler, der Abgeordneten und der Befürworter der Demokratie?

Wenn ich von mir sprechen darf, so wurde ich selbst in meiner Amtszeit, durch die staatlichen Sicherheitskräfte zehnmal schwer verletzt. Diese Verletzungen wurden registriert und es wurde gegen die Sicherheitskräfte einzeln Anklage erhoben. Auch gab es zahlreiche Zeugenaussagen zu diesen körperlichen Angriffen. Die entsprechenden Gouverneure und der Innenminister haben keine Untersuchungen hierzu einleiten lassen … Damit hat man ein Auge zugedrückt und es durch Schweigen im Grunde unterstützt und die Täter konkret sogar beschützt. 2008 wurde unter dem Vorwand, „die Waffen zu testen", an Newroz ein Blutbad angerichtet. Der Gouverneur und der Sicherheitschef von Wan (Van), welche die Kundgebung zu Newroz untersagt hatten, hatten Tage zuvor erklärt, die aus Brüssel eingeflogenen Plastikkugeln testen zu wollen. Durch den Einsatz dieser Plastikkugeln wurden an Newroz Hunderte von Menschen verletzt, darunter haben drei Bürger ihr Leben verloren. Der Sicherheitschef wurde nicht angeklagt. Ganz im Gegenteil; weil ich sagte, er sei der Hauptverantwortliche für dieses Blutbad, wurde ich zu einer Geldstrafe verurteilt.

Wie bewerten Sie die Haltung der Bevölkerung?

Das Volk hat seine Entscheidung getroffen. Es hat sich für eine Demokratie entschieden. Seit Jahren hofft es auch auf ein Leben mit eigener Identität, in eigener Sprache.

Das Volk hat sich für sich selbst in einem Leben in Freiheit entschieden.

Die Wahlen sind hierbei nebensächlich. Wahlen oder nicht, die Emotionen des Volkes bestehen weiter.

Auf der anderen Seite muss man aber offen sehen, dass es zuerst brutal verarmt und anschließend mit Geld- und Gutscheingeschenken nicht davon überzeugt, sondern dazu gedrängt wurde, die Stimme für die Regierung bzw. die AKP abzugeben.

Der Staat, der eigentlich ein Sozialstaat sein und den Menschen finanziell helfen sollte, tut dies erst zur Wahlzeit und lässt die Menschen zuvor erbarmungslos verhungern.

Es kommt sogar vor, dass eine körperbehinderte Person, die eine Behindertenrente mit allen Gutachten und Belegen erhalten sollte, ihre Unterlagen und Dokumente drei, vier Jahre lang nicht bearbeitet bekommt. Dies ist sowohl undemokratisch, ungerecht wie auch unmenschlich. Da es keinen Sozialstaat in diesem Land gibt, kann die Regierung die zum Teil noch schwache Bevölkerung beliebig einschüchtern, ängstigen, unterdrücken und beeinflussen.

Wie wird es mit dem Block weitergehen?

Wie Sie wissen, waren wir in den letzten vier Jahren ebenfalls im Parlament vertreten. Hierzu hatten wir eine Fraktion gegründet, welche laut Bedingung aus zwanzig Abgeordneten bestand. In den letzten vier Jahren haben wir zahlreiche kulturelle, politische, ökologische und auch ökonomische Anträge eingereicht. Und kein einziger Antrag von uns ist bisher angenommen worden. Das zeigt zwar deutlich, wie schwer wir es im Parlament haben, deutet aber gleichzeitig darauf hin, dass wir einen gewissen Eindruck sowohl innerhalb wie außerhalb des Parlaments hinterlassen haben. Sogar Erdoğan hatte sich anfangs wochenlang geweigert, uns die Hand zu schütteln. Diese Unhöflichkeit zeigt aber gleichzeitig, dass wir mit unserem Erfolg Eindruck gemacht haben, was nicht allen gefallen mag. Denn wir sind auch nicht wild darauf, Erdoğans Hand zu schütteln, wir stehen aber zu unserem Ziel, unserer Aufgabe, unserer Pflicht unserem Volk und dem Vertrauen in die Zukunft gegenüber. ♦

Linker Block „Bündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit“

Hoffnung auf ein Zusammenleben der Menschen in Kurdistan und der Türkei

Şoreş Yüksel

Die Türkei ist in eine neue und besondere Phase übergegangen, die ihr wichtige Schritte zur Lösung des inneren Konflikts mit Kurdinnen und Kurden ermöglicht. Die perspektivische Ausrichtung der Türkei auf die zukünftige Entwicklung in der Kurdenfrage und ihre verfolgte Strategie haben sich besonders in den letzten knapp neun Jahren gezeigt.

Vor diesem Hintergrund wurden die Wahlen in einem Gesamtkontext mit einer umfassenden Perspektive erfasst und behandelt. Für die Türkei ist das „Bündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ eine neue und wichtige Entwicklung und für die Kurdinnen und Kurden eine Bereicherung. Aufgrund seiner erst sehr jungen Vergangenheit hat der Linke Block möglicherweise noch nicht alle potenziellen Kreise um sich herum erschließen können, aber der Zusammenschluss ist ein erster ernsthafter und wichtiger Schritt für dieses Ziel. Denn der Block hat eine besondere Bedeutung für die Stärkung der Einheit zwischen Kurden, aber gleichzeitig auch für den Zusammenhalt zwischen Kurden und Türken.

Angesichts der Notwendigkeit einer Demokratisierung der Türkei und einer Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts hat das Bündnis eine strategische Funktion und muss vor allem von den demokratischen, links-orientierten und sozialistischen Kräften in der Türkei, die zu einer demokratischen Nation dazugehören, unterstützt werden. Vor den geschichtlichen und aktuellen Hintergründen trägt das Bündnis eine große historische Verantwortung.

Zum Linken „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“

Der Vorsitzende der BDP (Partei für Frieden und Demokratie), Selahattin Demirtaş, verkündete zusammen mit dem Wahlprogramm offiziell den Linken Block und dass sie zur Wahl als unabhängige Direktkandidaten antreten würden.

Der „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ ist ein Bündnis aus 17 Organisationen.

Zahlreiche kurdische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch die „Partei für Frieden und Demokratie“ (BDP), die „Partei der Arbeit“ (EMEP), die „Partei für Partizipatorische Demokratie“ (KADEP), die „Partei für Sozialistische Demokratie“ (SDP) sowie die „Partei für Rechte und Freiheiten“ (HAK-PAR), haben sich angesichts der massiven Verletzungen des Rechtes auf demokratische Repräsentanz zum „Wahlbündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ zusammengeschlossen. Mit linken, sozialistischen, pro-kurdischen und gewerkschaftsnahen Parteien und Organisationen, die sich an dem Bündnis beteiligen, wurde beschlossen, gemeinsam für die Demokratisierung des Landes zu kämpfen.

Der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan ist der Initiator dieser Wahlkampf- und politischen Zukunftsstrategie gewesen. In Gesprächen mit seinen Anwälten thematisierte er oftmals den Nutzen und die historische Verantwortung eines solchen Bündnisses, das den obersten Zielen – Demokratisierung der Türkei und Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts – gerecht werden könnte.

Das Bündnis unter Federführung der kurdischen Freiheitsbewegung, das nahezu alle demokratischen Kräfte in der Türkei vereint, ist eine wertvolle Bereicherung zur Überwindung der Kernprobleme in der Türkei.

Der jahrelang andauernde Staatsterror der Türkei gegen das kurdische Volk hatte die Kurdinnen und Kurden veranlasst, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und sich selbstbestimmt gegen die Politik der Repression, Gewalt und Einschüchterung zu verteidigen. Aus diesem und vielen anderen Gründen haben sie stets demokratische Mittel gewählt, um eine gerechte Lösung des Konflikts mit dem Staat zu finden.

Angesichts der seit vielen Jahren andauernden Friedensbemühungen sind sie stets der Auffassung, dass das türkische Parlament eine geeignete Plattform für eine demokratische Lösung darstellt und der Friedensprozess durch eine demokratische Verfassung angestoßen werden sollte.

Aus diesem Grund sind die aufgestellten Forderungen des Wahlbündnisses, mit denen es in den Wahlkampf eintrat, verbunden mit denen der kurdischen Bevölkerung und werden auch nach den Wahlen gelten.

Die Mission des Wahlbündnisses ergibt sich aus den jahrelangen Forderungen der Kurdinnen und Kurden und von Teilen der türkischen Gesellschaft, die eine alsbaldige Lösung des Konflikts fordern. Die unerlässlichen Forderungen für eine nachhaltige Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts und eine Demokratisierung der Türkei lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Eine demokratische Verfassung, die die Freiheitsrechte für Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Glaubensrichtung gewährleistet und die kurdische Identität anerkennt. Des Weiteren wird die sofortige Einstellung der militärischen und politischen Angriffe gegen Kurden und alle demokratischen Kräfte gefordert. Als ein weiterer Aspekt werden die Entwicklung eines Systems, in dem die Rechte und Kompetenzen der regionalen und kommunalen Verwaltung ausgeweitet werden, und die Anerkennung des demokratisch-politischen Willens der kurdischen Bevölkerung sowie die Gewährung ihrer Selbstverwaltungsrechte verlangt. Ferner wird die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert und die Gründung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, die die Kriegsverbrechen der letzten 30 Jahre aufdeckt und die politischen Morde aufklärt.

Durch die jahrelangen gewaltsamen Vertreibungen u. a. aus ihren Dörfern müssen die betroffenen Menschen eine Entschädigung erhalten, und es sind Maßnahmen zu treffen, um die Rückkehr in die entvölkerten Siedlungen voranzutreiben.

Im Rahmen der Arbeiterrechte soll die Beseitigung der sozialen Ungleichheit, der Armut und Arbeitslosigkeit, die Beendigung jeglicher diskriminierender Praxis und Vorrang für Investitionen in den kurdischen Regionen gefördert werden.

Das Wahlbündnis fordert weiter die geschlechtliche Gleichberechtigung und die Einführung eines demokratischen Bildungssystems. Ein sehr wichtiger und abschließender Wahlkampfaspekt betrifft die Abschaffung der 10-Prozent-Hürde bei den Wahlen. Denn einer der primären Anlässe für die Übereinkunft der 17 Bündnispartner ist, dass die Wahlhürde undemokratisch ist und abgeschafft werden muss.

Die Wahlen

Der 12. Juni 2011 hat in der Bevölkerung eine neue Hoffnung geweckt. Der Linke „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ schaffte es mit einem Stimmenanteil von 6,65 %, 36 Direktmandate im Parlament von Ankara zu erringen.

Bereits im Vorfeld der Wahl war die Verantwortung der Kandidatinnen und Kandidaten sehr deutlich geworden. Sollte das Bündnis es schaffen, alle linken Kräfte in der Türkei unter seinem Dach zu vereinen, umso einfacher wäre aus dem Bündnis ein kollektiv agierender Dachverband aufzubauen.

Häufig wurde in der Vergangenheit versucht, die linken Kräfte in der Türkei zu vereinen, aber dieses Unterfangen scheiterte wiederholt. Doch mit der unnachgiebigen Disziplin der Kurdinnen und Kurden in ihrem Willen nach Frieden und Freiheit wird dies wieder möglich. ♦



Mit Tanz wird der Konvoi des Wahlblocks in einem Dorf bei Mêrdîn empfangen. Foto: DIHA

Pressemitteilung

Systematische Verstöße gegen rechtliche Regulierungen und Versuche von Wahlbetrug bei den Parlamentswahlen in der Türkei 2011

Zehn unabhängige Delegationen aus Deutschland und eine aus Frankreich bereisten die kurdischen Provinzen der Türkei zur Beobachtung der Parlamentswahlen 2011. (Provinzen der Wahlbeobachtung: Van, Batman, Kars, Ardahan, Diyarbakir, Urfa, Şırnak, Antep, Bitlis, Iğdır, Ağrı und Hakkari)

Unter den TeilnehmerInnen der Delegationen befanden sich Europaparlamentarier, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, KommunalpolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, Studierende, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen.

„Aufgrund der Vielzahl von beobachteten Verstößen gegen türkisches und internationales Recht kann die Parlamentswahl 2011 keinesfalls als rechtsgemäße, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl bezeichnet werden. Gravierende Verstöße gegen türkische Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung, Bedrohung und Wahlfälschung durch die AKP-Regierung und staatliche Kräfte."

In Bezug auf das Wahlrecht wurde besonders das neue Wahlgesetz 298, § 25.72 und § 135, dass Sicherheitskräften erlaubt sich den Urnen bis 15 m zu nähern (s. u.), in sämtlichen kurdischen Provinzen, dazu genutzt, zu versuchen WählerInnen vom Wählen überhaupt- oder von einer freien Wahl abzuhalten oder sie einzuschüchtern und zu bedrohen oder mit Gewalt von der Wahl abzuhalten.

Zudem ist die 10%-Hürde bei den Wahlen ein Hindernis für die demokratische Teilhabe der Menschen. Auch dass im Ausland lebende türkische StaatsbürgerInnen an den Flughäfen in Istanbul und Ankara nicht die unabhängigen KandidatInnen, sondern nur Parteien wählen konnten, kann nicht als gleich und fair bezeichnet werden. In den Provinzen Bitlis und Tunceli/Dersim ist die Anzahl der wahlberechtigten stationierten Militärs und Polizisten aus dem Westen der Türkei zudem so hoch, dass dies entscheidend für den Wahlausgang war. (**Details zu den Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstößen, siehe Anhang**)

Angestrebt wurde seitens der AKP eine 2/3 Mehrheit, um u. a. eine absolute Hoheit über den bevorstehenden Verfassungsgebungsprozess zu erlangen. Dieses Ziel wurde verfehlt. Die AKP erhielt 49,85 % der Stimmen.

Der Wahlblock um die kurdische BDP errang 36 Sitze im Parlament. Das ist ein großer Erfolg und zeigt, dass eine basisdemokratische Vorgehensweise, mit der Orientierung an den konkreten Realitäten und Bedürfnissen der Bevölkerung langfristig erfolgreich ist – und darüber hinaus zumindest seitens der kurdischen Bevölkerung und der türkischen Linken eine friedliche Entwicklung in Bezug auf die kurdische Frage gewünscht ist. Auch die Einbindung weiterer linker und humanistischer Kräfte, sowie von Minderheiten (z. B. der Assyrischen Christen in Mardin) ist perspektivisch für die Entwicklung einer türkeiweiten demokratischen und emanzipatorischen Kraft ein positives Signal.

Die Regierungspolitik, die vor den Wahlen offensichtlich auf eine erneute Eskalation und die Provokation eines Bürgerkriegs und somit auf eine – jedoch nicht mögliche – militärische Lösung der kurdischen Frage setzte, wird das Land, wenn sie fortgeführt wird, destabilisieren.

Ein derartiges Vorgehen scheint kongruent mit den geostrategischen Interessen der Regierungen der führenden europäischen Staaten und der USA im Mittleren Osten. Die AKP soll in diesem Zusammenhang als „Rolemodell" für eine Politik des „gemäßigten" Islam dienen. In diesem Rahmen sollen, bei Verhinderung von basisdemokratischen Entwicklungen, die Gesellschaften, Märkte und Strukturen wirtschaftlichen und kolonialistischen Interessen untergeordnet werden.

„Offensichtlich sollte durch die genannten Unregelmäßigkeiten und den Versuch der systematischen Wahlbeeinflussung mit allen Mitteln die freie demokratische politische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung verhindert werden."

In der Anerkennung der BDP (des Wahlblocks) als demokratisierender Faktor, sowie einem Dialog mit dem von der kurdischen Bevölkerung als politische Vertretung gesehenem Abdullah Öcalan sowie der PKK, läge demgegenüber die Chance, den Weg für die notwendige Demokratisierung und Stabilisierung des Landes zu „öffnen.

„Gewaltförmige Konfliktlösungsansätze verhindern friedliche und demokratische Entwicklungen. Eine Politik, wie sie seitens der verantwortlichen Regierungen in der Türkei, der EU und der USA im Rahmen der Parlamentswahlen in der Türkei betrieben wurde, ist im Sinne der Mehrheit der Menschen unverantwortlich"

Anhang:

Ein Überblick über die Vielzahl schwerwiegender Verstöße, die beobachtet, dokumentiert und im direkten Gespräch erfahren wurden ist besorgniserregend:

• In der überwiegenden Anzahl der Wahllokale waren in den Städten bewaffnete Polizisten und in den Dörfern die Militärpolizei Jandarma, Soldaten und Dorfschützer präsent. Besonders in den kurdischen Provinzen wurde eine Änderung des Wahlgesetzes (s. u.) dazu genutzt, zu versuchen WählerInnen u. a. durch Einschüchterungen und Bedrohung vom Wählen überhaupt- oder von einer freien Wahl abzuhalten.

Denn selbst die aus menschenrechtlicher Sicht inakzeptable neue gesetzliche Regelung wurde flächendeckend nicht eingehalten. Die bewaffneten Polizisten, Jandarma und Soldaten hielten sich, ohne von den UrnenleiterInnen dazu aufgefordert worden zu sein, direkt vor oder in den Wahlräumen und zum Teil direkt vor den Urnen auf. Zum Teil hielten sich die Sicherheitskräfte auch mit den WählerInnen in den Wahlkabinen auf.

• In mehreren Fällen prügelten Soldaten, Jandarma und Polizisten WählerInnen aus den Wahllokalen oder verhinderten deren Zugang dazu. Zum Teil geschah dies mit Waffengewalt oder mit Hilfe von Panzerfahrzeugen.

• Immer wieder konnte beobachtet werden, wie UrnenvorsteherInnen ältere WählerInnen und AnalphabetInnen in die Wahlkabinen begleiteten und auf die AKP zeigten, die zu wählen sei

• Durch Geldgeschenke, Lebensmittel, Kühlschränke, Elektrogeräte und Kleidungsgutscheine sowie das Versprechen von regelmäßigen Kindergeldzahlungen wurde von Seite der AKP vor der Wahl versucht, vor allem in Gegenden mit überwiegend finanzschwacher Bevölkerung, die WählerInnen zu bestechen.

• WählerInnen wurden im Vorhinein Kollektivstrafen bei Nichtwahl der AKP angedroht. Z. B.: keine Befestigung von Straßen, Entzug von Weiderechten, Entzug der „Grünen Karte" für eine kostenlose Basis-Gesundheitsversorgung, Streichung von Schulhilfen für die Kinder, keine Zuteilung von Kohle und Holz für die langen, harten Winter

• In vielen Fällen hielten Polizisten, Dorfschützer, Jandarma und Soldaten sich direkt vor und in Wahllokalen auf, verlangten die Vorlage des Personalausweises, um die Wahlnummern zu verteilen, unterzogen die WählerInnen einer Ganzkörperkontrolle und bedrohten sie zum Teil dabei.

• Vor den Eingängen von Wahllokalen waren vielerorts schussbereite Panzerfahrzeuge, Militärfahrzeuge und/oder große Gruppen von Sondereinheiten von Polizei und Militär postiert, so dass der Gang zum Wahllokal nicht als frei bezeichnet werden kann.

• WählerInnen wurden direkt vor Wahllokalen von Polizisten gefilmt

• In von Dorfschützern dominierten Gegenden wurde offensichtlich Unterschriften auf den Wahllisten der UrnenleiterInnen in großer Anzahl gefälscht

• Wahlzettel wurden von Soldaten oder UrnenleiterInnen selbst ausgefüllt, während die WählerInnen von der Wahl abgehalten wurden

• In einigen Fällen wurden WählerInnen, besonders Jugendliche, von Polizei oder Militär aus den Wahllokalen geprügelt bzw. direkt vor oder nach dem Wählen gewalttätig angegriffen

• Massiv in und vor den Wahllokalen präsente Polizei- und Militäreinheiten verließen Berichten zufolge kurz vor dem Eintreffen der Wahlbeobachtungsdelegationen die Orte des Geschehens.

• Die Gestaltung der Wahlzettel benachteiligte die Unabhängigen KandidatInnen, da sie ohne Symbol und zusätzlich in kleinerer, kaum lesbarer Schrift (8 Punkt) auf dem Wahlzettel gedruckt waren.

• Ehemänner wählten für Ihre Ehefrauen

• UrnenleiterInnen und regionale WahlbeobachterInnen wurden von Sicherheitskräften eingeschüchtert, bedroht und/oder angewiesen, den Wahlbeobachtungsdelegationen falsche Auskünfte zu geben oder zu schweigen

• AKP-Bürgermeister oder AKP nahe Imame wurden als Urnenleiter eingesetzt und/oder drohten im Vorfeld, dass die AKP zu wählen sei, da sonst Gott/Allah die WählerInnen bestrafen werde.

• Die Versiegelung der Urnen war teilweise mangelhaft oder fehlte

• Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurden in vielen Fällen aus den Wahllokalen ausgeschlossen.

• Die Urnen/Wahlkomissionen setzten sich in vielen Fällen lediglich aus AKP-Mitgliedern oder denen von AKP/CHP/MHP zusammen.

• Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurden in mehreren Fällen bedroht und zusammengeschlagen.

• Studierenden WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurde in einigen Fällen seitens Universitätsrektoren der Ausschluss aus den Universitäten oder Benachteiligungen bei Prüfungen angedroht.

• Allein in den kurdischen Provinzen des Landes wurden mehr als 100 WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie ohne ernstzunehmende Vorwürfe verhaftet.

• Polizisten „sicherten" die Wahllokale bei der Auszählung in, anstatt vor den Wahllokalen.

• In mehreren Fällen verweigerten verantwortliche Richter oder Behörden notwendige Gespräche mit ParlamentarierInnen und AnwältInnen.



In einem Wahllokal in Wan-Eric. Das Foto zeigt, dass sich Soldaten in den Räumen des Wahllokals aufhielten. Foto: Delegation

Übergriffe durch Polizei und Jandarma direkt nach den Wahlen

Besonders hervorzuheben sind 2 Vorfälle in den Städten Şırnak und Van.

• In Şırnak wurde am Wahlabend von „unbekannten Tätern" eine Handgranate in die friedlich den Einzug von 3 KandidatInnen des Wahhlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit feiernde kurdische Bevölkerung geworfen. Hier hielt sich in 10 m Entfernung der Detonation auch eine Wahlbeobachtungsdelegation u. a. mit dem MdB Harald Weinberg (Die Linke) auf. Berichten zufolge wurden 12 Personen, zum Teil lebensgefährlich, verletzt. Bei den anschließenden Protesten setzten Jandarma (Militärpolizei) Tränengasgranaten ein und beschossen in diesem Zusammenhang auch die Wahlbeobachtungsdelegation und DolmetscherInnen. Die Sicherheitskräfte griffen zudem Menschen an, die sich vor dem Krankenhaus versammelt hatten, um etwas über die Verletzten zu erfahren.

• In Van kam es gegenüber u. a. in einem Autokonvoi feiernden Bevölkerung und JouranlistInnen zu einer Vielzahl von Polizeiübergriffen. Polizisten schwenkten Maschinengewehre über ihren Köpfen und liefen im Trupp, militärische Parolen rufend durch die Straßen. DelegationsteilnehmerInnen konnten aus einem Hotel heraus eine Vielzahl schwerer Polizeiübergriffe beobachten. Beliebig wurden Feiernde und zufällig Anwesende mit Schlagstöcken tracktiert. In einem Fall wurde ein passierender Kleinbus und deren Insassen von ca. 10 behelmten PolizistInnen angegriffen. Die Türen wurden aufgerissen. Die Polizisten schlugen brutal mit Schlagstöcken auf die Insassen ein, die Fenster wurden zerschlagen. Schließlich wurde der blutüberströmte Fahrer aus dem Fahrzeug gezerrt und unter weiterer Prügel zum Gebäude des Gouverneurs (Vali) geschleppt. Mehrere JournalistInnen die Übergriffe dokumentierten wurden zum Teil erheblich verletzt. Darüber hinaus wurde das Gebäude der Kommunalverwaltung, die in Van von der BDP gestellt wird angegriffen, Wasserwerfer, Gasgranaten und Berichten zufolge auch scharfe Munition gegen die feiernde Bevölkerung eingesetzt.

Unter den DelegationsteilnehmerInnen befanden sich u. a.: Jürgen Klute (MdEP, Die Linke), Harald Weinberg (MdB, Die Linke), Heidrun Dietrich (MdB, Die Linke), Ingrid Remmers (MdB, Die Linke), Bärbel Beuermann (MdL NRW, Die Linke), Cornelia Reinauer (ehem. Bürgermeisterin von Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, Die Linke), Britta Eder (Rechtsanwältin), Dr. Brigitte Kiechle (Rechtsanwältin), Dr. Nikolaus Brauns (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der MdB Ulla Jelpke, Die Linke), Martin Dolzer (Soziologe und Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter des MdB und MdPaCE Andrej Hunko), Yilmaz Kaba (Vorstandsmitglied, Die Linke Niedersachsen), Abdullah Polat (Dozent), Ellen Jaedicke (Menschenrechtsaktivistin), Michael Knapp (Historiker), Fidel Bicer (Die Linke), Marie-Yvonne Mateous (Frauenrechtsaktivistin), Regis Mateous (Schäfer), Gülferiz Contay (Mediatorin), Antje Steinberg (GEW) ♦

„Wir sind auch da und wir werden gewinnen“

Auszüge aus dem Wahlmanifest des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit

DIE WAHLEN AM 12. JUNI SIND EIN WENDEPUNKT

Allen voran die Türkei und unsere Region durchleben im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts einen wichtigen Prozess. Die unhaltbaren Schmerzen des Status quo, des Anfang des 20. Jahrhunderts gegründeten klassischen Weltsystems, werden Tag für Tag präsenter. Das herrschende kapitalistische System auf der Welt beseitigt das Kollektive und lässt mittels individueller Freiheiten die Individualität sich aufbäumen. Hierzu wird systematisch versucht, jede Art von Organisation in Form von gesellschaftlicher Einheit, Solidarität und Hilfeleistung aufzulösen.

Das einzige, was das klassische Weltsystem der Menschheit hinterlassen hat, ist ein zerstörtes Gesellschaftsgefühl, ausgenutzte und versklavte Frauen, eine fast gänzlich zerstörte Umwelt, eine krebsartige Urbanisierung, eine Tag für Tag ungleicher werdende Einkommensverteilung, Vereinheitlichung durch die Zerstörung von Vielfältigkeit, Ausbeutung und Verarmung der Arbeiter; Und hierdurch findet eine Bereicherung der Reichen statt, die Welt wird wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich unhaltbar. […]

Unser Block basiert auf allen gesellschaftlichen Gruppen, die in der Türkei vom System ausgegrenzt, verleugnet, vernichtet, assimiliert und diskriminiert werden. Wir sind gegen ein System und eine Politik, die Stereotypen schaffen will und für eine Lösung im Sinne einer demokratischen Nation. Wir beabsichtigen eine gesellschaftliche Ordnung, in der vom Recht auf gleichberechtigte Staatsbürgerschaft sowie von individuellen und kollektiven Rechten frei Gebrauch gemacht werden kann, in der alle gesellschaftlichen Identitäten, Gemeinden, Gruppen und Geschlechter sich frei äußern und organisieren können. Unser Ansatz von einer demokratischen Nation und Republik zur Verwirklichung des gesellschaftlichen Friedens, wirtschaftlicher Stabilität, der absoluten Priorität von Freiheit und Apostolat der Frau, einer intakten Ökologie, einer neuen Verfassung, die gesellschaftliche Vielfältigkeit schützt und Rechte und Freiheiten aller gesellschaftlichen Gruppen garantiert, ist unser Ziel. Friedliche Beziehungen auf Basis der Brüderschaft aller Völker, allen voran der Nachbarvölker, die Lösung der mit der Republik gleichalterigen Kurdenfrage und die Beteiligung des Volkes an der Regierung in der ganzen Türkei, legt unseren Anspruch dar und ist in der Lage unsere Ziele zu realisieren. Gleichzeitig beabsichtigen wir das Modell der demokratischen Autonomie, das auf der direkten demokratischen Teilnahme des Volkes basiert und dem Volk in jedem Bereich des Lebens Mitspracherecht ermöglicht, das nicht nur eine Verwaltungsstruktur darstellt, sondern eigentlich die gesellschaftliche Teilnahme und demokratische Verwaltung antizipiert und die grundlegendste Lösung für tief verwurzelte Probleme darstellt.

Das Projekt der demokratischen Autonomie, das auf dem Paradigmen der Demokratie, Ökologie und Geschlechterfreiheit basiert, ist im Grunde ein Frauenprojekt. Die Emanzipation der Frau ist die Emanzipation der Gesellschaft. Die Teilhabe der Frau am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben und die gesellschaftliche Repräsentation der Frau wird die Demokratisierung der Gesellschaft initiieren. Mit unserem originellen und autonomen Modell, wird das gewaltige Potential der Frau hervorgebracht und durch die Solidarität der Frau die patriarchalische Mentalität gesellschaftlich verändert werden. Ausgehend von den genannten Feststellungen und Thesen muss betont werden, dass die Wahlen am 12. Juni, eine noch nie da gewesene Möglichkeit zum Wandel in der Türkei darstellen. Dies werden Wahlen sein, bei denen alle „anderen“ und alle Verfolgten, die den Großteil des Volkes bilden, die obwohl sie bei der Gründung des Landes gemeinsam gekämpft haben, im Nachhinein missachtet, verschmäht, mit Militärputschs und Massakern zu beseitigen versucht wurden, und die mit allen möglichen Mitteln an der Teilhabe der Regierung des Landes gehindert wurden, den Eliten an der Macht zurufen: „Jetzt reicht es! Wir sind auch da und wir werden gewinnen.“ […]

Im Folgenden entwickelt der Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Frieden ein konkretes Programm zur Umgestaltung der Gesellschaft in der Türkei. Die hervorgehobenen Themenfelder hierbei sind Demokratisierung, Wirtschaft und Soziales, sowie Frauen, deren zentrale Punkte nachfolgend aufgeführt sind.

1. DEMOKRATISIERUNG

[…]

FREIHEITLICH DEMOKRATISCHE VERFASSUNG

In einer Zeit, in der das Grundgesetz vom Militärputsch des 12. Septembers absolut keine Legitimität genießt, werden wir gemeinsam eine freiheitliche, demokratische und egalitäre Verfassung für das Volk schaffen. Eine Verfassung, die keine Ideologie vorschreibt, die die Nation und die Staatsbürgerschaft nicht auf einer ethnischen Basis definiert, die die Befugnisse

des Staates eingrenzt, die auf individuell-kollektive Rechte basiert, auf der Seite der Arbeiter und für Geschlechterfreiheit steht, für die Respekt für die Umwelt gleichbedeutend mit Respekt für den Menschen ist und die alle verschiedenen Kulturen, Religionen und Werte schützt. Anstatt die Schaffung der neuen Verfassung nur dem Parlament zu überlassen, werden mir mit einer langfristigen Volksbeteiligung sowohl unsere Forderungen betonen, als auch die Verfassung zusammen mit dem Volk hervorbringen.

FRIEDEN UND DEMOKRATISCHE LÖSUNG FÜR DIE KURDENFRAGE

Die Kurdenfrage, für das alle eine demokratische und friedliche Lösung wünschen, muss ebenfalls in dieser Phase gelöst werden. Sich mit den vergangenen Jahren gewissenhaft auseinanderzusetzten und das aufgrund des Kurdenproblems fließende Blut zu stoppen ist kein Versprechen sondern eine Aufgabe. Wir werden in einer Zeit, in der das Volk Frieden will und auf Frieden hofft nicht erlauben, dass die AKP wegen ihrer Wahlerwartungen und Interessen den Krieg erneut entfacht. Wir werden das wahre Gesicht der AKP, die sich einerseits vom Krieg ernährt und andererseits alle außer sich selbst als Kriegsbefürworter bezeichnet, entlarven und die Initiative für einen beständigen Frieden übernehmen. Mit unseren Projekten und unseren Tätigkeiten werden wir für eine demokratische Lösung auf politischer Ebene und einen beständigen Frieden sorgen.

Keiner von uns wird diesen Krieg weitere 30 Jahre ertragen, weitere menschliche oder materielle Verluste in Kauf nehmen können. Um den von der türkischen Gesellschaft herbeigesehnten dauerhaften Frieden schaffen zu können, muss allen voran die Regierung ihre politischen und wirtschaftlichen Renditen und Interessen beiseitelegen, ehrliche Lösungsvorschläge vorbringen, die kurdischen Forderungen und Erwartungen in Betracht ziehen und die seit drei Jahren andauernden Treffen in Imralı (Insel, auf der Öcalan gefangen gehalten wird) so schnell wie möglich in einen Verhandlungsprozess umwandeln. […]

BILDUNG VON DEMOKRATISCH AUTONOMEN VERWALTUNGEN

[…]

Ein politisches und administratives Modell, das auf demokratischem Miteinander der Völker basiert, die Demokratie nicht nur in ein figürliches Parlament einsperrt, die Teilnahme des Volkes in Diskussions- und Entscheidungsmechanismen erleichtert und die elementaren Probleme der Gesellschaft bestmöglich und vor Ort löst, ist ein unabdingbar großer Bedarf.

Unser Lösungsvorschlag für eine Demokratisierung der Verwaltungsstruktur ist eine demokratische Autonomie in Form von regionalen Verwaltungen. […]

- In diesem Sinne wird die Türkei entsprechend ihren soziowirtschaftlichen Strukturen in 20–25 autonome regionale Verwaltungen aufgeteilt werden. Diese autonomen regionalen Verwaltungen, die zwischen der Zentralregierung und den Kommunalverwaltungen als administratives und politisches Verwaltungsorgan agieren werden, werden die Prozesse erleichtern und beschleunigen, für eine direkte Teilnahme des Volkes an der Verwaltung sorgen und einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung leisten.
- In diesem administrativen Modell werden dezentrale Regionalparlamente aktiv sein, die die umliegenden Provinzen, die untereinander rege sozio-kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen pflegen, umfassen. Dessen Mitglieder werden gewählt und diese funktionieren ähnlich wie Provinzräte. Diese Parlamente müssen je nach regionalen Eigenschaften im politischen und administrativen Sinne rechtliche und politische Sicherheiten und Identitäten erhalten. Diese Parlamente werden verantwortlich für Bildung, Gesundheit, Kultur, Soziale Dienste, Landwirtschaft, Schifffahrt, Industrie, Bauwesen, Umwelt, Tourismus, Telekommunikation, Frauen, Jugend, Sport und andere Dienstleistungsbereiche sein. Außenpolitik, Finanzwesen und Verteidigung werden im Aufgabenbereich der Zentralregierung liegen. Sicherheit und Justiz werden in der gemeinsamen Verantwortung von Zentralregierung Regionalparlamenten liegen. Neben der im ganzen Land gültigen Amtssprache Türkisch, werden je nach Bedarf zweite oder dritte Sprachen in den Regionen verwendet werden können.
- Die Regionalparlamente werden neben dem von der Zentralregierung je nach Entwicklungsstand und Bevölkerung zur Verfügung gestellten Etat, von eigenen regionalen Einkommensquellen profitieren und somit ihre Dienstleistungen fortsetzen. Wenig entwickelte und arme Regionen werden von der Zentralregierung bevorzugt behandelt werden. […]

Weitere unter dem Stichpunk Demokratisierung genannte Programmpunkte beinhalten die Auflösung des Hochschulrates (YÖK) und des Nationalen Sicherheitsrate (MGK), die Auflösung des Dorfschützersystems, die Bildung einer Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit sowie Reformen des Justizwesens und des Parteiengesetzes und die Abschaffung der 10%-Hürde bei Parlamentswahlen.

2. WIRTSCHAFT, BILDUNG UND GESUNDHEIT

[…]

- Im Gegensatz zum jetzigen Modell, wo alles der Renditegier überlassen wird, beabsichtigen wir die Schaffung einer rechtlichen und moralischen Wirtschaftsbasis.
- Elementaren gesellschaftlichen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Unterkunft sowie infrastrukturellen Bereichen wie Verkehr und Energie wird ein größeres Budget zugeteilt.
- Die Ungleichheit zwischen den Regionen wird behoben.
- Das ökologische Gleichgewicht wird beschützt und ökologisch vertragbare Projekte werden entwickelt.
- Der wirtschaftliche und soziale Status der Frauen wird verbessert.
- Nichtstaatliche Strukturen basieren auf die Entwicklung der Verwaltungs- und Kontrollrollen in der Wirtschaft. Diesbezüglich haben wir folgende Ziele festgelegt: Es werden zentrale, regionale und kommunale Mechanismen gebildet, die dafür sorgen werden, dass die Kontrolle der Wirtschaft neben

dem Staat auch mittels Berufsgruppen und nichtstaatlichen Organisationen auf die Produzierenden, Verbraucher und Arbeiter übertragen wird. […]
- Der Haushalt und alle Ausgaben, unter Mitwirkung von Organisationen unter die Aufsicht der Gesellschaft gestellt und der Etat für Arbeitsschaffende Maßnahmen vergrößert.
- Der Etat für Rüstung und Verteidigung gekürzt und der Etat für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit vergrößert. […]
- Die Steuer auf den Gebieten Grundnahrungsmittel, Bildung und Gesundheit aufgehoben.
- Der Verbrauch von Luxusgütern neu definiert und die spezielle Verbrauchssteuer ÖTV neu strukturiert. […]
- Steuerfreier Mindestlohn und Rente über der Armutsgrenze,
- 35 Stundenwoche bei gleichem Lohn.
- Aufhebung der Regelungen die zu flexiblen und ungeregelten Arbeitsformen sowie zu Leiharbeit führen.
- Abschaffung von Kinderarbeit und der Ausbeutung von Kindern.
- Abschaffung der Schattenbeschäftigung.
- Reformierung des Arbeitsgesetzes, Gewerkschaftsgesetzes, des Gesetzes für Tarifrecht, Streik und Aussperrung zur Wiederherstellung aller historischen Errungenschaften und Rechte für die Arbeiter. Das Recht auf Aussperrung wird aufgehoben.
- Die auf Geschlecht, Religion, Ethnie und sexuelle Einstellung basierende Diskriminierung in der Arbeitswelt wird beendet und diesbezüglich Benachteiligte werden bevorzugt behandelt. […]
- Bildung wird in der Verantwortung von autonomen Gelehrtenräten liegen.
- Der Bildungsetat wird angehoben und allen Schulen ausreichend Mittel zugeteilt.
- Maßnahmen zur Privatisierung der Bildung werden beendet. […]

3. FRAUEN

Der Emanzipationskampf der Frauen ist die wichtigste Realität der Menschheitsgeschichte. Alle sozialen Auseinandersetzungen in der Geschichte verliefen parallel zum Emanzipationskampf der Frauen. Die Geschichte der Menschheit ist sozusagen ein von Unterdrückten und Frauen gegen Sklaverei, Unterdrückung und Ausbeutung geführter Emanzipationskampf. […]

Wir sind uns dessen bewusst, dass ohne die Befreiung der Frauen auch die Gesellschaft nicht befreit werden kann. Deswegen werden wir, angefangen von den kleinsten Wohnorten, in allen Siedlungen, Dörfern und Vierteln, Frauenkommunalräte bilden, um die demokratische Autonomie zu stärken. Die kurdische Frauenbewegung wird zur Inspirationsquelle für alle Frauen. Im Rahmen der Paradigmen der Demokratie, Ökologie und Geschlechterfreiheit sind wir uns der Tatsache bewusst, dass Quelle aller Ungleichheiten die Ungleichheit zwischen Mann und Frau ist. Wir setzen unseren Weg fort, indem wir unsere Erfahrungen mit den Erfahrungen der Weltfrauenbewegungen zusammentun. Unsere Ansprüche als Frauen sind heute viel größer. Wir möchten das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der „Emanzipation der Frau“ machen. Die Dynamik der Weltfrauenbewegung und ihr historisches Erbe verstärken unseren Anspruch. […]



Der Konvoi des Blocks bei Silopi. Foto: DIHA

Als weibliche Kandidaten des „Blocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie“ werden wir den Entstehungsprozess für eine demokratische und zivile Verfassung mit einer die Frauen und alle gesellschaftlichen Schichten involvierenden Methode und im gesellschaftlichem Konsens fortsetzen. […]

Als weibliche Kandidaten des „Blocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie“ werden wir das Prinzip der positiven Diskriminierung anwenden, bis alle Umstände, die eine Teilnahme und Repräsentation der Frauen an den Entscheidungs- und Anwendungsprozessen verhindern, beseitigt werden. Wir werden in der Politik, den Gewerkschaften, Vereinen, Berufsverbänden und allen Verwaltungsebenen eine Geschlechtsquote von 40 % einführen. […]

Als weibliche Kandidaten des „Blocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie“, werden wir alle Umstände, die eine Organisierung und Repräsentierung der Arbeit der Frau verhindern, beseitigen. Um monopolistische Produktionspolitik zu verhindern, werden wir die Entwicklung kollektiver Produktionsgebiete direkt und effektiv unterstützen. […]

Weitere Programmpunkte beschäftigen sich mit Fragen von Umwelt, Natur und Ökologie, mit der Situation der Jugend, der Entwicklung der Städte, der Situation von Menschen mit Behinderungen und nicht zuletzt der Außenpolitik, wo unter anderem Freundschafts- und Nichtangriffsabkommen mit allen Nachbarstaaten der Türkei sowie der Austritt aus der NATO gefordert werden.

Das vollständige, 19 Seiten umfassende Wahlmanifest ist in deutscher Sprache u.a. auf der Sonderseite zu den Wahlen 2011 der Webseite der ISKU (www.isku.org) zu finden. ♦

KCK-Exekutivrats-Vorsitzender Murat Karayılan im Interview

Es gibt zwei Alternativen

Özgür Serhat

Mit Murat Karayılan, dem Vorsitzenden des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK, sprach Özgür Serhat über die Parlamentswahl, über die Gespräche mit dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı und über mögliche Alternativen für den weiteren Verlauf. Das Interview erschien vor den Parlamentswahlen am 7. Juni 2011 auf der Website der Nachrichtenagentur ANF. Im Folgenden geben wir es in gekürzter Form wieder.

Welche Bedeutung hat diese Parlamentswahl in der Türkei?

Wie auch anderwärtig in der Türkei verlautet, drehen sich diese Wahlen um die kurdische Frage. Diese war eines der Hauptthemen während des Wahlkampfs. In der Türkei wird sie zum ersten Mal auf diese Weise diskutiert. Sie ist ein Problem der Türkei. Ohne die Lösung der kurdischen Frage kann sich die Türkei weder zu einem demokratischen Land entwickeln noch einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben. Sie wird ihr Ziel, ein Wohlstandsland zu werden, nicht erreichen können. Sie wird sich nicht zu einem Rechtsstaat entwickeln können, der sich auf die Menschenrechte stützt. Ohne die Lösung der kurdischen Frage wird sie sich nicht davon befreien können, als ein Land der Diskriminierung gebrandmarkt zu werden, in dem Unterdrückung herrscht. Folglich ist die Lösung der kurdischen Frage eine Voraussetzung für eine richtige und starke Zukunftsperspektive für die Türkei.

Die kurdische Frage ist im Grunde eine verfassungsrechtliche Frage. Heute steht sowohl die kurdische Frage als auch die Frage nach einer neuen Verfassung auf der Tagesordnung der Türkei. Beide überschneiden sich. Auch die kurdische Befreiungsbewegung befindet sich in der endgültigen Phase. Sie zwingt die Lösung auf. Die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei drängt sich heute auf allen Ebenen auf. Mit diesen Wahlen wird das Parlament gewählt, das eine neue Verfassung ausarbeiten wird; vor diesem Hintergrund sind sie natürlich wichtig. Die Türkei benötigt eine Verfassung, die das Land voranbringt, es zu einem demokratischen Land werden lässt. Eine Verfassung, die im Rahmen einer demokratischen Nation auch die Lösung der kurdischen Frage umfasst, der gesellschaftlichen Realität entsprechend vorhandene unterschiedliche Kulturen und Identitäten nicht verleugnet, sondern akzeptiert, auf dieser Grundlage das Selbstverwaltungsrecht anerkennt. Eine Verfassung, die auf diese Weise die Perspektive der demokratischen Autonomie beinhaltet. Vor diesem Hintergrund sind die Wahlen, in denen das Parlament gewählt wird, welches eine neue Verfassung ausarbeiten wird, von großer Bedeutung. Nicht nur im Hinblick auf die kurdische Frage, sondern allgemein für die gesamte Türkei.

Unterschiedliche Kreise, kurdische als auch der türkischen Linken und DemokratInnen, schicken gemeinsam unabhängige KandidatInnen in Form eines Blocks in die Wahl. Was können Sie uns über die gegenwärtige als auch die historische Bedeutung dieses Blocks sagen?

Allem voran sollte festgehalten werden: Für die Lösung der kurdischen Frage, also für die Schaffung von Bedingungen für einen neuen Vorstoß in der Türkei, ist eine wichtige Phase begonnen worden. Die Frage, mit welcher Perspektive sich die Türkei ihrer Zukunft annähern wird, steht gegenwärtig auf der Tagesordnung. Aus diesem Grunde sind wir die bevorstehenden Wahlen angegangen, indem wir diese neue Phase einbeziehen. Die Entstehung des Wahl-„Blocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie“ ist aus Sicht der Türkei neu und bedeutsam und aus Sicht der Kurden eine Errungenschaft. Zwar konnte er nicht alle Kreise erfassen, die wir gern dabei gehabt hätten, aber es ist ein beachtlicher Schritt in diese Richtung. Er sieht zum einen die Einheit des kurdischen Volkes vor, zum anderen die Einheit zwischen Kurden und Türken. Vor allem die Tatsache, dass er demokratische sowie links-sozialistische Kräfte in der Türkei umfasst und sich im Rahmen einer demokratischen Nation entfaltet, sollte Beachtung finden. Auch aus historischer Sicht trägt dieser Block eine große Bedeutung.

Bei der Gründung der Republik spielten alle die Gesellschaft in der Türkei darstellenden Volksgruppen eine wichtige Rolle. Auch das kurdische Volk hatte in diesem Kampf seinen Platz. Aber nach der Republikgründung wurden vor allem nach 1925 einige Gruppen ausgegrenzt. Die herrschende nationalistische Gruppe schloss sowohl die konservativ-islamischen Kreise als auch die Kurden und links-sozialistisch-kommunistischen Kräfte aus. Damit begann eine leidvolle Phase. Diese Haltung hat der Türkei viel Schaden zugefügt. Wenn heute die Türkei im Vergleich zu Europa hinterherhinkt, so

liegt es an dieser Mentalität. Anstatt eine gesellschaftliche Übereinkunft zu treffen, hat sie die von ihr entrechteten Bevölkerungsgruppen unterdrückt und zu vernichten versucht. Einige stempelte sie als reaktionär ab, andere als separatistisch.

Aber die konservativen islamischen Kreise, die wir heute als nationalistischen Islam definieren, sind jetzt an der Macht. Wenn heute die CHP (Republikanische Volkspartei) und die MHP (Partei der Nationalen Bewegung) die nationalistischen Kreise vertreten, so wird der nationalistische Islam von der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) vertreten. Diese beiden Flügel sind heute in den staatlichen Organen der Republik die herrschende Kraft. Übrig bleiben die ausgegrenzten Kurden und die linken Kräfte. Wenn die Türkei im Inneren einen Konsens erreichen will, wenn sie mit einer Versöhnungsperspektive in die neue Phase gehen will, dann muss sie diejenigen, die aus der Republik ausgegrenzt worden waren und seit 86 Jahren jede Art von Unterdrückung erleiden mussten, ebenfalls in die Gestaltung der neuen Verfassung mit einbeziehen. Der „Block für Arbeit, Freiheit und Demokratie" ist mit dem Ziel entstanden, genau diese Ausgegrenzten zu vertreten. Mit der Perspektive, aktuelle Probleme mit historischen Wurzeln zu lösen. Aus dem Grunde hat dieser Block für uns strategische Bedeutung.

Dieser Block wird bei der Lösung der kurdischen Frage, bei der Gründung einer demokratischen Republik, bei der Errichtung einer demokratischen Nation sowie bei der Schaffung einer Einheit innerhalb eines demokratischen Landes eine wichtige Rolle spielen. In der Türkei verhindern Gesetze, dass der Wille aller im Parlament vertreten wird. Die Zehn-Prozent-Wahlhürde ist eines dieser Gesetze. Daneben gibt es noch andere Praktiken zur Unterdrückung der Kurden und der Linken. Vor diesem Hintergrund ist es von immenser Bedeutung, dass trotz allem mit unabhängigen Kandidaten zu den Wahlen angetreten wird. Wünschenswert wäre natürlich ein demokratisches Wahlsystem, das keine Wahlhürde beinhaltet und wo jeder gesellschaftlichen Kraft der Einzug ins Parlament ermöglicht wird. Aber leider gibt es das heute in der Türkei nicht. Es ist daher bedeutsam, dass dieser Block, der auf die Bemühungen der kurdischen Politik zurückzuführen ist, diese undemokratischen Gesetze durchlöchert und es so auf die politische Tagesordnung der Türkei geschafft hat. Die im Block zusammengekommenen Kräfte können natürlich im Detail Differenzen aufweisen. Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Bildung dieses Blocks sich positiv auf die Türkei auswirken wird. Vor allem wird er zur Demokratisierung der Türkei beitragen, damit ein gemeinsames Leben in einem Land auf der Grundlage einer demokratischen Republik aufgebaut wird.

In der Türkei müssen das beschränkte zentralistische Verwaltungssystem und die zugehörige Mentalität überwunden werden, wie es heutzutage passiert. Das Verständnis von Kommunalverwaltungen entwickelt sich immer weiter. Auch in der Türkei ist es zwingend notwendig, dass diese zentralistische Mentalität sich ändert, die alle Unterschiedlichkeit und Vielfalt als Gefahr sieht und alles vereinheitlichen will, die unterschiedliche Sprachen, Kulturen verbietet. Die lokale Verwaltung entspricht der gesellschaftlichen Realität der Türkei, das politische System sollte dem angepasst werden.

Ohne demokratische Autonomie kann es in der Türkei keine demokratische Republik geben. Ohne eine demokratische Republik, eine demokratische Gesellschaft kann es auch keine demokratische Autonomie geben. Sie hängen voneinander ab. Der Wahl-„Block für Arbeit, Freiheit und Demokratie" behandelt die demokratische Autonomie und die demokratische Republik in diesem Rahmen in ihrer Ganzheit. Er hat eine Perspektive, um die Türkei voranzubringen.

Ohne demokratische Autonomie kann es in der Türkei keine demokratische Republik geben. Ohne eine demokratische Republik, eine demokratische Gesellschaft kann es auch keine demokratische Autonomie geben.

Wie wird sich Ihrer Meinung nach der Wahlblock nach der Wahl entwickeln?

Unser Vorsitzender (Abdullah Öcalan) hat angekündigt, dass er sich nach den Wahlen zu diesem Thema äußern wird. Unsere Position in dieser Frage ist bekannt. Wir sind der Ansicht, dass eine Partei notwendig ist, die sich nicht auf eine bestimmte Ethnie stützt, sondern sich zum Ziel setzt, eine demokratische Nation, kurdische Autonomie und eine demokratische Republik zu entwickeln. Dies gehört nach den Wahlen auf die Agenda. (…)

Ein weiteres Thema, das die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist der Dialog zwischen dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan und dem türkischen Staat. Öcalan informiert von Zeit zu Zeit über seine AnwältInnen die Öffentlichkeit über diese Gespräche. Was können Sie über deren Qualität sagen?

Bekanntlich werden seit Längerem Gespräche mit unserem Vorsitzenden geführt. Aber die haben nun einen bestimmten Punkt erreicht. Diese Aussage stütze ich auf die Äußerungen unseres Vorsitzenden. Wahrscheinlich wird in den kommenden Tagen ein weiteres Gespräch stattfinden. Er hat dazu Feststellungen getroffen, die sehr wichtig sind und unbedingt beachtet werden sollten. Er habe bestimmte Vorschläge entwickelt, und wenn die auf staatlicher Ebene positiv beantwortet würden, so werde er auch in Zukunft seine Rolle spielen. Wenn nicht, dann werde er nicht zulassen, dass diese Gespräche als Hinhaltetaktik missbraucht und zur Liquidierung der Freiheitsbewegung benutzt werden würden. In dem Fall würde er sich davon zurückziehen.

Welche Vorschläge hat Herr Öcalan gemacht?

Ich werde sie in dieser Etappe nicht näher erläutern, aber sie in groben Zügen darzustellen könnte sinnvoll sein. Er hat dem Staat drei unterschiedliche Protokollvorschläge präsentiert. Der erste betrifft die Prinzipien einer demokratischen Lösung für die kurdische Frage, der zweite die Prinzipien für einen gerechten Frieden in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, der dritte einen Aktionsplan für die Entwicklung einer demokratischen Lösung und einen gerechten Frieden. Diese drei Konzepte hat er der offiziellen staatlichen Delegation vorgelegt. Sie werden sicherlich staatlicherseits bewertet. Ihr Resümee ist: die friedliche Lösung der kurdischen Frage im verfassungsrechtlichen Rahmen. Sie sind rational, bescheiden, das Ergebnis ernsthafter Konzentration. Es ist nur wünschenswert, dass der Staat darauf positiv reagiert. Wann wird er darauf antworten? In diesen Tagen. Praktisch dann erst nach den Wahlen. Alle sprechen von einer Balkonrede des Ministerpräsidenten nach den Wahlen. Wir erwarten so etwas nicht. Denn es ist kein Thema, bei dem mit einer Rede die Herzen der Menschen erleichtert werden können. Es ist eine strategische und bedeutende Angelegenheit für die Türkei. Es bedarf der Äußerung eines politischen Willens, des Willens zu einer Lösung.

In diesem Sinne hat die kurdische Frage eine strategische Phase erreicht, die ein Finale darstellt. Wenn der Staat diesen Konzepten, die unser Vorsitzender als Ergebnis seiner 18-jährigen Friedensbemühungen entwickelt hat, positiv entgegenkommt, wird dieses Problem gelöst werden. Die Waffen würden für immer schweigen und das Problem würde im Rahmen des freien Zusammenlebens einer tiefgründigen Lösung unterzogen. Das liegt ganz allein bei der Führung des türkischen Staates. Wir erklären ganz klar, dass wir auf alles vorbereitet sind. Das Problem kann nicht mit banalen Äußerungen oder Schritten gelöst werden. In erster Linie muss eine Verfassungskommission gebildet werden. Des Weiteren eine Friedenskommission. Danach muss der Aktionsplan umgesetzt werden. Unser Vorsitzender muss direkt involviert werden, damit er seine Rolle spielen kann. Diese Möglichkeiten müssen gegeben sein. Die Angelegenheit hat gegenwärtig diesen Punkt erreicht, es gibt kein Zurück mehr. Was hieße zurück? Wenn diese gut überlegte akzeptable Lösungsperspektive abgelehnt wird, bedeutet das, dass auf Verleugnung und Vernichtung beharrt wird. Wir müssen als Volk und als Bewegung auch diese Option berücksichtigen. Wir sind an einem solchen Punkt.

Öcalan spricht von drei Optionen. Der einseitige anhaltende chaotische Zustand, die Kandil-Option und drittens seine eigene Option. Was meint er genau damit?

Unser Vorsitzender sagt, dass es drei Optionen geben kann. Er legt sie sehr bedachtsam dar. Sie sind das Resultat einer Annäherung, die alle Möglichkeiten berücksichtigt. Ich kann offen und klar sagen, dass die erste Option für uns keine solche darstellt. Denn es wäre die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen einseitigen chaotischen Zustandes. Der kann nicht so weitergehen. Wir sind an einem Scheideweg angelangt. Entweder wird die dritte Option, wozu unser Vorsitzender tendiert, umgesetzt werden oder die zweite. Die dritte Option bedeutet, dass sich die friedliche Phase entwickelt. Wir haben trotz massiver Provokationen während der Wahlphase unser Aktionspotential bewusst nicht genutzt, um diese Option fördern zu können.



Foto: DIHA

Wir haben unsere Aktionseinheiten außer für ein paar Aktionen zur Warnung zurückgehalten. Denn es handelt sich um eine strategische Phase. Ungeachtet der im Rahmen der psychologischen Kriegsführung entwickelten Szenarien um eine sehr wichtige Phase. Obwohl unsere Genossen in dieser Phase gefallen sind, haben wir angesichts dessen nicht ernsthaft reagiert. Folglich haben wir als Bewegung alles in unsere Macht Stehende unternommen, damit die dritte Option, die unser Vorsitzender als seine Tendenz bezeichnet hat, als Phase des Friedens fortschreiten kann, damit wir ihr den Weg ebnen können und damit die Spannungen sich nicht zuspitzen.

In den bevorstehenden 10 bis 15 Tagen wird sich alles klären. Aus diesem Grunde ist dieser Zeitraum von historischer Bedeutung. Die Wahlen finden genau in einer solchen wichtigen Phase statt. Sich bei den Wahlen entsprechend zu verhalten, ist daher wichtig. Es ist eine Phase der Entscheidung für alle. Der türkische Staat wird seine Entscheidung treffen, wir auch.

Wir sind bereit für die Präferenz unseres Vorsitzenden, d. h. für die Friedensphase. Aber sollte dies abgelehnt werden und stattdessen der Staat seine eigene Lösung, auf der Grundlage der Liquidation, aufzwingen wollen, werden wir das als Bewegung und als Volk nicht hinnehmen. In diesem Falle wird eine Phase des starken Widerstands beginnen. Wenn wir das sagen, wird uns von manchen vorgeworfen, wir würden drohen. Nein; aber es ist offensichtlich, dass wir eine Kraft darstellen. Wir sind eine gesellschaftliche Kraft, die über eine politische und militärische Stärke verfügt und widerstandsfähig ist. Wir sagen, lasst uns die Kräfte der physischen Vernichtung auflösen und dieses gesellschaftliche Problem mit friedlichen Methoden lösen. Wenn ihr das nicht akzeptiert und uns erneut auf allen Ebenen, auf der politischen wie auf der sozialen, den Genozid aufzwingt, wenn ihr erneut mit eurem Repressionsapparat, mit eurer Polizei und Armee vorgeht, dann werden wir dieselbe Sprache auch sprechen können. Wir haben dafür genügend Kraft und Selbstbewusstsein.

In diesem Falle wird unser Volk gezwungen sein, seine Lösungsperspektive der Demokratischen Autonomie aus eigener Kraft umzusetzen. Was es ja schon bereits bei jeder Gelegenheit zur Sprache bringt. Die Lösungsperspektive ist die Demokratische Autonomie. Wir wollen sie mit friedlichen Mitteln entwickeln. Unsere Leute werden nicht darauf warten, dass die Polizei kommt und sie in Handschellen abführt oder dass die Soldaten kommen, um sie zu töten. Nein, das ist nicht möglich. Unser Volk kann sein System selbstständig aufbauen und alle darin umfassen. Hierfür gibt es bereits gewisse Vorbereitungen in gesellschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht. Es ist offensichtlich, dass es zwei Alternativen gibt. Entweder wird die friedliche Phase entwickelt oder die Kurden werden selbstständig ihre Lösungsperspektive entwickeln. Die Basis, die Möglichkeiten und die regionalen Bedingungen sind für die erste Alternative bereit.

Wenn nicht erneut die Gladio-Struktur der NATO eingreift oder die grüne [*islamistische*] Gladio aktiv wird, wenn der eigentliche Wille der Völker zur Sprache kommt, dann wird die Phase der demokratischen Lösung sich entwickeln. Wir werden sehen, inwieweit die Politik und die politischen Führungskräfte der türkischen Republik die NATO-Gladio überwinden werden können. Wir werden sehen, inwieweit sie tatsächlich den Willen der Völker vertreten werden.

Wir wissen, dass die NATO-Gladio ständig am Problem rührt und die Entwicklung der Phase kontert und verhindert. Es ist möglich, dass die internationalen Kräfte die Situation nicht richtig wahrnehmen. Wir appellieren auch an sie: Bringt euch positiv ein, unterstützt die Friedensphase. Aber sie tun das Gegenteil. Erst vor einigen Tagen wurden in Frankreich zwei kurdische Vereine überfallen und kurdische Politiker festgenommen. Das ist eine Botschaft an die kriegstreiberischen Kräfte in der Türkei: „Wir stehen hinter euch, wir werden die PKK auch in Europa auslöschen.“ Dass diese Angriffe nichts anderes bedeuten, wissen wir. Auch die türkische politische Führung sollte es wissen. Anstatt sich darüber zu freuen sollten sie versuchen zu verstehen, welches eigentliche Ziel hinter diesen Angriffen steht. Sie sollten diese Ereignisse nicht oberflächlich abhandeln.

Wir wissen, dass die NATO-Gladio ständig am Problem rührt und die Entwicklung der Phase kontert und verhindert. Es ist möglich, dass die internationalen Kräfte die Situation nicht richtig wahrnehmen. Wir appellieren auch an sie: Bringt euch positiv ein, unterstützt die Friedensphase.

Wenn die politische Führung in der Türkei, die Zukunft, die Geschwisterlichkeit und Einheit der Völker berücksichtigend, sich mit einer tiefgreifenden Annäherung und auf der verfassungsrechtlichen Ebene der kurdischen Frage richtig annähert und sich entsprechend äußert und Garantien abgibt, dann ist es nur offensichtlich, dass die Phase sich in Richtung Frieden entwickeln wird. Aber wenn es heißt: „Warum sollten wir sie anerkennen?“, oder wie die Position des Ministerpräsidenten ausdrückt: „Alle sind Terroristen, die muss man isolieren und vernichten!“, und dieser Haltung entsprechend erneut mit Gewalt gegen dieses Volk vorgegangen wird, so ist auch klar, dass das Volk heftigen Widerstand leisten wird. Mit diesem gesellschaftlichen Widerstand wird es sein System der Demokratischen Autonomie aufbauen und der Türkei auf diese Weise die Demokratie aufzwingen. Niemand sollte es darauf ankommen lassen. Das ist die Kandil-Perspektive. Ich wiederhole: Die Lösung aus Kandil heißt Widerstand. Unsere Bewegung und unsere Bevölkerung sind bereit hierfür. Das ist keine Drohung. Ich bringe nur ganz klar und offen eine Realität zur Sprache. Aber unsere Wahl ist natürlich die friedliche Lösung. Vor diesem Hintergrund sind die Wahlergebnisse von Bedeutung. ♦

Die AKP beherrscht heute faktisch, ohne ihn dabei zu unterschätzen, den Staat

Das neue Verständnis der Türkei

Tuncel Fikret, Journalist

Für die meisten Kurden gibt es keinen sogenannten weichen [*moderaten*] „tiefen Staat", sondern lediglich den Staat. Dieser ist seit knapp einem Jahrhundert die Gegenseite im Kampf um Selbstbestimmung und heißt Republik Türkei. Dieser Staat ist verantwortlich für den Tod hunderttausender Menschen, ihre Ablehnung, Leugnung und Assimilation. Diese Feststellung soll die Uneinigkeit und den Konflikt innerhalb des Staates nicht simplifizieren und auch nicht ignorieren.

Die AKP beherrscht heute faktisch, ohne ihn dabei zu unterschätzen, den Staat. Neben der Gesetzgebung, Bürokratie, Wirtschaft dominiert sie auch zu einem großen Teil die Medien, den Sicherheitsapparat und die Gerichtsbarkeit. Nur eine Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung universeller Rechte aufseiten des Staates können die Kurden zufriedenstellen. Ausschlaggebend allerdings ist die Herangehensweise an die kurdische Frage.

Wie kam es dazu? | 1997 hat sich die Auffassung des türkischen Staates von Gefahr verändert: Die „Rückständigkeits"- und die „Separations"-Phobie haben den „Kommunismus" vergessen lassen. Die kurdische Frage wurde trotz der Unschlüssigkeit unter Vorbehalt anerkannt. Beide Erkenntnisse wurden in den Prozess der globalen Integration unter Führung der EU übergeben. Das war unter der Führung des türkischen Militärs der abenteuerliche Beginn des neuen Staatsverständnisses. Unter Berücksichtigung internationaler Bündnisse und der regionalen Rolle garantierte dies, dass die Türkei sich nicht vom EU- und NATO-dominierten Machtpol der Weltpolitik lossagen konnte.

Das neue Abenteuer begann am 28. Februar[1], bevor die PKK durch die Entführung ihres Vorsitzenden gelähmt werden sollte, und dem gelenkten „politischen Islam" wurde der Weg geebnet, um über die vom globalen Wohlwollen genährte „kemalistische Linke" die Vorherrschaft zu erzielen. Ersteres wurde durch den Widerstand der Bevölkerung behoben, wobei Letzteres seine Legitimation erfahren hat.

Das neue Verständnis hat mit dem großen Appetit bei der wirtschaftlichen Integration bewiesen, dass es das System, das dieser Legitimation den ersten Zuspruch gegeben hatte, die EU, nicht verschrecken wird. Der 1. März wurde im Zuge der Schlacht innerhalb des türkischen Militärs zu dem Tag, an dem nun über die Volksvertreter der angelsächsischen Schelte Legitimation verschafft wurde.

Das türkische Militär ließ trotz seiner enormen Verpflichtungen und Planungen den großen Partner allein. Der Schleier wurde nach dem US-Einmarsch [*im Irak 2003*] gelüftet und erkennbar ein kurdischer Staat enthüllt. Die PKK, deren Anführer sich im Gefängnis befand, entwickelte eine Stärke, die es ihr ermöglichte, alle Manöver ins Leere laufen zu lassen, so dass die Gefahrensensoren des türkischen Militärs ansprachen.

Auf der einen Seite nach innen die USA verteufeln, auf der daraus resultierenden Welle des Rassismus und Antiamerikanismus reiten – und auf der anderen Seite arrogante Ignoranz, um so den „Sack über dem Kopf"[2] als Malheur darzustellen. Eben diese unkontrollierte Beziehung zwischen diesen beiden Anstrengungen heißt „Ergenekon".

Als einige Militärs und Zivilisten die alte Auffassung vom „tiefen Staat" zu ernst genommen und wie eine autonome Struktur in allen Lebensbereichen zu agieren begonnen hatten, sogar bis in die Privatsphäre des Generalstabschefs vorgedrungen waren, kam es unter dem Druck und mit der Unterstützung der USA zu dem historischen Treffen in Dolmabahçe. Die türkischen Streitkräfte erneuerten am 5. Mai 2007 die Vertrauensbasis mit ihrem neuen Partner [*AKP*]. Dabei bildete die Übereinkunft über die Unveränderlichkeit einiger Verfassungsartikel die Grundlage und der Rest war nur noch eine Detailfrage. Hierbei wurde die Bedeutung der USA festgestellt, und die türkische Militäroffensive im Süden wurde vorzeitig abgebrochen[3]. So gingen dann die eigentlichen Träger der türkischen Sicherheitskräfte, die Stabschefs, an die Arbeit und stiegen zu den eigentlichen Machthabern des Systems auf. Dabei hat Abdullah Gül stets lächeln können, da seine Kandidatur zur Staatspräsidentschaft nicht mehr in Frage gestellt und dem Rest am 17. Juni der Name „Ergenekon" verpasst wurde. Zwar rastete die Ergenekon-Bande aus, aber der Staat hat in diesem Zusammenhang alle Unebenheiten innerhalb der eigenen Struktur geplättet und so übergehen können.

Das türkische Militär hat, nachdem die PKK und die kurdische Frage in der Gesellschaft einen stärkeren Ausdruck bekamen und dieser seinen Widerhall im Parlament fand,

keine andere Chance gesehen, als sich seinem Partner AKP in Kurdistan und somit den USA nach außen anzunähern. Es hält mit seiner Politik der Zugeständnisse und des Einfangens eine empfindliche Balance, indem es seine institutionell bereinigte Identität und das Versprechen auf eine starke Regionalmacht in die Waagschale wirft.

Es werden Gespräche mit Öcalan geführt, zugleich Versuche unternommen, die PKK auszurangieren, und die Begehrlichkeiten nach Bodenschätzen führen unter der Fahne Südkurdistans zu Bekundungen von Geschwisterlichkeit, jedoch ohne eine Projektion der Einigkeit und Geschwisterlichkeit. Es ist von Interesse, die Kurden im Norden weiterhin ihrer Rechte zu berauben und sie im Rahmen der Einheit zu tolerieren. Das bedeutet, dass das Verständnis von ´97 eine kleine Intervention erlebt, diese sogar nur etwas beansprucht wird. Das Gründungsparadigma des Staates erfährt keine Nachfolge, die institutionelle Bereinigung und der Umbau der Bürokratie werden nur so weit gehen, wie Raum dafür vorgesehen ist.

Die Opfer auf kurdischer Seite | Trotz aller negativen Erfahrungen und erfolglosen Bemühungen hatte die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK) die am 31. September 2010 auslaufende Aktionspause ihrer bewaffneten Kräfte bis zur türkischen Parlamentswahl im Juni 2011 verlängert, unter der Bedingung, dass minimalste Schritte zu unternehmen seien. Dazu gehörte: Stopp der militärischen Vernichtungsoperationen, Freilassung der inhaftierten kurdischen Politiker und Kinder, Gründung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, Erarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung, Aufhebung der 10-%-Wahlhürde usw.

Obwohl die Öffentlichkeit diesen Forderungen nicht mit Ablehnung begegnete, haben Staat und Regierung die Gelegenheit nicht genutzt und das Klima zusehends vergiftet.

Die große Strategie | Der türkische Staat begann Ende der 1990er Jahre, das Fundament für seine große Strategie zu legen. Diese findet an ähnlichen Beispielen auf der Welt ihresgleichen und ist, obwohl das Militärische vorwiegt, nicht durch dieses allein vorgegeben. Dass es eben nicht so ist, hören wir seit Jahren von Generalstabschef und Ministerpräsident selbst: Es ist eine gewalttätige staatliche Zuwendung im finanziellen, diplomatischen, ökonomischen, kulturellen und psychologischen Bereich, begleitet von Täuschungen im sozialen und politischen Bereich. Um die Organisierung und Stärke der Kurden einzudämmen ist das System bemüht, durch das Zusammentragen von Kurden aus allen Schichten ethischen Druck aufzubauen, so dass sie ihre „Hoffnungen" in und „Zuwendungen" an die notwendigen Strukturen aufgeben. Nach Arther Ferrill[4] umfasst die große Strategie zur Verteidigung des Staates den politischen, diplomatischen, ökonomischen wie auch religiösen Bereich.

Der Staat verfolgt unter Berücksichtigung des kollektiven Wissens der Kurden, bei Beachtung ihrer langfristigen Interessen und historischen Erfahrungen, eine weise, am gesunden Menschenverstand orientierte Strategie. Das System versucht nach Clausewitz – „eine schwere Kunst zur Bewerkstelligung" – und nach Lord Kitchener – „wir dürfen den Krieg nicht so führen, wie er uns am besten gefällt, sondern so, wie er geführt werden muss" – die Realität auszubalancieren.

Der türkische Staat will größer und stärker werden und zur Regionalmacht aufsteigen, versucht dabei aber die dringlichsten Probleme ohne Lösung unter den Teppich zu kehren. Die Streitkräfte stellen zweifelsfrei im Zuge der Zermürbungs- und Brandstrategie gegen die Kurden weiterhin auf allen Ebenen einen zentralen Pfeiler dar. Das ist eben der Punkt, den viele Kurden nicht verstehen wollen, und zwar ähnelt es der deutschen Zwei-Achsen-Theorie, da hier offensichtlich von einem Pol hin zum anderen Strom fließt.

Die Deutschen hatten behauptet, dass die Soldaten, wenn es ihnen gelingen sollte, die militärische Erfolgsmatrix zu installieren, in ihren Kasernen bleiben könnten. Die türkische Regierung hat bewiesen, dass sie zum einen dies umsetzen kann als auch das Gegenteil.

Durch die Modernisierung der Streitkräfte und professionelles Doping haben sie es geschafft, ein mobiles Kriegspotential zu entwickeln, und alle aussortiert, die sich dem neuen Konzept nicht unterordnen wollten.

Durch die Modernisierung der Streitkräfte und professionelles Doping haben sie es geschafft, ein mobiles Kriegspotential zu entwickeln, und alle aussortiert, die sich dem neuen Konzept nicht unterordnen wollten. Indem sie erfolglose militärische Erfahrungen und die politische Inkompetenz der Streitkräfte abgeworfen und durch eine scheinbare Impfung immunisiert haben, lassen sie erneut die „starken Streitkräfte" über den Köpfen der Kurden schweben.

Das neue Staatsverständnis | Das neue Staatsverständnis der AKP ist zwar überwiegend aus dem Militär ausgelagert, es befindet sich jedoch immer noch ein wichtiger Arm in den Sicherheitskräften, bei der Polizei, dem Geheimdienst und den Akademien. Dieses neue Verständnis beinhaltet keine Lösung für die kurdische Frage, sondern die Vorstellung, dass sie auf ein Niveau gedrückt wird, bis sie dominiert werden kann, um dann deren politische Akteure eliminieren zu lassen. Für das neue Staatsverständnis erscheint der vorherige Staat als zu grob und die Anwendung von Gewalt als unzureichend. Staatlicher Zwang wird aber auf keinen Fall abgelehnt, so dass die verwehrten Grundrechte keinesfalls zugestanden werden sollen. Eben darin ist die Quelle aller Blockaden und Windungen zu sehen. Der Anschein einer Lösung der kurdischen Frage wird vorgetäuscht und die politischen Organisationen der Kurden werden als terroristisch diffamiert, so dass diese auf eine niedere Ebene gezogen werden können. Alles das soll staatlicher Zwang auf ökonomischer, logistischer, politischer, kultureller und diplomatischer Ebene erzielen.

Hinsichtlich des neuen Staatsverständnisses sind alle Gliederungen des Staates einig, da sein Rahmen sich die Kurden betreffend auf die Akzeptanz der ersten drei Verfassungsartikel stützt. Hierbei soll der Begriff „türkische Nation" eingeführt werden, um so den Kurden die Einspruchsmöglichkeiten zu

entziehen und ihnen eine politische Vertretung zu verunmöglichen. Als die kurdische Politik diesen zusammengefassten Rahmen erkannte und in den Widerstand ging, hat der Staat das Instrument der psychologischen Kriegsführung vom alten Apparat übernommen. Die Baumeister der neuen Staatsmentalität wagen sich daran, der Gesellschaft eine neue Architektur zu verpassen, und haben operative Schritte chronologisch aufgereiht.

Die Polizeiakademie und die KCK-Operation | Führen wir die wichtigsten Ratgeber des Staates an, aus dem rechten wie auch dem liberalen Lager: USAK (Internationale Strategische Forschungsorganisation), entstanden aus dem berühmten ASAM (Asiatisches Strategie-Forschungszentrum) von Ümit Özdağ, Prof. İhsan Bal und der Dozent Sedat Laçiner. Im Grunde genommen handelt es sich hierbei um ein Spektrum zwischen Mehmet Metiner und Önder Aytaç. Seit fünf Jahren investieren sie ihre ganze Energie in eine Theorie, die eine gemeinsame Sache von PKK und „tiefem Staat“ belegen soll. Hierbei entwickeln sie aberwitzige Thesen wie z. B. die, es seien „100 James Bond in der Lage, die PKK komplett zu eliminieren“. Diese Personen behaupten, man könne mit wenigen Menschen und geringen ökonomischen Verlusten die kurdische Frage lösen, und sie zeigen hierbei keinerlei Interesse an der Lösung. Sie wollen lediglich die Vertretungsmöglichkeit der kurdischen Bewegung eliminieren.

... es seien „100 James Bond in der Lage, die PKK komplett zu eliminieren“.

Das um die Polizeiakademien herum aufgebaute neue Sicherheitskonzept soll der AKP Ruhe verschaffen, indem die kurdische Frage erstickt wird. Dazu sagte zum Beispiel Sedat Laçiner, mittlerweile Professor, am 14. April 2009, als er die Bedeutung der KCK-Operationen erläutern wollte: „Im Fokus der Öffnung steht nicht nur die PKK, sondern auch die DTP und ähnliche politische Strukturen. Wenn die DTP sich nicht ändert, kann es gut sein, dass sie noch vor der PKK liquidiert wird.“ Kurz darauf wurde die DTP verboten und geschlossen.

Das Umfeld der Akademie hat klargemacht, dass mit wenigen militärischen Kräften, mit großer technischer und geheimdienstlicher Unterstützung gegen die Guerilla punktuelle Operationen durchgeführt werden müssen. Die türkische Armee hat ihre Operationen fortgeführt, so dass verständlich werden konnte, was mit mittel- und langfristigen Zielen gemeint ist. Öcalans Roadmap [*s. S.*], die den Rückzug der Guerilla hinter die Grenzen vorsah, hat den Staat erreicht. Dabei haben erneut die Berater des Staates um Avni Özgürel, Mümtazer Türköne und İhsan Bal unter all den Forderungen Öcalans für die Kurden diejenigen in den Vordergrund gestellt, die seine Haftbedingungen betrafen. Die Freude um die Ankunft der Friedensgruppen wurde in Lynchjustiz verwandelt, die Proteste der Kurden wurden als Vorwand für ein Verbotsverfahren gegen die DTP genommen und diese dann verboten. Als jedoch deutlich wurde, dass die DTPler nicht gewillt waren, Ankara zu verlassen, hat man erneut mit Architekturspielchen begonnen. Dann die KCK-Operationen, was kam noch? Eine solche Operation hätte den Bemühungen um eine Spaltung der DTP in die Lager der „Tauben“ und der „Falken“ nützlich sein können. Die verworrenen und undurchsichtigen Zusammenhänge waren alle im Ganzen Teil des Konzepts, welches nun ins Finale gehen soll.

Die Wahlen vom 12. Juni | Hinter all dem Schock, den Merkwürdigkeiten und Ungereimtheiten der letzten Monate auf der politischen Ebene steckt kollektiv das neue Staatsverständnis. Der Wandel in Rhetorik, Führung und Stab der CHP, die Dezimierung der Saadet-Partei, die Auflösung der Mitte-Rechts-Ansammlung, die aggressive Rhetorik der MHP, ihr reservierter Aktionismus und das Zusammenraffen ihrer Kader, das Innendesign der AKP und die Stärkung ihrer Führungsrolle – wundern Sie sich nicht, dass es sogar der BDP einen gewissen Einfluss zuweist. Unter Wahrung der ersten vier Artikel der Verfassung bemüht man sich, einzige starke Kraft in der Region zu werden.

Die AKP ermöglicht es den eigenen Ministern und Staatssekretären in den Bereichen Inneres, Antiterrorkampf und Öffentliche Sicherheit, für die anfallenden Aufgaben gezielt Kader auszuwählen, die durch ihre Ausbildung gegangen sind. Und alles mit Zustimmung und Begleitung der 30 Jahre alten „Blackboxes“ des Staates …

Werden sie Erfolg haben? | Verlieren werden diejenigen, die vernachlässigen oder nicht zu sehen imstande sind, dass die entscheidenden Akteure des neuen Staatsverständnisses, die AKP und die türkischen Streitkräfte, auf gesellschaftlicher Ebene eins sind und dass wir uns aus der Perspektive des kurdischen Widerstands an einem historischen Punkt befinden. Auch wer glaubt, dass in der Türkei eine Regierung so stark werden kann, dass sie alternativlos ist oder sich völlig mit anderen arrangiert, wird verlieren, da die dritte Kraft deren Strömungen an sich binden wird. Es ist nicht zu unterschätzen, dass das Gleichgewicht wie auch der Zusammenstoß der demokratischen Opposition Räume eröffnen und diese zu einem aktiven Akteur werden lassen könnte. Dessen ist sich sowohl das neue Staatsverständnis als auch die kurdische Bewegung bewusst. Um den 15. Juni herum könnten entweder die Beziehungsstränge vollkommen gekappt und eine Gewaltspirale entfesselt werden oder die Republik Türkei wandelt sich zu einem Staat mit Bezug auf eine gleichberechtigte freiwillige Einheit. ♦

Fußnoten:

1 28. Februar 1997, „postmoderner Putsch“ in der Türkei: Ultimatum der Generäle im Nationalen Sicherheitsrat an die Erbakan-Çiller-Regierung gegen die „islamistische Bedrohung“ des Landes.

2 Als Retourkutsche für die mangelnde Unterstützung der Türkei bei der US-Invasion im Irak und als Warnung an die AKP nahmen US-Militärs in Südkurdistan mehrere türkische Geheimdienstler gefangen und demütigten sie vor laufenden Kameras mit Säcken über den Köpfen.

3 Im Februar 2008 führte ein für die türkische Armee militärisches Desaster im südkurdischen Zap-Gebiet zum vorzeitigen Rückzug und im Anschluss zu verbreiteter Kritik am Militär quer durch die türkische politische Landschaft.

4 Emeritierter Professor der Geschichtswissenschaften an der University of Washington, Seattle; Experte für das antike Rom und Militärgeschichte.

Die AKP:

Das trojanische Pferd der Herrschaft Ankaras in Kurdistan

Erdem Can

Die aus islamistischen Kreisen stammende AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), die Milli Görüş (Nationale Sicht) nach Abschluss ihrer politischen Strukturierung abgelöst hat, entstand als eine politische Bewegung, die die Entfernung vom antiimperialistischen Charakter der Milli Görüş zur Garantie ihrer Macht gemacht hat.

Kann es nur Zufall sein, dass die AKP bei der ersten Parlamentswahl 2002, an der sie teilnimmt, mit überwältigender Mehrheit an die Macht kommt und von den USA anschließend zum Prototyp des von ihnen im Nahen Osten angestrebten gemäßigten Islam erklärt wird?

Kann es Zufall sein, dass Necmettin Erbakan, Prediger mit anti-westlichen und anti-imperialistischen Ansichten, von der politischen Bühne verdrängt wird und die von seinem Ziehsohn Recep Tayyip Erdoğan mit gegründete AKP den USA als „zuverlässiger Partner“ für ihr Greater Middle East Project gilt?

Es ist interessant, dass die AKP nach der Phase des 28. Februar [*1997; „postmoderner Putsch“ des Militärs wegen „islamistischer Bedrohung“ leitete Ende der Erbakan-Çiller-Regierung ein*] als Modell des gemäßigten Islam entsteht und zu gleicher Zeit Fethullah Gülen, der als einflussreichster religiöser Führer die AKP unterstützt und in der Türkei vor Gericht steht, in den USA Asyl sucht.

Aus diesem Grund muss zur korrekten Einordnung der AKP die vergangene Politik unter neuen Gesichtspunkten bewertet werden. Die unter militärischer Vormundschaft stehende zivile Politik Ankaras wurde verkörpert von der unter Armee-Ägide gegründeten Republikanischen Volkspartei (CHP) [*1923 gegründet, bis 1946 einzige türkische Partei, 1995 wiedergegründet*]. Damit sollte sowohl zu Mustafa Kemals als auch zu Ismet Inönüs Zeiten der Übergang zum Mehrparteiensystem mittels aus der CHP rekrutierter Kader kontrolliert ablaufen.

Man ließ einige ehemalige CHP-Abgeordnete mit Zustimmung des Staatspräsidenten Ismet Inönü die Demokratische Partei (DP) gründen. Die Verankerung von Demokratie im Parteinamen, welche sich in den sechs Pfeilen des CHP-Logos [= *sechs kemalistische Grundprinzipien*] nicht widerspiegelt, macht die Untersuchung dieser Neugründung interessant.

Offenkundig zeigte das von der DP bei den Wahlen verwendete Motto „Es reicht, das Wort gehört dem Volk“ sowohl bei den armen Massen als auch bei den Wählern in Kurdistan seine Wirkung. In diesem Zusammenhang lohnt sich vor allem ein Blick auf den Despotismus und die Führungszeit von Inönü.

Es bleibt hinzuzufügen, dass Inönü das Grab seines 1938 verstorbenen Waffenbruders, des Staatsgründers Mustafa Kemal nicht herrichten ließ und ein Museum in Bodrum dem Verfall überließ. Obwohl Mustafa Kemal 1938 gestorben war, wurde er erst nach der Machtübernahme der DP 1950 auf deren Initiative hin im Jahr 1953 beerdigt. Der islamische Gebetsruf, der unter Inönü auf Arabisch verboten und in Türkisch verlesen worden war, konnte unter der DP wieder in arabischer Sprache zu hören sein.

Die Türkei, die erstmalig 1923 beim Abkommen von Lausanne mit einer Delegation unter Leitung von Inönü internationalen Kräften an einem Verhandlungstisch gegenübersaß, zeichnet sich seitdem durch eine enge Beziehung zur Politik Großbritanniens aus. Bekanntlich wurden die ehemals zum Osmanischen Reich gehörenden Ölgebiete in Mossul und Kirkuk, die mit dem Abkommen von Lausanne außerhalb der Grenzen der Türkei liegen, zum großen Teil von den Briten übernommen.

Trotz dieser engen Bindung und dem türkischen NATO-Beitritt 1952 hat die DP, die der CHP, Gründungspartei der Republik, bei den Wahlen 1950 mit einem Stimmenanteil von über 50 % eine schwere Niederlage zufügte, eine derart pragmatische Politik betrieben, dass sie nicht zögerte, mit allen Anrainerstaaten, einschließlich der UdSSR, zusammenzuarbeiten.

Dabei ist die Türkei mit ihrem Beitritt zur NATO zu der am weitesten vorgeschobenen Militärstation der USA geworden, denen sie einst mit Abstand begegnet war. Daher bildet ein Mehrparteiensystem für die türkische Armee und ihre Verbündeten ein gefährliches Gebilde, das nicht der zivilen Politik überlassen werden darf.

Am 27. Mai 1960 fand zur Verhinderung der Priorität des Mehrparteiensystems in der Zivilpolitik und für eine stärkere Etablierung der Vorherrschaft der Armee der erste Militärputsch der Republik statt.

Der Putsch stellt die Verbeugung Ankaras vor den USA dar. Dabei sieht die Realität so aus, dass ein Ministerpräsident, der Richtungswechsel in der Regionalpolitik zu signalisieren versucht, in seiner Heimat vom Militär der Todesstrafe ausgesetzt wird.

Nach der Hinrichtung von Menderes war Mitte-Rechts „auf Linie“ gebracht. Als islamische Kritik erwuchsen daraus Milli Görüş und ihre legale Partei der Nationalen Ordnung. Ein Ergebnis dessen war auch bei den Wahlen 1969 die Verhinderung der Kandidatur des Milli-Görüş-Vorsitzenden Necmettin Erbakan durch Süleyman Demirel, den in der Türkei als „Morrison Süleyman“ bezeichneten Schöpfer der Pro-USA-Politik und Vorsitzenden der Gerechtigkeitspartei AP, eine Nachfolgerin der DP.

Die von dem kurze Zeit später mit der Partei der Nationalen Ordnung auf die politische Bühne tretenden Erbakan propagierte „anti-westliche Haltung“ hatte bei der Gerechtigkeitspartei keine positive Resonanz gefunden. Deshalb legte Demirel ein Veto gegen dessen Kandidatur ein, so dass er als Unabhängiger in Konya kandidierte. Recep Tayyip Erdoğan und seine Clique, mit der er später die AKP gründete, sind nach der Schulung bei Milli Görüş in die Politik eingestiegen.

Kommen wir nun zur AKP. Vor den Wahlen 2002, bei denen sie an die Macht kam, war nach der Aufhebung der Todesstrafe für den in einem internationalen Komplott völkerrechtswidrig aus Kenia verschleppten Abdullah Öcalan Hoffnung auf eine politische Lösung der kurdischen Frage aufgekeimt. Dies war eine Phase, in der in der Gesellschaft die Forderung nach einem grundlegenden Systemwechsel immer stärker wurde.

Es ist auch sicher, dass die AKP als Antwort auf diese Forderungen auf die politische Bühne gehievt wurde. Was in ihrer Gründungsphase von allem am meisten hervorgehoben wurde. Die Inhaftierung Erdoğans aufgrund seiner Ansichten wird dafür als zugkräftigstes Argument genannt.

Der Änderungsdruck zeigte sich auch in der damaligen Regierungskoalition von DSP-ANAP-MHP. Heute ist bekannt, dass Ministerpräsident Bülent Ecevit durch manche Regierungsbeauftragte Gespräche mit Abdullah Öcalan auf Imralı hatte führen lassen.

Wenn wir jedoch über Erdoğan sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass die AKP als Auflehnung gegen Necmettin Erbakan gegründet wurde, welcher anlässlich eines Schreibens – für eine politische Lösung der kurdischen Frage – an den damals in Syrien befindlichen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus der Politik vertrieben worden war.

Daher ist offenkundig, dass die AKP in den Städten des türkischen Westens eine andere Position als in den kurdischen Regionen vertritt. Bei den Wahlen 2002 biederte sie sich mit der Parole „Demokratie, Freiheit und Veränderung“ bei allen unterdrückten Kreisen an und wurde einzige Repräsentantin des Systems in Kurdistan. Bekanntlich unterstützten sie in Kurdistan die Vereine zur Pflege des Gedankenguts von Atatürk, Verfechter des Kemalismus, und auch die in Kurdistan stationierten Armeeangehörigen wählten sie. Die statt aller bisher in Kurdistan untergegangenen Systemparteien geschickte AKP war ein die „Freiheit“ im Munde führendes Trojanisches Pferd.

Ihre auf der Vernachlässigung der Demokratie basierende Existenz führte dazu, dass sie bereits ein Jahr nach ihrer Gründung 2001 bei den Parlamentswahlen 2002 mit 35 % der Stimmen alleinige Regierungsmacht wurde. Als erstes bat sie den auf Imralı inhaftierten Abdullah Öcalan um Zeit. Dass sie seine Äußerungen zu den damaligen Forderungen nicht zurückwies, passt trefflich zu dem türkischen Sprichwort „Schweigen bedeutet Zustimmung“.

Die AKP, die im Gegensatz zu allen Parteien vor ihr die „Demokratisierung“ propagierte, hatte die Mission übernommen, die lädierte Verbindung der kurdischen Wähler zum System zu reparieren. Diejenigen kurdischen Wähler, deren Stimme sie erhielt, erwarteten von ihr praktische Schritte wie den muttersprachlichen Unterricht sowie eine politische Lösung der kurdischen Frage.

Dies waren die Gründe, warum kurdische Wähler, die in der Vergangenheit verschiedenen Parteien ihre Stimme gegeben hatten, die AKP wählten. Erdoğan, dem dies bewusst war, beschäftigte sich in den Jahren 2002–2005 intensiv mit EU-kompatiblen Gesetzen. Er hat in dieser Zeit auch die Unterstützung durch Liberale im Westen gestärkt. Für eine konservative Partei war dies überaus wichtig. Als Ergebnis dessen rief er mit seiner Äußerung in Amed (Diyarbakır) – „Die kurdische Frage ist mein Problem. Der Staat weiß sich auch für vergangene Fehler zu entschuldigen.“ – die Illusion hervor, dass die AKP „eigentlicher“ Ansprechpartner für die kurdische Frage sei.

So plante sie die Auflösung der organisierten kurdischen Opposition und begann 2009 eine Phase, die sie „kurdische Öffnung“ nannte, jedoch zu keiner Zeit inhaltlich füllen konnte. Sie versuchte von Beginn an, das Problem nach dem Motto zu verharmlosen, „den kurdischen Mitbürgern einige Rechte“ zu gewähren. Die Intervention Öcalans sowie die Friedensgruppe aus der Guerilla und aus Maxmur, die in die Türkei kam, versetzten sie in panische Angst vor einem Kontrollverlust.

Nach dem starken Zuspruch der Bevölkerung für die Friedensgruppe, der sich auf der Großveranstaltung zu deren Empfang manifestiert hatte, suchte die AKP Rückendeckung bei der auf Nationalismus basierenden Opposition von CHP und MHP, stufte die Phase auf die „kurdische Frage“ ohne Kurden herab und kam zu dem Punkt: „Es gibt keine kurdische Frage, sondern es gibt ein Problem unserer kurdischen Mitbürger.“

Diese von ihr geschaffene Illusion ist durch die organisierte kurdische Opposition zerstört worden und daher wird die AKP Prognosen zufolge in Kurdistan Stimmen verlieren [*was bei der Wahl am 12.6. inzwischen auch so eintrat*].

In der Phase der „Öffnung“ hatte sie nicht nur die kurdische Frage, sondern auch das alevitische Problem und die Roma-Frage als populäre Tagesordnungspunkte inhaltlich zu entleeren versucht, indem sie diese mit Musikern, Schauspielern und Fußballspielern diskutierte. Sie hat die eigentlichen Ansprechpartner für diese Probleme stets kriminalisiert und in Schlössern „beim Frühstück mit Auserwählten nach Lösungswegen gesucht“.

Die AKP hat es vorgezogen, mit der Verwehrung von Rechten, die den Minderheiten im Abkommen von Lausanne zuge-

sprochen worden waren, die Tradition der Verleugnungspolitik fortzusetzen.

Die geschlechtsspezifischen Aussagen, die die AKP-Politik prägen, sind auf jeder Parteiebene offenkundig. Parteifunktionäre machen sexistische Äußerungen über den Beschneidungszustand von PKK-Guerillas und Erdoğan offenbart mit seiner Formulierung „ist sie eine Frau oder ein Mädchen", dass es seiner Partei auch im Hinblick auf Geschlechtertrennung an positiven Aspekten mangelt. Die homophobe Sprachwahl der Familienministerin Aliye Kavaf und die Äußerung des Gesundheitsministers Recep Akdağ gegenüber einem Blinden „Wir haben dir trotz Blindheit Arbeit gegeben, was willst du mehr?" untermauern die bei jeder Gelegenheit verwendete patriarchalisch-gebieterische politische Sprache der AKP. Die Partei betreibt sowohl Geschlechter- als auch ethnische Trennung und sieht sogar blinde Menschen als Problem an.

Die von der kurdischen politischen Bewegung in jüngster Zeit entwickelten Aktionen zivilen Ungehorsams illustrieren das Demokratieverständnis der AKP. Deren Absichten mit den an die zentrale Religionsbehörde angebundenen und in Zentren der Assimilation verwandelten Moscheen sowie mit der von ihr unter Missbrauch des Islam entwickelten islamisch-türkischen Ideologie sind zunichtegemacht worden und damit auch die Illusionen der AKP. Die unter der Leitung kurdischer Imame stattfindenden zivilen Freitagsgebete haben die offiziellen Moscheen ins Leere laufen lassen. Das Unverständnis gegenüber Erdoğans Auffassung von Religionsfreiheit, der selbst das religiöse Gymnasium besucht hat, resultiert auch hieraus. Er bezichtigt die Menschen, die sich am zivilen Freitagsgebet beteiligen, als „Separatisten" und ruft einen Krieg gegen die Natur der Religion aus.

Gegen die schmutzige Kampagne von AKP-Funktionären, die kurdischen Imame seien unfähig, stehen die Aussagen des Lehrbeauftragten Prof. Yasin Ceylan des Lehrstuhls für Philosophie der ODTÜ Ankara [*Technische Universität des Nahen Ostens*], die am 06.03.2011 in einer Kolumne in der Zeitung Radikal erschienen:

„Von der Republikgründung bis in die 80er Jahre bestand die religiöse Führung aus kurdischen Mullahs, die zwar über kein Diplom verfügten, jedoch über Zeugnisse religiöser Hochschulen. Menschen mit Abschlüssen von religiösen Gymnasien und Theologieabsolventen konnten nur ihre Schüler werden. Es war nicht möglich, mit ihnen in Bezug auf die persische Sprache, die Hadithe [*Überlieferungen über Mohammed*], die arabische Grammatik, Vokabeln und Rechtswissenschaft zu konkurrieren. Professoren der islamischen Hochschulen ließen sich sogar von ihnen unterrichten. Ein ausländischer Beobachter, an dessen Namen ich mich nicht erinnere, sagte: ‚Wenn in der muslimischen Welt alle Islam-Bücher vernichtet werden, reicht das Gedächtnis in der kurdischen Gemeinde aus, um diesen Verlust auszugleichen.' …

Ich möchte darauf hinweisen, dass den Kurden viel beigebracht werden kann, jedoch nicht der Islam. So wie die Türken die Kurden nicht im Islam unterrichten können, so werden auch die Araber und die Perser dies nicht tun können. Denn die Kurden kennen den Islam sehr gut. Weil sie dem Islam treu waren, haben sie für den Zusammenhalt der Gemeinde auf ihr nationales Bewusstsein verzichtet. Aufgrund dieser Haltung haben sie viel verloren. Denn die anderen Gemeindemitglieder haben ihre religiöse Zusammengehörigkeit schon längst zugunsten des ethnischen Zusammenhaltes aufgegeben."

Die AKP, die eigentlich als rechte Partei jenseits von Milli Görüş in die Politik einstieg, wurde als „neue Idee" präsentiert. Doch als es um neue Lösungsmodelle für bestehende Probleme ging, zeigte sich, dass es sich bei ihr lediglich um eine schlechte und unehrliche Wiederholung der Politik des Status quo handelt. ♦



Leyla Zana begeistert auch die Kleineren. Hier bei ihrer Wahlkampftourin Silîvan. Foto: DIHA

„Türkische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien" mit neuer Studie

Wie legitim sind die kurdischen Forderungen?

Dr. Elmar Millich

Ende 2008 gab die „Türkische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien", abgekürzt TESEV, eine Studie zur kurdischen politischen Situation unter dem Titel „Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage" heraus. Etwas darauf wurde auch von der türkischen Regierung eine „kurdische Initiative" angekündigt, die kurze Zeit später aber in „demokratische Initiative" und schließlich in „Projekt der nationalen Einheit" umbenannt wurde. Da diese Initiative den kurdischen Erwartungen in keiner Weise gerecht wurde und mehr oder weniger versandete, startete die TESEV ein neues Projekt, um Hindernisse bei der Lösung der kurdischen Frage in der Türkei auf soziologischer Basis zu erforschen. Zu fünf Gesprächsrunden in İzmir, Mersin, Ankara und Trabzon wurden Personen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und politischen Hintergründen eingeladen, ihre persönlichen Standpunkte auszutauschen. Die Gespräche waren in drei thematische Runden aufgeteilt: In der ersten Runde konnten die Beteiligten ihre allgemeine Position zur kurdischen Frage und der entsprechenden Regierungsinitiative äußern. In einer zweiten Runde wurden detailliert die Positionen der oben erwähnten TESEV-Studie von 2008 diskutiert. Die dritte Runde war den lokalen Problemen und Spannungen in der Region vorbehalten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung erschienen im April 2011 unter dem Titel „Wie legitim sind die kurdischen Forderungen?". Im Folgenden dokumentieren wir eine Zusammenfassung:

Diskussionsrunden in verschiedenen Regionen mit Teilnehmern aus verschiedenen Bevölkerungskreisen haben ergeben, dass Kurden, die im Westen der Türkei leben und sich am politischen Leben beteiligen, eine kompromisslosere Einstellung besitzen und eine schärfere Sprache sprechen als Kurden unter vergleichbaren Umständen im Osten und Südosten der Türkei. Ebenso wurde festgestellt, dass die meisten nicht kurdisch-stämmigen Personen in den westlichen Gebieten nur ein minimales Wissen über die kurdische Frage haben, und auch von diesem Wissen ist vieles tatsächlich inkorrekt. Wichtiger als Ergebnis ist aber, dass die Ignoranz und Falschinformationen bei diesen Teilnehmern zu Vorurteilen und manchmal zu hasserfüllten Einstellungen gegenüber den Kurden führen. Die Untersuchungen zeigen, dass Gefühle von Hass und Diskriminierung in der Öffentlichkeit zunehmen, und es besteht die Gefahr, dass diese Gefühle zu Feindschaft und zu Konflikten führen, wenn nicht gegengesteuert wird. Auf jeden Fall aber war es der größte Nutzen dieser Treffen, eine Grundlage dafür zu bieten, dass Menschen aus verschiedenen sozialen Bereichen, die üblicherweise ohne miteinander zu kommunizieren in einer Region leben, sich über die kurdische Frage austauschen konnten.

Selbst die überzeugten Gegner einer „kurdischen Initiative" haben keine ernsthaften Einwände gegen die von der Regierung durchgeführten Reformen, was als Zeichen dafür zu werten ist, dass die Öffentlichkeit über diese Initiative nicht detailliert informiert wurde im Gegensatz zu dem, was Politik und Medien verbreiten. In der Realität wollen alle eine Lösung der kurdischen Frage, so schnell wie möglich, auf die eine oder andere Weise. Tatsächlich waren viele Teilnehmer der Meinung, dass die offiziellen Stellen den Menschen nicht die Wahrheit sagen, und hoben hervor, dass die Öffentlichkeit erst sehr spät begreift, dass das Problem von Menschen herrührt, denen die menschlichen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte geraubt wurden. In Anbetracht dessen wurde oft bemerkt, dass die Türkei auf dem Weg zu einer Lösung der kurdischen Frage sehr viel weiter sein könnte, wenn die ganze Angelegenheit von Anfang an klar dargelegt worden wäre. In diesem Zusammenhang wurde festgehalten, dass eine unvor-

sichtige Vorgehensweise bei der Klärung der Fragen vermieden werden sollte und sowohl der Staat als auch die Gesellschaft dazu ermutigt werden müssten, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen.

Viele Diskussionen bei den Treffen zeigten, dass bezüglich der kurdischen Frage ein ernsthaftes Problem im Informationsfluss besteht. Aufgrund einer sehr effektiven Desinformation durch die Medien hat die Öffentlichkeit nach wie vor kein umfassendes Bild über die Vorgänge in den kurdischen Gebieten und es ist nicht klar, welche Teilinformationen wichtig sind. Daher müssen Parlamentarier, Intellektuelle, NGOs und andere Beteiligte, die an der kurdischen Frage und einer Demokratisierung interessiert sind, öfter und intensiver miteinander diskutieren. Sollte die Möglichkeit bestehen, könnte sich eine Initiativgruppe bilden und ein näherer Austausch darüber begonnen werden, welche Entwicklungen und Vorgehensweisen nützlich sind. Dies ist notwendig, um den demonstrierenden Kindern die Steine aus der Hand zu nehmen und diejenigen zurückzuholen, die in die Berge gegangen oder überall in der Türkei dem Wehrdienst entflohen sind. Das alles muss zur gleichen Zeit erfolgen.

Obwohl oft gesagt wird, das Problem sei so alt wie die Republik, besteht die kurdische Frage tatsächlich seit Jahrhunderten. Daher braucht eine Lösung naturgemäß Zeit. Um zu verstehen, warum das Problem trotz seiner langen Geschichte nicht zu einem Bürgerkrieg geführt hat, müssen Fragen gestellt werden, die der Vielfältigkeit des Problems Rechnung tragen. Es braucht frische Perspektiven und neue Diskurse, die den Werten Rechnung tragen, die wir gemeinsam teilen, aber nicht genug hervorheben. Daher wird es misslingen, wenn wir das Problem auf eine Frage von Rechten und Ansprüchen oder Politik und Regierung reduzieren.

Obwohl es allgemein bekannt ist und von vielen Leuten so gesehen wird, dass die kurdische Frage viele Perspektiven hat, hat es seit der Gründung der Republik keinen Mangel an Zusammenstößen gegeben und als Ergebnis speziell der letzten dreißig Jahre wurde daraus ein hochpolitisches Problem. Die Geschichte hat sich hier leider selbst wiederholt und im Fall der kurdischen Frage überlagert die politische Sicht die sozialen und humanitären Aspekte. Diese Zwangsläufigkeit führt dazu, dass sich die Gesellschaft für die politische Seite interessiert, aber das schmerzhafte, schamvolle menschliche Drama dahinter zurückbleibt. Tatsächlich tragen wir alle unseren Teil der Verantwortung für dieses Drama. Wie auch immer, es sei allen gesagt, dass der Weg zu einer dauerhaften Lösung einfach ist: Wir müssen uns fair verhalten, für uns nur das beanspruchen, was wir auch anderen zugestehen, und niemand etwas zufügen, was wir selbst nicht zugefügt haben wollen ... ♦



Ankündigung:

2. Mesopotamisches Sozialforum in Amed, 25.–30.09.2011

Vom 25. bis 30. September 2011 wird das 2. Mesopotamische Sozialforum in Amed (Diyarbakır) stattfinden. Das Mesopotamische Sozialforum ist Teil des Weltsozialforums.

Ziel ist es, weltweite Netzwerke zu bilden mit NGOs, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen etc. aus Mesopotamien und weltweit.
In Seminaren, Workshops und Panels wird es Gelegenheit geben, sich über die jeweiligen lokalen und globalen Kämpfe und Probleme auszutauschen, zu informieren und Netzwerke aufzubauen. [vgl. KR 142, 144, 145, 146]

Themen und Schwerpunkte des diesjährigen Sozialforums werden im Laufe des Juli in einem Aufruf bekannt gegeben. (mehr Infos dazu: www.msf.web.tr)
Ihr könnt euch mit inhaltlichen Vorschlägen an der Festlegung der Themenschwerpunkte beteiligen. Hierfür schreibt uns bitte eine E-Mail an: msfamed@gmail.com

Muzaffer Ayata, kurdischer Politiker, im Interview über den Gehalt von kurdisch-türkischen Verhandlungen

Eine äußerst flexible Politik für eine demokratische Lösung

Kurdistan Report: Können Sie sich bitte unseren Lesern kurz vorstellen? Wann haben Sie den Kontakt zur kurdischen Freiheitsbewegung aufgenommen?

Muzaffer Ayata: Ich bin in einem Dorf im Kreis Siwêrek (Siverek) in der Provinz Riha (Urfa) geboren und aufgewachsen. Da ich innerhalb der traditionellen kurdischen Kultur aufwuchs, konnte ich kein Türkisch. Türkisch lernte ich ab meinem Schulbesuch in der Stadt. Bis zum Abschluss des Gymnasiums lernte ich in Siwêrek und verbrachte die Ferien im Dorf.

Für das Studium an der Universität in Ankara bin ich in der zweiten Hälfte 1976 umgezogen. Im Allgemeinen identifizierte ich mich schon zumeist mit linken Ideen. Ein bisschen war mir auch bewusst, dass wir Kurden sind. An der Universität schloss ich mich der revolutionären Jugend an. Ich entschied mich für die politische Gruppe der kurdischen revolutionären Bewegung, in jener Zeit als Apocular bekannt. 1980 verließ ich die Universität und ging zurück nach Kurdistan. Ich beteiligte mich gänzlich an den organisatorischen, politischen Aktivitäten und wurde im März 1980 festgenommen.

Sie haben zwanzig Jahre in türkischen Gefängnissen verbracht. Wie war die Situation während Ihrer Gefangenschaft? Was haben Sie damals gemacht?

Zur Zeit meiner Verhaftung war in wichtigen Zentren Kurdistans der Ausnahmezustand ausgerufen worden. Das Massaker von Mereş (Maraş) [*staatlich geduldetes Pogrom an Aleviten mit 1000 Toten im Dezember 1978*] hatte stattgefunden. Die Türkei befand sich auf dem Weg in einen faschistischen Militärputsch. Die Polizeiverhöre fanden unter zunehmender Folter statt. Ich wurde nach einem Monat Verhören und Folter in ein Militärgefängnis gebracht. Weil Militärgerichte eingerichtet wurden und der Ausnahmezustand herrschte, wurden unsere Akten von den Militärstaatsanwälten und -gerichten übernommen.

Es gab keine systematische Folter in Gefängnissen. Die Pressefreiheit war stark eingeschränkt. Allerdings waren die Haftbedingungen nicht allzu schlecht. Mit dem faschistischen Militärputsch vom 12. September 1980 änderte sich alles. Zunehmend wurde die ganze Türkei von der Junta dominiert. Das Parlament schloss politische Parteien. Gewerkschaften und alle demokratischen Institutionen wurden verboten. In Kurdistan begann regelrecht eine neue Okkupation. Darauf folgten drei Monate Untersuchungshaft unter Folter. Die Medien unterlagen grundsätzlich der Zensur. Kurdistan wurde buchstäblich zu einem offenen Gefängnis.

Nachdem das Militärregime das Land vollkommen beherrschte, wandte es sich sehr entschieden und organisiert den Gefängnissen zu. Insbesondere wurde im Militärgefängnis in Amed (Diyarbakır) für die kurdischen Gefangenen ein spezielles Programm eingeleitet. Bis 1984 wurden Tausende von Menschen systematisch gefoltert, viele blieben dauerhaft körperlich behindert, hatten den Verstand verloren, und 34 Tote waren in diesem Gefängnis zu beklagen. Besonders wurde darauf beharrt, weil das Kurdentum im Visier war, alle sollten akzeptieren, Türken zu sein, und die rassistische Politik des Staates befürworten.

Diese barbarische Regierungspolitik wurde durch den Widerstand in Form von Hungerstreiks und Todesfasten bis 1984 beendet. Durch Proteste mit Selbsttötungen durch Verbrennen oder Erhängen und durch Tode im Hungerstreik konnte dieses Martyrium gestoppt werden.

Die Herrschaft des Militärs installierte straff geführte und reibungslos funktionierende Ausnahmezustandsgerichte. Sehr viele Menschen wurden zur Todesstrafe oder zu lebenslanger Haft verurteilt. Tausende von Menschen wurden aufgrund angeblicher „Mitgliedschaft in einer Organisation" bestraft. Es wurde so ein Umfeld geschaffen, das rücksichtslos jedes Anzeichen der Existenz einer Opposition auslöschen sollte. Es blieben weder Recht, Gesetz noch Toleranz. Die einzige Sorge bestand darin, die Dominanz eines Militärregimes zu errichten. Es sollte die rassistische Assimilationspolitik des Staates festigen, angelehnt an den von Mustafa Kemal gegründeten Staat einer einzigen Nation.

Im Mai 1983 verurteilte ein Militärgericht im PKK-Hauptverfahren 550 Angeklagte mit einer enormen Geschwindigkeit. Ich bekam die Todesstrafe. 1987 wurde meine Strafe bestätigt. Ende 1987 wurde ich in ein Spezialgefängnis nach Eskişehir gebracht und dort ungefähr ein Jahr lang gefangen gehalten. Auf Grund eines Protesthungerstreiks gegen die Repressionen wurde ich am 17. Tag des Streiks in das Gefängnis von Amasya verbannt. Dort war ich auch etwa ein Jahr lang. Dann schickte man mich in das Spezialgefängnis von Antep. 1991 brachte Ministerpräsident Turgut Özal ein Anti-

Terror-Gesetz ein, mit dem das Parlament beschloss, einmalig die Todesstrafen in Haftstrafen von vierzig Jahren umzuwandeln. Außerdem sollten diejenigen, die schon zwanzig Jahre gesessen hatten, entlassen werden. Als ich volle zwanzig Jahre abgesessen hatte, wurde ich freigelassen. Nach 1990 wurden teilweise die Haftbedingungen besser.

In einer Reportage der Zeitschrift Tempo steht, dass das Militär mit Sabri Ok und Ihnen Kontakt aufgenommen habe. Ist das richtig? Wie kam dieser Kontakt zustande? Können Sie uns Informationen über den Inhalt der Gespräche geben?

Auf Anfrage dieser Zeitschrift haben wir dort die Kernaussagen der Gespräche kurz zusammengefasst. Das eigentliche Kontaktgesuch kam von türkischen Staatsbeamten. Dies geschah über einen mit uns in Kontakt stehenden kurdischen Rechtsanwalt als Vermittler. Die ersten Gespräche fanden statt mit drei Kurden unserer Partei und einer Gruppe militärischer und ziviler Geheimdienstler von ihrer Seite. Danach wurde uns mitgeteilt, dass der Anwalt genügen würde, um die Sicherheit und den Informationsfluss gewährleisten zu können. Und sie ließen die zivilen Nachrichtendienste außen vor. Diese Zusammenkünfte dauerten bis September 1998. Hauptsächlich ging es um die Analyse der politischen Situation in der Türkei. Es ging um zunehmende Banden-Strukturen innerhalb des Staates und den rechtlichen Umgang mit ihnen und darum, dass in dieser Frage die Unterstützung der kurdischen Seite gesucht wurde. Es wurde festgestellt, dass der islamische Teil anwachse, und wenn es so weitergehe, es bis zum Militärputsch führen würde. Von uns wollten sie einen Waffenstillstand und die Beendigung von Aktionen. Die Guerilla könnte sich selbst schützen und ihre Sicherheit gewährleisten.

Sie teilten mit, sich hinsichtlich der Lösung der kurdischen Frage schon festgelegt zu haben. Sie betonten, offen zu sein für die Lösung anderer Fragen, wenn territoriale Einheit, Flagge und Amtssprache der Türkei akzeptiert werden würden. Der Staat sei in dieser Phase so weit wie möglich vorzubereiten, und um Provokationen vorzubeugen, müssten die Verhandlungen vorsichtig fortgesetzt werden. Diese Gespräche würden sie über uns laufen lassen, weil sie uns als zuverlässige Quelle ansähen. Darüber hinaus hieß es, dass sie Abdullah Öcalan in die Verhandlungen mit einbeziehen würden, sobald die Bedingungen dafür reif wären.

Eine interessante Entwicklung in dieser Phase war die Verhaftung des Leiters des Nachrichtendienstes der obersten Polizeidirektion, Bülent Orakoğlu. Denn damals waren die Spezialeinheiten der Polizei als Gruppe der Kriegsbefürworter von Tansu Çiller mächtig. Wir berichteten Herrn Öcalan telefonisch über diese Entwicklungen. Und der polizeiliche Sicherheitsdienst hörte diese Gespräche ab. Daraufhin zeigte der Generalstab eine bemerkenswerte Reaktion. Und griff ein mit dem Hinweis, dass das Militär durch die Polizei abgehört werde. Anschließend wurde Bülent Orakoğlu seines Amtes enthoben und festgenommen.

Wir verlangten die uns mitgeteilten Bedingungen für die Gespräche in schriftlicher Form, um Missverständnisse bei der Weiterleitung an Herrn Öcalan zu vermeiden. Sie gaben uns es uns schriftlich. Gleichzeitig wurde ein Offizier für Gespräche nach Europa geschickt. Wir wollten, dass der vermittelnde Rechtsanwalt nach Europa geht und die Informationen direkt an Herrn Öcalan weitergibt. Damals konnte er nicht nach Syrien, aber er setzte Herrn Öcalan von Europa aus telefonisch in Kenntnis.

Danach nahm Herr Öcalan die Gespräche ernst und verkündete ein, zwei Tage vor dem Weltfriedenstag 1998 einen Waffenstillstand.

Sie hatten direkten Kontakt zu Abdullah Öcalan. Wie war Ihnen das möglich? Hatten Sie regelmäßigen Informationsaustausch?

Mit Herrn Öcalan hatten wir eine regelmäßige Kommunikation. Wir hatten weder über Europa noch über die Türkei Schwierigkeiten zu kommunizieren. Wir konnten direkt Leute losschicken. Allerdings war dies nicht notwendig. Denn wir hatten uns schon länger vorher mit eigenen Möglichkeiten ein Telefon im Gefängnis besorgt. Daher war eine schnellere Kommunikation möglich. Wir konnten die Entwicklungen mitteilen, ohne Zeit zu verlieren.

Kann man sagen, dass sich der erste Kontakt zwischen Militär oder Staat und Herrn Öcalan über Sie anbahnte?

In der Zeit 1997/98 lief der Kontakt zu Herrn Öcalan hauptsächlich über uns. Allerdings hatte der Staat Verhandlungen und Gespräche mit der kurdischen Führung schon seit 1993 über verschiedene Kanäle eingeleitet. Eigentlich begann Turgut Özal 1993 die Verhandlungen über Jalal Talabani. Danach gab es Versuche über verschiedene Kanäle. Erst 1997 liefen die Gespräche über mich und den Freund Sabri Ok.

Entwickelte sich danach ein direkter Kontakt mit Herrn Öcalan? Welche Personen oder Institutionen steckten in diesem Fall dahinter?

Das habe ich gerade beantwortet. Doch will ich kurz noch Folgendes wiederholen. Der türkische Staat schickte 1997/98 niemanden direkt zu Herrn Öcalan. Die eigentlichen Verabredungen fanden über uns statt. Sie kamen dafür auch nicht direkt ins Gefängnis zu uns. Natürlich setzten sie Vermittler ein. Allerdings fragten wir einige Male nach, welche Stelle diese Verhandlungen begonnen habe. Uns wurde gesagt, dass sie mit dem Wissen der eigentlichen Staatsmacht stattfinden würden. Allgemeine Informationen und Bewertungen bestätigten diese Quellen. Denn es waren keine Informationen, die irgendein Offizier oder irgendeine militärische Einheit kennen würden. Darüber hinaus kann nicht irgendjemand den Leiter des Sicherheitsdienstes verhaften lassen. Es war klar, dass diese Initiative von der Spitze des Staates kam. In der Tat bestätigte Bülent Orakoğlu die Gespräche. Er erklärte, dass er verhaftet worden sei anstelle des vermittelnden kurdischen Rechtsanwalts, der verhaftet werden sollte.

Die Verhandlungen dauerten von Mitte 1997 bis 1998. Was war ihr Ergebnis? Wer setzte die Gespräche aus?

Die Gespräche wurden den damaligen Bedingungen entsprechend mit realistischen Erwartungen und Forderungen geführt. Nach einer gegenseitigen Analyse der Situation wurden die Anfangsschritte festgelegt und wie die Phase in eine dauerhafte Lösung zu überführen sei. Deshalb näherte sich Herr Öcalan als Verantwortungsträger der kurdischen Seite dieser Phase sehr verantwortungsbewusst. Nach internen Diskussionen akzeptierte er die Ausrufung eines Waffenstillstands, welcher von der türkischen Seite verlangt wurde. Und er verkündete ihn vor dem Weltfriedenstag 1998. Diese Phase wurde von der türkischen Seite sabotiert und außer Funktion gesetzt. Nach dem Ausrufen des Waffenstillstands verstärkte die Türkei ihre Armee an der syrischen Grenze und bedrohte Syrien. Zur Eröffnung des damaligen Parlaments bekräftigte Staatspräsident Demirel die Drohung. Mit der Bedrohung Syriens und der Vertreibung Herrn Öcalans aus Syrien wurde der begonnene Prozess sabotiert.



Kurdische PolitikerInnen im sogenannten KCK-Verfahren im Gefangenentransport zum Gericht in Wan. Foto: DIHA

Fanden nach dem Aussetzen der Gespräche mit Ihnen weitere Gespräche zwischen der kurdischen Bewegung oder Abdullah Öcalan und der Regierung, dem Staat oder Vertretern des Militärs statt?

Nach der Auslieferung von Herrn Öcalan an die Türkei wurde er ins Gefängnis Imralı gebracht. Die Sicherheit der Insel untersteht hauptsächlich dem Militär. Außerdem wurden dafür eine separate Verwaltungsstruktur und ein Krisenstab eingerichtet. Gespräche mit Herrn Öcalan führte da grundsätzlich das Militär. Als deren Ergebnis erklärte Herr Öcalan erneut einen Waffenstillstand und ließ die Guerilla sich hinter die Grenzen der Türkei zurückziehen. Trotz zeitweisen Unterbrechungen nehmen Beauftragte des Staates in kritischen Situationen und bei Bedarf Gespräche mit Herrn Öcalan wahr.

So haben sich die Unterredungen in den letzten zwei Jahren verdichtet und ein gewisses System erreicht. Als deren Ergebnis machte Herr Öcalan einen Aufruf an die kurdische Seite und jeweils eine Gruppe aus der Guerilla und von Kurden aus dem Flüchtlingscamp Maxmur kehrte in die Türkei zurück. Beim Grenzübertritt in Silopi empfingen sie hunderttausende Kurden in Feierstimmung. Die türkische Regierung erschrak vor dieser Haltung der Kurden und stoppte den Prozess. Nach vielen Diskussionen wurden durch Ministerpräsident Erdoğan die Verhandlungen mit Herrn Öcalan bestätigt. Er verteidigte sich öffentlich: „Wir als Regierung führen keine Verhandlung. Aber der Staat trifft sich. Es gab schon vor unserer Regierung Gespräche."

Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation? Warum ist die türkische Regierung nicht bereit, in einen wirklichen Friedensprozess einzutreten? Warum werden die Friedensbemühungen der kurdischen Seite immer mit verstärktem Militäreinsatz und massiven Repressionen gegen das Volk beantwortet?

Die derzeitige Situation ist für den Frieden geeigneter denn je. Weil die kurdische Bewegung noch mehr Zuspruch findet und politisiert ist. Dazu gibt es bei den Kurden, ausgehend von der PKK, eine grundlegende strategische Veränderung. Sie haben, ohne die Grenzen der Türkei anzutasten, ihre Forderungen auf der Grundlage der demokratischen Autonomie konkretisiert. Dies ist eigentlich ein Lösungsmodell, dem die Türkei nicht widersprechen kann. Kurden verwalten schon ungefähr hundert Gemeinderäte. Sie haben eine Fraktion im Parlament. Die Selbstverwaltung und ihre Unterstützung durch die Bevölkerung nehmen stetig zu. Darüber hinaus hat die Bevölkerung in der Türkei auch verstanden, dass die Kurdenfrage nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden kann. Auch das Militär hat diese Einschätzung mehrfach geäußert. Außerdem hat das Militär zunehmend an Macht

verloren, weil es den Krieg nicht gewonnen hat. Sein Einfluss auf das politische Geschehen in der Türkei hat sich verringert. Bisher hatte die Armee die Lösung der kurdischen Frage blokkiert. Sie akzeptierte keine andere Lösung außer der militärischen. Sie erlaubte keine Initiative von zivilen Regierungen. Aber jetzt wird die Armee als die verantwortliche Institution in der Frage des schmutzigen Krieges angesehen. Sie hat nicht mehr die Macht von früher, einen Militärputsch durchzuführen oder die Regierung zu bedrohen.

Die USA und Europa unterstützen nicht mehr wie früher das Militär und andere nationalistische Strömungen in der Türkei. Dies ist eine Tatsache, welche die Armee bremst. Außerdem gibt es auch größere Veränderungen im Mittleren Osten. In Irakisch-Kurdistan entsteht ein gewisser Status. In der Türkei stellt die AKP seit mehr als acht Jahren eine alleinige Mehrheitsregierung. Nationalistische Parteien wie die MHP vermögen nicht mehr, die Bevölkerung groß zu beeinflussen. Das kurdische Volk und seine politische Führung beharren auf friedlichen und demokratischen Mitteln. Bei der Betrachtung dieser Bedingungen für eine Lösung der kurdischen Frage können wir sagen, dass diese mehr denn je herangereift ist.

Warum ist die türkische Seite nicht bereit für eine Lösung, wenn die Situation für eine Lösung günstig ist? Die Frage ist wichtig. Vor allen Dingen stehen zunächst psychologische Barrieren vor der Lösung. Das hat historische Gründe. Bekanntlich wird seit der Gründung der Republik versucht, eine Türkei aufzubauen, die sich nur auf eine Nation beruft. Einige Generationen sind mit der Überzeugung geprägt worden: „Es gibt keine Kurden, alle sind türkisch. Diese Grenzen sind türkisches Vaterland." Es herrscht die Auffassung, Kurden seien einfach zu regieren und als Reservoir an Arbeitern, Soldaten und Wählern anzusehen. Nun sind sie zwar an dem Punkt angelangt, dass es Kurden gibt und ihnen einige Rechte gewährt werden könnten. Allerdings sind sie nicht bereit und akzeptieren nicht, die Kurden als ein Volk anzusehen, das die Kraft zur Selbstverwaltung hat. Kurdische Autonomie oder das Recht auf Selbstverwaltung würde bedeuten, nicht mehr Staatseigentum zu sein, und sie hätten Schwierigkeiten, sie zu regieren. Vielleicht ist das Verständnis da und es wird befürchtet, dass das Land geteilt wird.

Insbesondere hat die AKP einen nationalistischen Charakter, weil sie der staatlichen islamischen Tradition entspringt. Bekanntlich war die sunnitische Glaubensrichtung im Osmanischen Reich vorherrschend. Der sunnitische Islam ist der Islam der Macht. Tayyip Erdoğan und seine Anhänger kommen aus dieser Tradition. Besonders ihre Basis in Zentralanatolien unterscheidet sich nicht von der einer rassistisch-nationalistischen Partei. Die Türkei hat das Pech, dass die AKP nicht aus einer demokratischen Tradition kommt, sondern einen nationalistischen und islamischen Charakter hat.

Die AKP will die Tatsache auszunutzen, dass Kurden muslimisch sind, um alle Macht des Staates an sich zu reißen, und um die Kurden wieder an den Staat zu binden. So sollen die kurdischen politischen Institutionen geschwächt und schließlich liquidiert werden. Weiterhin rechnet sie damit, dass die USA und Europa, die die Kurden zu Terroristen erklärten, sowieso schweigen, wenn man sie liquidiert.

Und die CHP als eine führende Oppositionspartei in der Türkei hat sich nicht für ein demokratisches Lösungsprojekt angeboten.

So bleibt die Initiative in erster Linie bei der Koalition aus AKP und Militär. Und die Kraft der Kurden reicht nicht für eine Umgestaltung der Türkei und eine einseitige Lösung. Von den Kurden wird gefordert, sich mit dem zu begnügen, was der Staat ihnen gibt, bis hin zur vollkommenen Unterwerfung. Wird das nicht akzeptiert, greift der Staat zum Schlagstock und versucht sie durch Schläge einzuschüchtern und sie dadurch zu bändigen und zur Strecke zu bringen. Dies ist eine seit den Osmanen gängige Methode. Weil die Kurden oft alleingelassen wurden von der Welt, sind sie seit 1920 immer wieder Massakern ausgeliefert gewesen und mit Exekution und Verbannung eingeschüchtert und regiert worden.

Um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, ist klar, dass sie untereinander eine Einheit herstellen wollen und ihren Widerstand verstärken. Internationale Kräfte sollten dem türkischen Staat ihre Unterstützung entziehen, dessen Kurdenpolitik auf Rassismus beruht. Wenn dies erreicht werden kann, wird die Lösung der kurdischen Frage vereinfacht.

Gibt es immer noch Hoffnung auf einen Friedensprozess?

Natürlich gibt es sie. Da es immer noch das kurdische Volk gibt und es nicht besiegt ist, wird es auch immer als Motor für eine Lösung existieren. Ich erwarte nicht, dass die Türkei sich besinnt, ihre Mentalität ändert und zur Einsicht gelangt, die Ungerechtigkeiten an den Kurden zu beheben und ihnen ihre Rechte zu geben. Die türkischen Herrschenden sind weit entfernt von einer demokratischen Tradition.

Seit ihrem Eintreffen aus Zentralasien haben sie bis heute mit dem Schwert genommen und mit dem Schwert gegeben. Weil sie die Macht haben und die Kurden in der Hand hatten, werden sie die nicht so einfach als gleichberechtigte Partner ansehen.

Der türkische Staat hat seit mehr als dreißig Jahren jeglichen Mord begangen, Hunderttausende vertrieben, Zehntausende gefoltert und ins Gefängnis geworfen. Trotz alledem konnte er die Kurden nicht besiegen und die kurdische Frage mit seinen Methoden lösen. An dieser Stelle wird er sich entscheiden müssen, entweder einen physischen Völkermord zu begehen wie an den Armeniern oder einen demokratischen Lösungsansatz zu akzeptieren.

Die Türkei hat sich geändert und die Kurden sind nicht die Kurden von früher. Außerdem hat die kurdische Bewegung Erfahrungen gesammelt und ist gereift. Sie betreibt eine äußerst flexible Politik für eine demokratische Lösung. Dies ist die große Chance für eine Lösung. Ich bin davon überzeugt, dass die kurdische Frage gelöst wird und Frieden in der Türkei und Kurdistan einkehren wird. Auch wenn sich zeitweise Spannungen und Konflikte verschärfen, um die kurdische Bewegung auszuschalten, ist sie nicht zu besiegen. ♦

Anti-Atom-Bewegung in der Türkei im Aufwind

Nein zur Atomkraft – auch in Anatolien!



Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung Hasankeyfs

Auch die Regierung der Türkei plant seit vielen Jahren den Bau von Kernkraftanlagen, und das trotz des Super GAUs in Japan im März 2011 und des in den letzten Monaten beschlossenen Ausstiegs bzw. Nicht-Wiedereinstiegs in drei europäischen Staaten; der BRD, Schweiz und Italien. Auch diese Atomkraftwerke sind wie viele andere Infrastruktur- und Energieprojekte in der Türkei sehr umstritten und werden von einer breiten Bewegung bekämpft. Ihre Argumente sind zu Recht denen in anderen Ländern ähnlich: Gefahr einer Explosion bzw. Zerstörung mit schwer voraussehbaren Folgen für die menschliche Gesundheit und Natur, ungelöste Frage der Endmülllagerung, hohe ökologische Belastung durch Abbau und Aufbereitung von Uran, kein Beitrag zur Beschränkung der Klimaveränderung, unkalkulierbare hohe gesellschaftliche Kosten etc.

Es gibt seit den 60er Jahren die sogenannte Türkische Atomenergiebehörde TAEK, und mit ihr wurden mehrere vergebliche Versuche in den 80er und 90er Jahren unternommen, die Ausschreibung von Atomkraftwerken (AKW) erfolgreich abzuschließen. Doch erst mit der Grundsatzentscheidung der AKP im Jahre 2004 und der Verabschiedung des Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Kernkraftanlagen im Jahre 2007 wurden die Pläne zum Bau von drei AKWs erstmals wirklich real. Zwei der Standorte für die AKWs sind genauer bekannt – das erste soll in der Provinz Sinop am Schwarzen Meer errichtet werden und zwar in der Nähe der Kleinstadt Inceburun mit einer Kapazität von 4 800 MW. Das zweite AKW, mit dem Namen Akkuyu, steht in den letzten Jahren vielmehr im Fokus der Öffentlichkeit, weil sich hier vieles konkretisiert hat. Das AKW Akkuyu soll 100 km westlich der Stadt Mersin gebaut und betrieben werden. Zwar wurde die Ausschreibung und Vergabe des AKW Akkuyu Ende 2008 von Gerichten für nichtig erklärt (weil nach einer zivilen Klage der Preis für ein kWh zu hoch sei), doch auf Basis eines Staatsvertrages zwischen der Türkei und Russland wurde im Mai 2010 das 20 Milliarden teure AKW-Projekt dem russischen Staatsunternehmen Atomstroiexport, welches die vorherige Ausschreibung als einziges von sechs übrig gebliebenes Unternehmen erhielt, beauftragt. Offiziellen Angaben zufolge soll das AKW Akkuyu wie das AKW Sinop mittels vier Kernreaktoren eine Kapazität von 4 800 MW bei einer jährlichen Leistung von 35 000 Gwh (35 Mrd. kWh) haben. Mit dem eigens für dieses AKW gegründete Unternehmen „Akkuyu NGS Elektrik Üretim A.Ş.“ haben die türkische und russische Regierungen am 16.3.2011 vereinbart, dass Mitte 2013 der Bau nach Baugrunduntersuchungen beginnen und die Stromproduktion im Jahre 2022 anlaufen soll. Erst am 7. Juni 2011 sagte der türkische Energieminister, dass das die Laufzeit des AKWs Akkuyu insgesamt 49 Jahre betragen soll.

Beim geplanten AKW in Sinop bewegte sich lange Zeit nach der Grundsatzerklärung von 2004 und den Vorbereitungen für eine Ausschreibung bis 2006 nichts. Erst einen Tag vor der AKW-Katastrophe von Fukushima in Japan, am 10. März 2011, unterzeichneten die Atomenergiebehörden der Türkei und Südkorea ein Grundsatzprotokoll darüber, dass das südkoreanische Staatsunternehmen KEPCO das AKW in Sinop errichten soll. Jedoch wurden keine Einzelheiten der Öffentlichkeit dabei bekanntgegeben. Mit diesem Protokoll kommt das zweite geplante AKW einen Schritt vorwärts. Damit zeigt die AKP-Regierung, dass sie alles daran setzt, die Nukleartechnologie in ihren Staat einzuführen.

Kritik an den AKWs | Wie eingangs beschrieben, gibt es viele gute Gründe gegen AKWs. Die Anti-Atombewegung in der BRD hat genau 100 Gründe zusammengetragen, die hier nicht alle genannt werden können, doch genauso auf alle AKWs in der Türkei zutreffen. Da wären zunächst die hohen Baukosten in Höhe von 20 Mrd. US Dollar für das AKW Akkuyu, die zwar vom russischen Erbauer erbracht werden soll, aber langfristig der Gesellschaft teuer zu stehen kommen wird, da die Regierung den Strom für einen langen Zeitraum zu einem hohen Preis (12,35 Cent/kWh) abkaufen wird. Für die Produktion von 4 800 MW würden bei anderen Energiequellen nicht mehr als ein Drittel der Projektkosten veranschlagt werden. Diese hohen Kosten kommen unter anderem daher, dass die ganze grundlegende Infrastruktur für AKWs mit aufgebaut und Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden müssen. Außerdem: Die Kosten für den Rückbau sind in den 20 Mrd. US Dollar nicht inbegriffen und betragen meistens mehrere Mrd. Euro.

Somit wird die Atomkrafttechnologie die Türkei teuer zu stehen kommen. Trotzdem hat die Regierung bzw. der Staat ein sehr starkes Interesse daran, was nach Kritikern auch mit längerfristigen Absichten hinsichtlich der Entwicklung von Atomwaffen in Verbindung steht.

Das von der türkischen Regierung im Falle von Wasserkraftwerken verwendete Argument der Reduzierung der Ener-

gieabhängigkeit vom Ausland wird bei den AKWs weggelassen und vielmehr auf die angebliche Diversifizierung der Energiequellen verwiesen. Die Türkei hat keine eigenen Uranvorkommen und die Abhängigkeit von Russland, das auch einen Großteil des benötigten Erdgases liefert, wird erhöht.

Dass die Türkei ein Land ist mit vielen starken Erdbeben ist, sollte bekannt sein. Das AKW Akkuyu soll in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet gebaut werden. Ganz in der Nähe treffen mehrere tektonische Platten wie die anatolische, arabische, afrikanische und eurasische Platte aufeinander. Das geplante AKW Akkuyu ist trotz der angeblich hohen Sicherheitsstandarts nicht wirklich sicher gegen ein mögliches starkes Erdbeben. Im Falle eines Super GAUs wäre die Provinz Mersin mit seinen Millionen Menschen betroffen. Auch das Gebiet, auf dem das AKW Sinop gebaut werden soll, ist nicht ganz von starken Erdbeben ausgeschlossen, wie einige Wissenschaftler in Untersuchungen aufzeigen. Denn die Lage des AKW ist nur 55 bis 95 km von einer Verwerfungslinie entfernt.

Die Vergabe der Lizenz für das AKW Akkuyu erfolgte vor 32 Jahren, was nach der Anti-Atombewegung heute eventuell nach bestehenden Gesetzen nicht möglich sein könnte. Denn inzwischen hat die Landwirtschaft und Besiedlung der umgebenden Gebiete erheblich zugenommen. Wenn nun das AKW gebaut wird, geht in der Umgebung die Lebensqualität spürbar zurück.

Außerdem wird kritisiert, dass ein erheblicher Teil der Arbeitsplätze durch Fachkräfte aus dem Ausland besetzt werden und wenige Menschen – zumeist während der Bauzeit – aus der Region Arbeit finden werden.

Die Türkei benötigt wie alle anderen Staaten dieser Welt eine ganz neue Energiepolitik, die sozial, ökologisch und sparsam sein muss. Sonst werden weiterhin überall Wasserkraftwerke, Atomkraftwerke, Gas- und Ölkraftwerke, Kohlekraftwerke gebaut, die große soziale und ökologische Probleme mit sich bringen und keine Lösung für die menschengemachte Klimaveränderung sein können. Als erstes müsste in der Türkei die jährliche Steigerung des Energieverbrauchs durch eine sozial ausgeglichenere Entwicklung umgehend reduziert werden. Der Transport und das ÖPNV, das Konsumverhalten, die Produktionsweisen müssten schnell von dem Weg abkommen, den die westlichen Industriestaaten genommen haben. So argumentiert die türkische Regierung damit, dass ein Mensch nur 20 % des Stroms eines Menschen in den OECD Staaten verbraucht. Dies ist notwendig bevor über alternative Energien und Effektivität gesprochen wird.

Bei der Effektivität der Produktion von Gütern muss es eine große Verbesserungen geben, denn in der Türkei wird das zweieinhalbfache an Energie zur Produktion einer Einheit im Vergleich zu europäischen Staaten verbraucht. Auch geht über 20 % des elektrischen Stroms beim Transport durch überholte Technik verloren – zum Vergleich beträgt dieser Prozentsatz in OECD Staaten 6 %.

Zwar hat die Türkei endlich ein Gesetz zur Förderung der Photovoltaik beschlossen, doch deckelt sie die jährlich neu hinzugebaute Kapazität erheblich, weshalb sie verschwindend gering ist. Etwas höher ist die Windkraft, die aber auch nur mit einer geringen Einspeisevergütung gefördert wird. Da ist es sehr fraglich, wie die Windkraft im Jahre 2023 einen Anteil von 18 % erreichen soll.

Die Türkei ist geeignet, eine auf wirklich alternativen Energiequellen ausgerichtete Politik einzuleiten. Denn Sonne und Wind ist mehr als genug vorhanden. Auch wenn ihre Nutzung nicht ganz ohne Folgen für Ökologie und Gesellschaft sind, können sie sinnvoll sein, solange sie in Kombination mit anderen Energieformen von den jeweiligen lokalen Gemeinden und nicht in großem Maßstab von Großunternehmen betrieben werden. Der Ansatz von möglichst autarken regionalen Energiestrukturen ist der richtige Ansatz, doch wird er von den Anti-Atombewegungen und anderen sozialen Bewegungen in der Republik Türkei nicht so oft geäußert wie der Ausbau von der Wind- und Sonnenkraft.

Die Türkei ist geeignet, eine auf wirklich alternativen Energiequellen ausgerichtete Politik einzuleiten. Denn Sonne und Wind ist mehr als genug vorhanden.

Zum Hintergrund und Vergleich: Im Jahre 2009 kamen 80 % der Energie von fossilen Brennstoffen wie Gas, Kohle und Öl, wobei ersteres mehr als die Hälfte ausmachte. Die Wasserkraft hatte einen Anteil von ca 18,6%. Dagegen macht die Wind- und Sonnenkraft nicht mal einen Prozent und Biomasse 0,2% aus.

Proteste | Jüngste Umfragen ergeben, dass 64 % der Bevölkerung in der Türkei gegen den Bau von AKWs sind und 84 % nicht in AKW Nähe leben wollen. Dies zeigt, dass selbst in der Türkei ein gewisses Bewusstsein über die Gefahren und Folgen von AKWs vorhanden ist. Dazu hat die Katastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986 beigetragen, da der nördliche Küstenstreifen am Schwarzen Meer ernsthaft von ihr getroffen wurde. Die landwirtschaftlichen Ernten und vor allem die Gesundheit von unzähligen Menschen waren negativ betroffen.

Auch deswegen baute sich im Jahre 2005, als die türkische Regierung Vorbereitungen für die Ausschreibung des AKWs in der Provinz Sinop in der Schwarzmeerregion traf, in kürzester Zeit eine große Protestbewegung auf. Viele tausende Menschen konnte sie für Demonstrationen mobilisieren. Da jedoch in den anschließenden Jahren sich zu dem geplanten AKW in Sinop wenig tat, ebbte die Anti-AKW-Bewegung mit der Zeit ab. Denn die Regierung konzentrierte sich zunächst vielmehr auf die Vorbereitungen für den Bau des AKW Akkuyu. Doch mit dem Grundsatzprotokoll zwischen der Türkei und Südkorea kommt wieder Bewegung ins Spiel.

Als die Pläne für das AKW Akkuyu konkret wurden, entstand relativ schnell die Mersin-Plattform gegen Atomkraft



Demonstration gegen das AKW Akkuyu Foto: www.mersinnkp.com

(Mersin NKP), die bis heute sehr aktiv ist. Insgesamt 46 Organisationen (ökologische, soziale und menschenrechts Organisationen, Berufsorganisationen, Gewerkschaften, politische Parteien etc.) aus der Provinz Mersin stehen hinter dieser Plattform, die in den vergangenen Monaten angesichts der im März getroffenen Vereinbarung, anstehenden Wahlen und der AKW-Katastrophe in Japan, viele Protestaktivitäten durchgeführt hatte. So fanden zum Beispiel am 22. Mai 2011 in der Nähe von Akkuyu große Proteste statt. Die Proteste beschränken sich keineswegs auf die Provinz. 2010 rollte ein Greenpeace-Aktivist im türkischen Parlament ein Transparent gegen das AKW Akkuyu aus. In den Wochen vor den Parlamentswahlen baute Greenpeace, die seit Jahren gegen die Atomkraftpläne der türkischen Regierung aktiv ist, Zelte auf dem zentralen Istanbuler Platz Taksim auf, wofür sie von der Bevölkerung, KünstlerInnen und oppositionellen PolitikerInnen breite Unterstützung bekam.

Mit dem Grundsatzprotokoll zum AKW in Sinop begann die Sinop-Umweltplattform wieder mehr zum Thema zu arbeiten. Das zeigt, dass in den kommenden Monaten und Jahren die Bewegung gegen das AKW in Sinop wieder an Fahrt gewinnen wird.

Die Proteste gegen die in Sinop und Mersin geplanten AKWs sind inzwischen in der Türkei relativ bekannt geworden. Ein Großteil der Bevölkerung – zumindest in den betroffenen beiden Provinzen sowie ihren Nachbarprovinzen – haben von der Problematik und dem Widerstand gehört. Die große Auseinandersetzung steht uns noch bevor, auch angesichts der AKW-Katastrophe in Japan mit den verheerenden Folgen und der zunehmenden Zahl von Ländern, die aus der Atomkraft aussteigen bzw. doch nicht einsteigen wollen.

Die Energiepolitik ist insgesamt in die Kritik geraten, was vor allem an den Protesten gegen die Staudämme zur Stromproduktion liegt, aber auch mit der schleppenden Entwicklung der Wind- und Solarkraft zu tun hat.

Atomkraft gegen Wasserkraft? | Eigentlich müsste es klar sein: In den Augen von kritisch, sozial und ökologisch ausgerichteten Menschen sollte weder die Atomkraft noch die Wasserkraft eine Perspektive bei der Stromversorgung in der Türkei haben. Beide Formen führen zu gravierenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Kosten für die Gesellschaft. Doch finden und fanden sich immer wieder AktivistInnen in der Anti-Atomkraft-Bewegung, welche die Wasserkraft als Alternative für die Atomkraft vorschlagen. Angesichts der von den AKWs ausgehenden Gefahren und Auswirkungen wären für sie, neben der Wind- und Sonnenenergie, Wasserkraftwerke vorstellbar. Dies kann in einigen Dokumenten und Erklärungen der Plattformen gegen die AKWs in Mersin und Sinop gelesen werden. Da die Proteste in der ganzen Republik gegen die zerstörerischen Staudämme und Wasserkraftwerke in den letzten drei Jahren spürbar zugenommen haben, wurde die Befürwortung der Wasserkraft weitgehend, jedoch nicht komplett, zurückgenommen. Dass einige AktivistInnen der Anti-Atombewegung in der Türkei unbedacht die Wasserkraft vorschlugen, liegt an ihrer eingeschränkten Denkweise, da es ihnen nur um den Stopp der AKWs geht, sie mit den sonstigen Verhältnissen in der Gesellschaft keine prinzipiellen Probleme haben und es ihnen nicht um eine grundlegende Veränderung der Gesellschaftsordnung geht. Was den Anti-Atombewegungen in diesem Rahmen z. B. fehlt, ist über die Forderung nach mehr Effektivität in der Stromversorgung hinauszugehen und nach einem veränderten sparsameren Verhalten in Bezug auf Energiefragen zu fordern, um überhaupt den Verbrauch von Anfang an einzuschränken.

Im Vergleich zur Anti-AKW-Bewegung sind alle talsperrenkritischen Bewegungen gegen Atomkraft. So wurde am 25. April 2010, also zum Jahrestag der Tschernobyl-AKW-Katastrophe, eine Demonstration in Istanbul von mehreren talsperrenkritischen Bewegungen durchgeführt. Dies ist den talsperrenkritischen Bewegungen wichtig gewesen, denn es sollte dem Staat jede Möglichkeit genommen werden, die talsperrenkritischen Bewegungen gegen die Anti-Atombewegungen auszuspielen. Der Hintergrund für die katastrophale, zerstörerische, unsoziale und unökologische Energiepolitik der Regierung und des Staates ist nämlich die gleiche. Verlieren tun die Menschen und die Natur, profitieren hingegen die Zentralregierung und die Konzerne. ♦

Literaturquellen (alle auf Türkisch):
Mersin Plattform gegen die Atomkraft (Mersin Nükleer Karşıtı Platform): www.mersinnkp.com
Sinop Umweltplattform, Erklärung: http://haberler.com/sinop-cevre-platformu-sozcusu-gurbuz-aciklamasi-2682523-haberi
Verein der Umweltfreunde (Çevre Dostları Derneği): www.cevredostlari.org
Initiave Sinop gehört uns (Sinop Bizimdir Girişimi): www.sinopbizim.org
Greenpeace Türke: www.greenpeace.org/turkey/tr

PYD-Parteiratsmitglied Ronahi Afrin über die KurdInnen in Syrien

Die Lösung der kurdischen Frage in Syrien wird alle Teile zur Lösung zwingen

Abdullah Ramazan/Murat Kolca, DIHA, 13.5.2011

Anlässlich der Aufstände in Syrien sprach ein Parteiratsmitglied der kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien, Ronahi Afrin, mit der Nachrichtenagentur DIHA. Nach Afrin sei die jetzige Opposition seit 1982 [*Jahr des Massakers der syrischen Armee an Aufständischen in Hama mit vielen tausend Toten*] gegen die alevitische Regierung, habe aber aufgrund der Repression nicht zum Aufstand aufgerufen. Die in der arabischen Region andauernden Aufstände hätten auch in Syrien einen Dominoeffekt ausgelöst.

Nur ein Teil dieser seit 1982 unterdrückten Opposition beteilige sich an den Protesten. Afrin: „Die Oppositionellen haben eine Ruhephase gemacht und äußern jetzt ihren Unmut. Die Gruppen unter französischem Einfluss wollen diese Bewegung lenken. Natürlich sind sie auch gegen das jetzige Regime, aber ihr Ziel ist vielmehr Macht, um die Aufstände für ihre Interessen zu nutzen. Die jetzigen Protestmärsche finden eher freitags statt, wenn die Bevölkerung von sich aus zusammenkommt. Es wird sich nicht die Mühe gemacht, die Bevölkerung zusammenzutrommeln, vielmehr wollen sie den Unmut der Bevölkerung für ihre Interessen missbrauchen. Der Aufstand hat nicht die Intensität wie im Jemen."

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die Situation in Syrien der in Libyen ähnelt

Afrin bezeichnet die Forderungen der Bevölkerung als gerechtfertigt und legitim und das Vorgehen des Assad-Regimes als äußerst hart. Eine Änderung des Regimes sei unabdingbar: „Gegen die Opposition gibt es außerordentliche Repressalien und die Städte werden förmlich belagert. Die Stadt Dara ist ein Beispiel dafür. Niemand weiß, was in dieser von Soldaten umzingelten Stadt vor sich geht. Es werden dem Volk alle Möglichkeiten genommen, frei zu protestieren. Das Regime hat im Vorfeld manche rechtlichen Neuerungen eingeführt, die aber in der Praxis völlig ignoriert werden. Das Volk befindet sich in einem schweren Konflikt mit dem System. Dutzende Menschen haben ihr Leben verloren. Beide Seiten, sowohl die Regierung als auch die Opposition, haben viele Opfer zu beklagen. Wir sind in Sorge, dass die Aufstände in Syrien ähnlich wie die in Libyen enden."

AKP-Regierung versucht die Aufstände zu ihren Gunsten zu lenken

Afrin weist auf ein Treffen anlässlich der Aufstände mit liberalen und grünen, islamistischen Kreisen aus Syrien unter türkischer Federführung hin: „Es gab in Istanbul eine Sitzung der oppositionellen islamistischen Kreise in Syrien mit türkischen Zuständigen, auf der darüber geredet wurde, dass sich die Aufstände noch weiter vertiefen und dadurch zu Gunsten des liberalen, grünen Islams entschieden werden. Es handelt sich hierbei um AKP-nahe Kreise, die bis jetzt nicht eingeschritten sind, außer bei einigen kleinen Unruhen. Sie sind vor allem in Aleppo innerhalb der Bevölkerung gut organisiert. Auch in Hamah und Mihame haben sie einen gewissen Einfluss. Wenn sie aber durch die Türkei mit Waffen versorgt werden, kann sich der Weg zu einem bewaffneten Kampf öffnen. In der Vergangenheit gab es ähnliche Vorfälle. Die AKP-Regierung beobachtet die Geschehnisse in Syrien und wartet auf den richtigen Zeitpunkt, um sich auf die Seite der Stärkeren zu schlagen. Ziel dieser Kreise ist es, die Macht den AlevitInnen zu nehmen und den SunnitInnen zu geben. Die gefährlichste Gruppe ist jene des sogenannten grünen, liberalen Islams."

Wenn die SunnitInnen an die Macht kommen, werden sowohl die KurdInnen als auch die AlevitInnen darunter leiden

Afrin macht darauf aufmerksam, dass im Falle einer sunnitischen Machtergreifung Rache an den AlevitInnen geübt und den KurdInnen großer Schaden zugefügt werden würde: „In diesem Fall werden die SunnitInnen keine Gnade gegenüber den AlevitInnen zeigen. Auch ihre Haltung gegenüber den KurdInnen ist überaus negativ. Sie hegen eine besondere Feindschaft gegen sie und es kann eine ähnliche Situation wie im Irak entstehen. In staatlichen Fernsehkanälen wird davon gesprochen, dass Waffen von außen ins Land geschmuggelt werden. Inwieweit das richtig ist, wissen wir nicht."

Afrin vertritt die Meinung, die Türkei wolle das Assad-Regime beenden, um ein sunnitisches zu errichten: „Die Türkei will das Regime Assads nicht länger an der Macht sehen. Weil der Alevite ist. Die Türkei will, dass die Macht von den Alevi-

tInnen an SunnitInnen übergeht. Ihre Anstrengungen im Hinblick auf Syrien sind von diesem Hintergedanken getragen. Auf der anderen Seite sind sie auch besorgt, dass sich die KurdInnen organisieren. Weil diese die bestorganisierte Kraft in Syrien darstellen. Die KurdInnen wollen an erster Stelle eine demokratische Selbstverwaltung innerhalb der bestehenden Grenzen des syrischen Staates. Diese Bestrebungen werden von der Türkei genauestens beobachtet, welche die KurdInnen in Syrien ausschalten will. Die Türkei befürchtet, dass eine Lösung hierzulande die KurdInnen in der Türkei beeinflusst und somit den Staat dort unter Druck setzt. Darum werden sie alles ihnen Mögliche unternehmen, um den Widerstand der syrischen KurdInnen unter ihr Joch zu zwingen."

AKP will die KurdInnen in Syrien ausschalten, um den SunnitInnen den Weg zur Macht zu ebnen

Für Afrin betreibt die AKP in Syrien eine scheinheilige Politik: „Die offizielle Anerkennung der kurdischen Identität in Syrien wird auch die Anerkennung der kurdischen Identität in der Türkei mit sich bringen. Weil das ein Hindernis für die AKP ist, will sie es verhindern. Sie betreibt eine scheinheilige Politik. Auch wenn das Assad-Regime Verbesserungen für die KurdInnen einführen sollte, würde das die AKP verhindern wollen.

Sollte es eine Lösung geben, dann wird sie entweder sehr umfangreich oder vorübergehend ausfallen. Weil die AKP sich vor den KurdInnen fürchtet, will sie lieber eine vorübergehende Lösung. Darum will sie nur einen Austausch der Macht ohne inhaltliche Änderung. Wir rufen alle kurdischen Parteien und die syrischen Oppositionellen dazu auf, sich dieses Manövers bewusst zu werden und ohne Einfluss von außen an der eigenen Lösung festzuhalten. Sie müssen die Lösung mit ihrer eigenen Dynamik finden."

KurdInnen werden nicht Opfer dieses Manövers

Ronahi Afrin hält die KurdInnen für gesellschaftlich wie auch politisch stark: „Die KurdInnen sind eine der am besten organisierten Gruppen. Wir haben unter der Führung der PYD einen hohen Organisationsgrad. Auf der anderen Seite stehen wir in einem aussichtsreichen Dialog mit den anderen kurdischen Parteien und streben eine nationale Einheit an. Die KurdInnen verfolgen diese Phase sehr bewusst und abwägend. Sie wollen keine Teilung Syriens, sondern eine Lösung innerhalb der Grenzen eines einheitlichen und demokratisch regierten Syriens. Auf der anderen Seite will man die KurdInnen hinters Licht führen. Man will ihre Stärke zu Gunsten der arabischen Opposition ausnutzen. Das führt zu teilweise gefährlichen Situationen. In unserer Praxis sollen vor allem die kurdischen Forderungen im Vordergrund stehen. Wir müssen vorsichtig sein, um nicht zum Spielball der arabischen Oppositionellen zu werden. Die KurdInnen müssen die Sache richtig angehen. Sie werden sich für die Lösung der Probleme aller Volksgruppen in Syrien einsetzen, ohne sich für Machtbestrebungen von außen instrumentalisieren zu lassen."

Ein kurdischer Nationalkongress ist dringend notwendig

Afrin beteuert, mit den anderen kurdischen Parteien im Dialog zu stehen: „Die KurdInnen in Syrien wollen eine Unterstützung durch das kurdische Volk und die Föderalregierung im Nordirak. Nicht nur diese, sondern alle KurdInnen müssen Syrien zu einer Lösung zwingen. Die größte Unterstützung anderer kurdischer Kräfte wäre die baldige Einberufung eines kurdischen Nationalkongresses. Mit dessen Zielen und Ergebnissen können sie ihre Demonstrationen stärken und ihren Kampf gezielt fortsetzen, bis ihre Identität anerkannt wird, andernfalls droht die Vernichtung. Auf dieser Grundlage würde der Nationalkongress eine gemeinsame Entscheidung treffen, an der sich die KurdInnen orientieren. Alle kurdischen Organisationen und Parteien sollten diesen Kongress stärken. Er spielt eine viel wichtigere Rolle als sonst."

Diese Forderungen müssen so bald wie möglich umgesetzt werden.

Afrin ist der Ansicht, dass in Syrien die Grundrechte der KurdInnen stärker missachtet werden als die anderer gesellschaftlicher Gruppen. Davon ausgehend werden die KurdInnen laut Afrin einen gesamtgesellschaftlichen Aufstand beginnen mit den folgenden Forderungen:

„In erster Linie muss der außerordentliche Sicherheitszustand in Syrien beendet werden und die Soldaten müssen aus den Städten abziehen.

Wir fordern, dass die kurdische Identität anerkannt wird und dass die KurdInnen einen eigenen Ausweis bekommen. Wir wollen keine Verhandlungen über die Forderungen des kurdischen Volkes nach Sprache und Identität.

Weiter fordern wir, dass die Behinderungen der Selbstorganisierung ein Ende finden, die Regionalverwaltungen im ganzen syrischen Staatsgebiet gestärkt werden und das Volk seine VertreterInnen selbst wählen kann.

Alle politischen Gefangenen in Syrien müssen im Rahmen einer Generalamnestie freikommen.

Das Einparteiensystem muss ein Ende finden und die Verwaltung soll aus unterschiedlichen Gruppen gebildet werden.

Durch eine neue Verfassung soll sowohl die Identität der KurdInnen als auch die Identität anderer ethnischer Gruppen anerkannt werden."

Die Lösung der kurdischen Frage in Syrien wird auch in den anderen Teilen Kurdistans den Weg für die Freiheit ebnen

Afrin zufolge würde eine an diesen Forderungen orientierte Lösung auch die KurdInnen in der Türkei und in den anderen Teilen Kurdistans beeinflussen und einer Lösung dieser Probleme das Tor öffnen: „Dann wird sich auch die Türkei zu einer Lösung gezwungen sehen. Syrien spielt eine Schlüsselrolle. Unser Volk sollte das Ganze mit diesem Bewusstsein angehen. Bei Angriffen wird es ihre Beteiligung für die Freiheit gewährleisten." ♦

Die Entwicklungen in Syrien und die Kurden

Die Weichen werden gestellt

Tarek Ahmo, Journalist

Die Offensive von syrischem Geheimdienst und Militär gegen das Volk und die Jugendproteste geht weiter. Hunderte von Panzern wurden in die Städte Daraa, Hims, Duma, Idlib, Hamah und Baniyas verlegt. Das 4. Bataillon unter dem Befehl des Bruders von Baschar al-Assad, Mahir al-Assad, unterdrückte die Bevölkerung in Daraa und Hims mit seiner ganzen technologisch hochgerüsteten Macht. Hunderte wurden umgebracht. Jeden Freitag gehen hunderttausende Syrer auf die Straßen und verlangen ein Ende des Regimes von Assad. Die syrische Opposition war sich einig, die Woche vom 20. Mai 2011 „Freiheitswoche" zu nennen, und für „Freiheit" wurde das kurdische Wort „azadî" verwendet. Damit wurden die Bekundungen der Kurden für die Einheit Syriens angenommen. Freitag, der 27. Mai, wurde als Tag der „Beschützer des Landes" bezeichnet und damit war das Militär gemeint. Es soll das Volk und nicht das Regime in Schutz nehmen. Trotzdem wurden am selben Protesttag viele Menschen getötet, darunter auch ein 13-jähriger Junge namens Hamza al-Khatib. Der 3. Juni wurde daraufhin im Gedenken an Hamza „Freiheitsfreitag der Kinder" benannt. Auch an diesem Freitag wurden Hunderte getötet. Desgleichen gab es in den kurdischen Gebieten große Demonstrationen, jedoch wollte der syrische Geheimdienst und das Militär die Kurden nicht gegen sich aufhetzen und ist daher nicht mit harten Mitteln oder Waffengewalt auf sie zugegangen

Assad hat sich für brutale Unterdrückung entschieden

Vor kurzem wurde in Daraa ein Massengrab gefunden. Doch Damaskus hat dort bis jetzt keine UN-Untersuchungen erlaubt. In den Provinzen Hims, Hamah und Idlib geht die militärische Offensive weiter. Hunderte sind in den Libanon geflüchtet, weitere Hunderte halten sich an der türkischen Grenze auf. In ganz Syrien werden die Medien behindert, nur der staatliche Fernsehsender gibt „Informationen" über den Widerstand in Syrien. Die Bilder und Aufnahmen, die aus Syrien herausgelangen, sind von den Protestierenden aufgenommen worden. Der Staat beeinträchtigt alle Telefon- und Internetverbindungen nach draußen, Ein- und Ausreise stehen unter Kontrolle.

Das Regime von Damaskus versucht schon im Vorfeld, das Töten und Verhaften von Bürgern zu legitimieren. Es behauptet, Militär und Geheimdienste bekämpften bewaffnete islamistische Gruppen. Einige Personen wurden im staatlichen Fernsehen als geständige Mitglieder dieser Gruppen gezeigt. Nach Oppositionsangaben stehen sie nicht in Verbindung mit dem Widerstand. Die Opposition behauptet, viele Soldaten seien durch das Militär und den Geheimdienst selbst getötet worden, um es der Öffentlichkeit als Tat der Protestler zu präsentieren und damit die Angriffe auf die Bevölkerung zu begründen. Interessant ist, dass die getöteten Soldaten der Glaubensrichtung der Aleviten angehörten. Das Regime will vortäuschen, dass die angeblichen Bewaffneten sich diese Glaubensrichtung zum Ziel gesetzt und den Aleviten den Krieg erklärt hätten. Beobachtern zufolge wird dies vom Assad-Regime bewusst inszeniert, um die Aleviten auf seine Seite zu ziehen und sie gegen die Forderungen des Volkes für Demokratie und Freiheit einzuspannen.

Allerdings stehen viele Aleviten nicht hinter der Politik Assads. Sie sagen, Assad leite Herrschaft und Wirtschaft des Staates an die eigene Familie weiter, und fürchten deshalb, dass damit die Aleviten in Syrien als Feind des Volkes und Gegner von Demokratie und Freiheit gesehen werden.

Damit sich, Beşar Esad, vor der Verantwortung über die ca. 1 500 Toten und 11 000 Gefangenen entziehen kann, hat er ca. 450 politische Gefangene freigelassen. Außerdem hat er ein Komitee gegründet, dass Gesetze zur Bildung von politischen Parteien erlauben soll. Assad verkündete den Beginn eines Dialogs mit der Opposition. Diese Schritte wurden bis jetzt von den arabischen und kurdischen Oppositionellen nicht akzeptiert. Sie halten diese Schritte für nicht ernst gemeint, damit solle die Opposition zerstört und durch künstliche Hoffnungen ersetzt werden. Auch die kurdischen Parteien haben den staatlichen Wunsch nach einem Treffen mit Assad abgesagt.

Die Haltung von USA und EU

US-Präsident Obama verhängte gegen Assad und sechs weitere Personen ein Embargo. Davor hatte die EU ein Embargo gegen Assad und dreizehn weitere Angehörige des Regimes in Damaskus ausgesprochen. Mit diesem Beschluss wurden die Gelder dieser Personen beschlagnahmt und ihre Ein- und Ausreise in Europa untersagt. Frankreich bemüht sich um einen UN-Beschluss, um Zivilisten vor dem Regime in Schutz nehmen und gegen das Regime vorgehen zu können.

Falls weiter Zivilisten getötet werden, sind ein weiteres UN-Embargo und schärfere Maßnahmen möglich. Das Verhalten von Russland und China ist ebenfalls von Bedeutung. Diese

werden keinem Embargo zustimmen, das das Assad-Regime gefährden würde. Der russische Präsident hat sich schon in dieser Richtung geäußert. Die wirtschaftlichen und militärischen Verbindungen zwischen Moskau und Damaskus sind eng. In Tartus befindet sich ein Militärstützpunkt Russlands mit Zugang zum Mittelmeer, wo russische Kriegsschiffe stationiert sind. Auf der anderen Seite befürchtet die Opposition in Syrien, dass die USA mit der Forderung, Syrien solle seine Beziehungen zu Iran und der Hizbollah im Libanon aufgeben, das Regime von Assad unterstützen.

Der Assad-Cousin und Milliardär Rami Makhlouf sagte in einem Interview mit der New York Times, falls die USA das Regime Assads einschränkten, würde der Schutz Israels nicht mehr zu leisten sein. Dies wurde dahingehend interpretiert, dass das Assad-Regime Bedingungen formuliert: Wir werden weiterhin in Damaskus regieren und für den Schutz Israels Wache halten; falls nicht, wird es an der syrisch-israelischen Grenze Krieg geben. Nach diesem Hinweis erlaubte Syrien zum Jahrestag der israelischen Staatsgründung hunderten Palästinensern, die Grenze zu überschreiten. Dies führte zu Auseinandersetzungen, die israelische Armee tötete 32 Menschen. Für die USA und Israel war das eine wichtige Botschaft: Falls Assad nicht einverstanden ist, wird es an der Grenze zu einem Krieg kommen!

Die AKP hat auch für Syrien Pläne!

Der türkische Ministerpräsident und AKP-Vorsitzende Erdoğan hat einige Erklärungen zu Assad abgegeben, sich jedoch in letzter Zeit etwas zurückgehalten. Ihm passte es nicht, dass am 14. April in Qamişlo dreizehn kurdische Parteien zusammentrafen, und er warnte Assad vor einem „Komplott gegen Syrien". Und meinte eine Einheit der kurdischen Parteien. Er will nicht, dass die Kurden in Südwestkurdistan gemeinsam handeln und die Lösung der Kurdenfrage selbst bestimmen. Diese haben die „Bewegung der Patriotischen Kurden in Syrien" gegründet und sich für eine demokratische Lösung in ganz Syrien ausgesprochen, und sie haben dem Assad-Regime einen Vorschlag zur Lösung der Probleme in Syrien gemacht. Dieser Vorschlag wurde auch von der Opposition ernst genommen und er wurde zu einem Diskussionsthema.

Die arabische Opposition schätzt die Haltung der Kurden. Erdoğan und die AKP-Regierung sind beunruhigt über die

Treffen mit Baschar al-Assad macht im Moment keinen Sinn

Laut Nachrichtenagentur ANF vom 09.06.2011 äußerte der Sprecher der pro-kurdischen Partei für Demokratie und Einheit (PYD) in Syrien, Salih Mislim, in einem Interview, dass der syrische Staatschef Baschar al-Assad die kurdischen Vertreter zu einem Gespräch eingeladen habe, diese jedoch erklärt hätten, im Moment an einem solchen Gespräch nicht interessiert zu sein. Sie würden ihre Ablehnung mit den seit zwei Monaten andauernden legitimen Protesten der Bevölkerung gegen Baschar al-Assad begründen, in deren Verlauf nach offiziellen Angaben mindestens 1 200 Demonstranten von syrischen „Sicherheitskräften" ermordet worden seien. Mislim zufolge hätten sich die kurdischen Vertreter einstimmig dazu entschlossen, nur dann mit Baschar al-Assad ein Gespräch beziehungsweise Verhandlungen aufzunehmen, wenn ein sofortiger Waffenstillstand ausgerufen werde, die Soldaten sich aus den Städten zurückzögen und eine demokratische Autonomie für die in Nordsyrien lebenden Kurden verfassungsrechtlich gewährt würde.

Laut Mislim bestehen zwischen den zurzeit in einem Block von 12 verschiedenen Parteien organisierten Kurden und den Oppositionellen im Land ein intensiver Dialog und ein Verhältnis gegenseitiger Solidarität: „Wir stimmen in allen Punkten überein und die hauptsächlich aus religiösen und ethnischen Minderheiten sowie aus Kommunisten und Demokraten bestehende Opposition hat keine Probleme damit, unseren Forderungen zuzustimmen."

Die Opposition im Land (15 Gruppen) sei zum Teil untereinander uneins und somit zersplittert und schwach sei. Die Aufgabe der kurdischen Seite, die ihrerseits zu einer Einheit gefunden habe, bestehe darin, die Oppositionellen zusammenzuführen und zu stärken. Mismil: „Mit uns gemeinsam agieren ebenso Intellektuelle, Wissenschaftler und Politiker wie Burhan Galyon."

Salih Mismil bewertete auch die in den vergangenen Tagen in der Türkei stattgefundene Syrien-Konferenz: „Wir und die Oppositionellen im Land haben diese Konferenz boykottiert. Deren Teilnehmer waren ausschließlich Exil-Syrer, die niemand in Syrien kennt. Diese Menschen vertreten niemanden aus Syrien. Wir betrachten die Konferenz in Antalya als eine Angelegenheit der syrischen Muslimbrüder und der türkischen Regierungspartei AKP. Die AKP verfolgt im Nahen Osten und auch in Syrien andere Ziele und das wissen wir."

Vor einigen Tagen hatten sich Delegierte der 12 pro-kurdischen Parteien in Syrien nach Kandil, in die Autonome Region Kurdistan, im Nordirak zu einem Gespräch mit dem Sprecher des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayılan, begeben. Dabei wurde beschlossen, dass die kurdischen Parteien gemeinsam handeln werden und dass in allen kurdischen Städten Volksversammlungen durchgeführt werden sollen, wobei die Bevölkerung über die Geschehnisse informiert und sich mit ihr ausgetauscht werden soll.

Auch wenn die USA und die EU ein Wirtschaftsembargo gegen Syrien eingeleitet haben, wird es mit größter Wahrscheinlichkeit nicht zu einer militärischen Intervention von außen kommen. Hiergegen spricht sich aber auch die Opposition im Land aus. Dies würde wie in Libyen zu einem Bürgerkrieg führen, was sich niemand in Syrien wünscht.

ANF 09.06.2011

guten Beziehungen zwischen den arabischen und kurdischen Oppositionellen. Die Türkei will nicht, dass die kurdische Politik von der arabischen Seite akzeptiert und die Frage von drei Millionen Kurden als legitim und gesetzlich angesehen wird. Sie befürchtet die Anerkennung der Kurden in der syrischen Verfassung als eine weitere Nation des Staates. Deshalb hat die AKP ein „Beobachter-Zentrum" zur Verfolgung der Geschehnisse in Syrien gegründet. Dessen Aufgaben und Ziele wurden in Zusammenarbeit mit der AKP und dem Nationalen Sicherheitsrat in der Türkei (MGK) gestellt:

Eine bedeutende und sichtbare Rolle der Kurden in Syrien zu verhindern.

Eine islamistische und nationalistische arabische Bewegung zu schaffen, die die AKP zum Vorbild nimmt und die Rechte der Kurden nicht anerkennt. Sie wird einen Verfassungsrang und ein Recht auf Selbstverwaltung der Kurden in Syrien nicht akzeptieren.

Eine an die AKP gebundene kurdische Kraft aufzubauen, die ihre Politik gegen die kurdische Freiheitsbewegung und die Partei der Demokratischen Union (PYD) richtet.

Die der türkischen Politik verbundenen Kurden und Araber sollen PKK und PYD zu Terroristen erklären.

Ende Mai fand im türkischen Antalya ein Kongress mit 300 Vertretern der syrischen Opposition statt. Dort wurde beschlossen, auf ein Ende des Regimes hinzuarbeiten. Ungefähr 50 kurdische Personen waren auch anwesend. Dieser Kongress wurde unter der Schirmherrschaft der der AKP nahestehenden „Muslimbrüderschaft" durchgeführt. Deren Ziel ist die Gründung eines religiösen Staates in Syrien auf der Basis eines gemäßigten Islam und die Regierungsübernahme ähnlich der AKP. Diese versucht über den auf Arabisch sendenden türkischen Fernsehsender El-Turkiye, ihr nahestehende Kurden und Araber in den Vordergrund zu rücken und als Vertreter Syriens darzustellen.

Die Kurden müssen bewusst handeln

Die kurdische Freiheitsbewegung muss gegenüber der AKP gewissenhafte Vorkehrungen treffen. Die PYD muss mit syrischen Demokraten und Liberalen Beziehungen eingehen und mit ihnen zusammen die Einmischung der Türkei verhindern. Der Zusammenhalt der Kurden im Südwesten ist ebenfalls von großer Bedeutung und muss gestärkt werden. Die Unterstützung der kurdischen Freiheitsbewegung und der kurdischen Regierung in Südkurdistan ist notwendig. Die Beziehungen zwischen Kurden und Arabern in Syrien dürfen keinen Schaden nehmen. Die AKP muss daran gehindert werden, eine Partei in Damaskus zu gründen und dadurch den Kurden den Raum zu nehmen. ♦

Kurden und Sunniten im Irak befürchten eine Militärinvasion Irans

Wird der Abzugsplan der US-Truppen im Irak eingehalten?

Serdar Erdoğan

Sowohl sunnitische Araber als auch Kurden befürchten einen zunehmenden Einfluss des Iran im Irak, wenn die US-Truppen vollständig aus dem Irak abziehen sollten. Einige kurdische und sunnitische Politiker glauben sogar, der Iran würde bei der erstbesten Gelegenheit eine militärische Invasion gegen den Irak beginnen.

Einem Abkommen zwischen der US-Führung und der irakischen Regierung zufolge werden die USA bis zum 31. Dezember dieses Jahres alle ihre Truppen aus dem Irak abziehen. Gegenwärtig befinden sich dort 47 000 US Soldaten. Der Truppenabzug wurde längst per Zeitplan festgelegt. US-Quellen zufolge sollen bis zum Herbst dieses Jahres bereits 20 000 Soldaten abgezogen werden.

Der Abzugsplan der USA hat sowohl bei den sunnitischen Arabern als auch bei den Kurden Befürchtungen ausgelöst. Die Schiiten, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, unterstützen ihn.

Celile Saidi, einer der führenden Namen der Al-Sadr-Bewegung, bringt diese Haltung ganz offen zur Sprache. Saidi geht sogar so weit zu sagen, wenn die US-Soldaten sich nicht zurückziehen sollten, „werden wir selbst dafür sorgen".

Die Al-Sadr-Bewegung gilt als die militant-radikalste Gruppe unter den Schiiten. Im Irak steht sie dem Iran am nächsten. Der Anführer der Al-Sadr-Bewegung, Muqtada al-Sadr, lebt inzwischen im Iran. Nach der US-Intervention im Jahre 2003 kam es zwischen der Al-Sadr-Bewegung und den USA oft zu Konfrontationen. Auch wenn für seinen Aufenthalt im Iran religiöse Gründe vorgeschoben werden, so heißt es aber auch, dass er aufgrund seiner feindseligen Haltung gegenüber den

USA und Großbritannien kaum Lebenschancen für sich im Irak sehe. So wird erwartet, dass Al-Sadr in den Irak zurückkehren wird, sobald die US-Truppen das Land verlassen haben.

Sicherheitslage im Irak noch immer mangelhaft

Am 25. Mai hat die schiitische Mahdi-Armee, die der Al-Sadr-Bewegung nahesteht, mit 2 000 Milizionären in der Stadt Sadr-City ihre Stärke demonstriert. Diese Aktion wurde als Drohung interpretiert, damit die USA sich an den Abzugsplan halten.

Mahmud Osman, eine der einflussreichen Persönlichkeiten im irakischen Parlament, vertritt die Auffassung, dass es für den Abzug noch zu früh sei. Er glaubt, dass die Mehrheit im irakischen Parlament dieselbe Meinung vertritt, ohne es offen auszusprechen.

Die Entwicklungen im Irak unterstützen die Aussagen Mahmud Osmans. Die Probleme zwischen der Verwaltung in Bagdad und der Autonomen Region Kurdistan sind noch immer ungelöst. Die Kirkuk-Frage beinhaltet ein großes Konfliktpotential. Ein Teil der Schiiten und sunnitischen Araber fühlt sich wegen der autonomen Position der kurdischen Region sehr unbehaglich. Aber viel wichtiger ist die Tatsache, dass die Sicherheitslage im Irak noch immer Mängel aufweist. Selbst irakische Generäle gestehen ein, dass die irakische Armee und Polizei ohne die US-Truppen nicht im Stande wären, die Sicherheit des Landes zu gewähren.

Bei den beiden Anschlägen vom 6. Juni 2011 verloren 5 US-Soldaten und 13 Iraker ihr Leben. Dieser Verlust der USA war der höchste an einem Tag in den letzten zwei Monaten.

Bei dem Anschlag in Tikrit letzten Freitag verloren 21 Menschen ihr Leben.

Mahmud Osman ist der Auffassung, dass die Haltung der Schiiten gegenüber dem Abzug der US-Einheiten auf den Druck vom Iran zurückzuführen ist.

Er schlägt vor, das Abkommen über den Abzug neu zu überdenken und um weitere fünf Jahre hinauszuschieben.

Auch die Al-Iraqi-Liste unter Führung von Iyad Allawi ist für die Verlängerung der Aufenthaltsdauer der US-Soldaten. Der Berater von Allawi, Hani Ashur, sagte, sie seien derselben Meinung wie die Kurden, was den Abzug der US-Einheiten betrifft. Auch Ashur ist der Auffassung, dass bei Beendigung der US-Invasion eine iranische Invasion beginnen könne. Er fügte hinzu, dass dieses Thema vom Parlament behandelt werden wird.

Laut Barzani würde der Abzug der US-Truppen in der jetzigen Phase dem Irak eher schaden

Die Kurden haben der Delegation des US-Verteidigungsministeriums, die vor einigen Tagen die Region besuchte, offen erklärt, dass sie auch in Zukunft US-Soldaten im Irak zu sehen wünschen. Erst vor kurzem kam Masrur Barzani, Chef des Geheim- und Sicherheitsdienstes in Irakisch-Kurdistan, mit Michael Vickers, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, General Mark Perin und General Lee Lecoment, Beauftragter der irakischen US-Botschaft, in der Stadt Selahaddin zusammen. Bei dieser Zusammenkunft erklärte Barzani, dass der Abzug von US-Truppen in der gegenwärtigen Phase dem Irak eher schaden würde.

Fuad Masum, Vorsitzender der Kurdischen Liste im irakischen Parlament, erklärt ebenfalls, dass fast alle politischen Gruppen im Irak für eine Verlängerung der Abzugsfrist für die US-Truppen seien. Obwohl in dieser Frage unter den politischen Gruppen Einigkeit bestehe, sei aber ein Großteil der Bevölkerung gegen die Existenz der US-Truppen im Irak. Aus diesem Grunde können, so Masum, die politischen Gruppen ihre Meinung nicht offen kundtun.

Die Kurden seien in dieser Frage aufrichtig, denn ein vorzeitiger Abzug könnte im Irak zu Auseinandersetzungen, ja sogar zu einem regionalen Konflikt führen.



Süleymania: Soziale Aufstände gegen Korruption und Vetternwirtschaft der südkurdischen Regierung. Foto: DIHA

Muhammed Sadun Sahyud von der Rechtsstaatsliste Nuri Al-Malikis spricht sich dafür aus, dass die Truppen dem Abkommen gemäß abziehen sollten. Er ist der Meinung, die Sicherheit des Irak können die Iraker selbst gewährleisten. Vor diesem Hintergrund würde ein Hinausschieben des Abzugs zu Problemen führen, so Sahyud.

Dieses kurze Stimmungsbild belegt, dass der Abzugskalender im Irak schon jetzt zu einer Spaltung geführt hat. Ob die US-Administration mit der Al-Maliki-Regierung eine neue Übereinkunft trifft oder ob das irakische Parlament sich mit dieser Frage befasst, ist noch ungewiss. Wenn man die Kräfteverhältnisse im irakischen Parlament betrachtet, kann angenommen werden, dass nur sehr wenige der schiitischen Vertreter für die Verlängerung der Abzugsfrist stimmen werden. Aus diesem Grund wird die Obama-Regierung in erster Linie wahrscheinlich den Weg einer Übereinkunft mit der irakischen Regierung suchen. ♦

Konferenz „Dersim 1937–38“ beim Europaparlament in Brüssel fordert Aufarbeitung der Massaker und Ende der Diskriminierung

Wahrheit und Gerechtigkeit für die Opfer

Edgar Auth, Journalist

Eine Anfrage nach dem Begriff „Dersim“ bei google.de führt zu vielen Fußballvereinen, die diesen Namen tragen. Deren Websites berichten über Spielergebnisse, Auf- und Abstieg der Mannschaften und entlassene oder neu gewählte Vorstände. Auf den ersten Blick handelt es sich dabei um ganz normale Darstellungen aus den Vereinsaktivitäten von Menschen, deren Leben in ihrer neuen Heimat sich kaum von dem ihrer Nachbarn unterscheidet. Nur der Name jener Kurdenregion in der Südosttürkei, die ja offiziell seit 1935 Tunceli heißt, weist auf einen tieferen Zusammenhang hin. Die Menschen wollen und können diesen Namen nicht vergessen. Es scheint, als ob sich Stolz und Trauer, aber auch Beharrlichkeit und Sehnsucht in dieser Namenswahl kundtun.

Diese Sehnsucht und Beharrlichkeit kam bei der 4. Konferenz „Dersim 1937–38“ beim Europaparlament in Brüssel deutlich zum Ausdruck, zu der kürzlich mehr als 120 internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer angereist waren. Der Untertitel beschrieb Programm und Absicht der Konferenz: „Zum 74sten Jahrestag des türkischen Dersim-Massakers untersucht diese internationale Konferenz die Bedeutung der Ereignisse und sucht Gerechtigkeit für die Opfer und ihre Familien.“

Zum Auftakt sprach der Schriftsteller Haydar Işık, der aus Dersim stammt. Der heute 74-Jährige lebt im Bewusstsein eines Traumas, das sich durch die Erzählungen seiner Mutter auf ihn übertrug und das er in seinen Büchern verarbeitet. Eines seiner Geschwister wurde damals verschleppt. Er schildert die Spuren in seinem und im Bewusstsein der Menschen aus Dersim und deren Wunsch nach Wahrheit, Aufarbeitung und Bewältigung des Traumas.

Ali Köylüce, der Präsident der Demokratischen Föderation der Aleviten (FEDA) zog eine aktuelle Parallele: Die britische Königin Elisabeth II., die zum Zeitpunkt der Konferenz gerade in Irland weilte, habe die Toten im Irland-Konflikt bedauert. Warum kann der türkische Staat nicht dasselbe tun, fragte Köylüce. Es gelte, die eigene Geschichte in einer Atmosphäre der Freundschaft wahrzunehmen, und er hoffe, dass die türkische Regierung diesen Appell aufnehmen werde.

Der FEDA-Präsident widmete sich auch der historischen Bewertung des Blutbads von 1937/38. Die türkische Republik habe die Assimilierungspolitik der Osmanen übernommen, speziell was die Kurden und Kizilbash [„*Rotköpfe*“] angehe. In Dersim sei ein „systematisches Programm der Massaker und Zerstörung“ geplant und durchgeführt worden. Die türkische Republik habe nur eine Ideologie in ihrem Land dulden wollen. Aus ähnlichen Gründen habe der türkische Staat auch das Massaker von Sivas 1993 akzeptiert, bei dem 37 Menschen, meist kurdisch-alevitische Schriftsteller, Musiker und Intellektuelle, ums Leben kamen. Köylüce forderte, die Assimilierungspoltik zu stoppen und die eigenen Wurzeln und die Identität anzuerkennen.

Dem pflichtete Lothar Bisky, der Fraktionsvorsitzende der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) bei. Demokratie hänge vom Eingeständnis der Vergangenheit ab, sagte der Parlamentarier aus Deutschland. Bei den Massakern von Dersim 1937/38 seien nach offiziellen Angaben 12 000 Menschen ums Leben gekommen. Inoffizielle, meist kurdische Quellen sprechen von 60 000 bis 70 000 Opfern. Über 10 000 seien vertrieben und zwangsumgesiedelt worden. Bisky wies auf die Verantwortung Europas für diese Verbrechen hin. „Dem türkischen Regime wurde freie Hand gelassen“, sagte er. Seine Partei sei für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, aber nur unter der Bedingung einer friedlichen Lösung des Kurdenproblems.

Fast alle Redner auf der Konferenz stellten die Ereignisse von Dersim 1937/38 in einen größeren historischen Zusammenhang. Es habe bereits 1876 erste militärische Operationen gegen die alevitischen Kurden in Dersim gegeben, sagte Nurşen Gürboğa von der Marmara-Universität in Istanbul. 1930 habe dann der Staat eine Datensammlung aus der Zeit des Sultans Abdulhamid von 1896 übernommen und korrigiert. Eine Liste der dort lebenden Stämme sei aufgestellt worden, mit dem Ziel effektiverer staatlicher Kontrolle. Laut einer offiziellen Beschreibung habe der Staat in dieser unzivilisierten Region nicht regiert und deshalb Dörfer neu ordnen wollen. 1935 sei dann der Name geändert worden. Aus Dersim (Silberne Tür) wurde Tunceli (Bronzene Faust), eine

Bezeichnung, die Programm werden sollte. Nurşen Gürboğas Einschätzung nach handelte es sich um eine „orientalistische und kolonialistische Praxis“, bei der der damals moderne türkische Staat seinen imperialistischen Charakter offenbart habe. Dieser Staat habe nicht Demokratie, sondern Dominanz angestrebt. Die damaligen Premierminister Ismet Inönü und Mahmut Celal Bayar hätten verschiedenen politischen Richtungen angehört und die Kurden in Dersim aus verschiedenen Gründen verfolgt. Zum einen habe deren alevitische Religion nicht zum Alleinvertretungsanspruch der sunnitischen Mehrheit gepasst. Nur Moslems sollten Bürger sein. Zum anderen habe der türkische Staat die spezielle Lebensform der Dersimler, ihre Naturverbundenheit und die Stammesgesellschaft nicht akzeptiert. Dieser Staat habe ein anderes Modell seiner Bürger gehabt.

Die Journalistin Ayşe Saraç ergänzte, was die Schlussfolgerung daraus war: Die Bürger Dersims wurden vor die Wahl gestellt, die türkische Staatsdoktrin zu akzeptieren, oder der Staat würde ihre Gesellschaft zerstören und die Menschen deportieren. Haydar Işık wies darauf hin, dass die internationale Lage Mitte der 30er Jahre für die gewaltsame Gleichschaltungspolitik der Kemalisten, mit der sie ein Land mit nur einer Sprache und einer Kultur verwirklichen wollten, günstig gewesen sei. Die Weltöffentlichkeit habe nach Guernica im Baskenland geschaut, wo die deutschen Faschisten ihren spanischen Gesinnungsgenossen bei deren blutigem Feldzug beistanden. In Europa bestimmten die beginnende Judenverfolgung der Nationalsozialisten und die wachsende Kriegsgefahr das öffentliche Denken. Niemand blickte nach Dersim.

Aus Dersim (Silberne Tür) wurde Tunceli (Bronzene Faust), eine Bezeichnung, die Programm werden sollte.

Die türkischen Repressionspläne kamen den Bewohnern Dersims vorab zu Ohren, und sie reagierten 1937 mit einem Aufstand, angeführt von Seyid Riza. Dies lieferte der türkischen Armee erst recht den Anlass zu ihrem gnadenlosen Vorgehen. Riza wurde bereits 1937 festgenommen, in einem Nacht- und Nebel-Prozess zum Tode verurteilt und umgehend hingerichtet. Trotzdem setzte die türkische Armee ihren Feldzug 1938 fort und dezimierte die Bevölkerung. Dabei wurden auch kurdische Stämme angegriffen, die mit dem Aufstand gar nichts zu tun hatten. Die dahinter aufscheinende Uneinigkeit unter den kurdischen Stämmen wurde auf der Konferenz zu wenig thematisiert. So berichten Historiker über die Teilnahme alevitischer Kurden an der Niederschlagung des kurdischen Scheich-Said-Aufstandes. Im Gegenzug sollen sich dann sunnitische Kurden am Feldzug gegen ihre alevitischen Brüder beteiligt haben. In Haydar Işıks Buch „Die Vernichtung von Dersim“ wird dieser Aspekt deutlich angesprochen.

Eine kleine Kontroverse entspann sich um die Frage der Bewertung Kemal Atatürks. So forderte die Journalistin Nuray Mert, das „größere Bild zu analysieren“. Sie bezweifelte, ob man Atatürk zu seiner Zeit als den Diktator schlechthin betrachten könne. Ein Diskussionsteilnehmer aus dem Publikum warf ihr vor, dies sei „weißes Denken“, das der türkischen Sichtweise zu nahe komme. Andere Beiträge wiesen auf die zerstörerische Planung neuer türkischer Staudämme am Munzur-Fluss hin, durch die erneut Leben, Identität und die Natur der Region negiert würden.

Alle Redner waren sich einig, dass die internationale Gemeinschaft und speziell Europa stärker auf die Türkei einwirken solle, sich dem Thema Dersim und den Ereignissen von 1937/38 zu stellen und sie aufzuarbeiten. Dazu verwies Barry A. Fisher, Rechtsanwalt und Menschenrechtsexperte aus den USA, auf eine Resolution des Europaparlaments von 2007. Darin wird Japan aufgefordert, die in Korea begangenen Verbrechen im Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg einzugestehen und die Verantwortung für ethnische Säuberungen und Massaker zu übernehmen, wie Fisher referierte. Damals forderte das EU-Parlament „die japanische Regierung zur formellen, eindeutigen und unmissverständlichen Anerkennung, Entschuldigung und Übernahme historischer und rechtlicher Verantwortung“ auf.

Ähnliches sollte auch wegen der Dersim-Massaker gegenüber der Türkei beschlossen werden, regte Fisher an. Er räumte ein, dass dies wegen des Status der Türkei als EU-Beitrittskandidatin schwieriger sei als im Falle Japans. Erstrebenswert und gerechtfertigt sei es aber dennoch.

In ihrer Schlussresolution rief die Konferenz dann unter anderem „die EU dazu auf, die Bildung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission zu einer Bedingung der EU-Vollmitgliedschaft der Türkei zu machen, damit die Türkei sich ihrer Geschichte stellt und sie aufarbeitet“. Das Europaparlament solle dazu die Initiative ergreifen. Alle nationalen Parlamente, aber auch die UNO sollten intervenieren, „um die Wahrheit in Dersim im Jahre 1937/38 aufzudecken“. Gleiches wird vom türkischen Parlament verlangt. Zugleich solle die Türkei „sich von der Politik distanzieren, die zur ethnischen, kulturellen und sexistischen Diskriminierung, Assimilation und Genozid führen und zu diesem Zwecke gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen ergreifen“. Die Umbenennung Dersims solle rückgängig gemacht werden. Schließlich werden alle Menschen dazu aufgerufen, „sich aktiv gegen die Umweltzerstörung durch Staudämme zu engagieren, die eine modernisierte Form der alten Politik darstellen“. ♦

Schluss mit dem systematischen Krieg gegen Frauen – Stoppt den Feminizid!

Tevgera Jinên Kurd ya Ewrupê – Kurdische Frauenbewegung in Europa, Juni 2011

KADIN KIRIMINA HAYIR

Seit dem Jahr 2008 hat die kurdische Frauenbewegung eine Reihe an Kampagnen initiiert, mittels derer sie verschiedene Formen von Gewalt gegen Frauen thematisiert und bekämpft. Ziel dieser Kampagnen ist es, anhand eines konkreten Themas die systematische Gewalt gegen Frauen ans Tageslicht zu bringen, den Widerstand gegen patriarchale Unterdrückung zu organisieren und gemeinsam für gesellschaftliche Veränderung zu kämpfen. Zunächst unter dem Motto *„Stoppt Frauenmorde – Keine Morde im Namen der Ehre!“*, dann mit der Losung *„Wir sind Frauen. Wir sind niemands Ehre. Unsere Ehre ist unsere Freiheit!“* und schließlich im Jahr 2010 unter dem Titel *„Unser Freiheitskampf wird der Vergewaltigungskultur ein Ende bereiten!“* erstellten sich Frauen in allen vier Teilen Kurdistans und der Diaspora ihre eigene Tagesordnung. Hunderttausende Frauen beteiligten sich an Demonstrationen, lokalen Kundgebungen, Seminaren und Aktionen. Im Rahmen dieser Kampagnen lösten kurdische Frauen weitreichende politische und gesellschaftliche Diskussionen aus: Das patriarchale Verständnis von der Frau als „Ehre“ und Besitz des Mannes sowie die Vergewaltigung als Instrument der Herrschaftsausübung, die mit der Ausbeutung, Vereinnahmung und Fremdbestimmung von Frauen einhergeht, wurden entlarvt und geächtet.

Bei der Auswertung dieser Kampagnen zog die kurdische Frauenbewegung insgesamt ein positives Fazit. Jedoch kam sie zu dem Entschluss, die Kontinuität und eine stärkere internationale Vernetzung des anti-sexistischen Kampfes über eine Erweiterung der Kampagne zu gewährleisten. Daran anschließend, gab die kurdische Frauenbewegung am 8. März 2011 unter der Devise *„Stoppt den Feminizid!“* den Start zu einer weiteren Kampagne. Denn Frauenmorde und Vergewaltigungen, die vielschichtige Gewalt gegen Frauen, die Frauen aufgrund ihres Geschlechtes das Recht auf Leben und Selbstbestimmung abspricht, tragen das Ausmaß eines systematischen, ideologischen und physischen Krieges.

Was bedeutet Feminizid? | Der Begriff Feminizid ist angelehnt an die lateinischen Wörter *femina*, d. h. „Frau” und *caedere*, d. h. „töten“. 1976 definierte die südafrikanische Feministin Diana Russel den Begriff Femizid als „die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, zumeist durch Männer”. Die Terminologie Feminizid wurde in den letzten 20 Jahren wiederum von Frauen in Mexiko, Guatemala, Indien und anderen Ländern aufgegriffen, um die Hintergründe für die systematische und massenhafte Tötung von Frauen aufzudecken. Frauen in Mexiko und Guatemala organisierten in diesem Kontext Widerstand gegen die Verschleppung, Vergewaltigung und grausame Ermordung tausender von Frauen sowie die frauenfeindlichen Strukturen in Staat und Gesellschaft. So setzte die mexikanische feministische Politikerin Marcela Lagarde den Begriff *Feminizid* im Zusammenhang mit politischen Forderungen auf die Agenda Lateinamerikas. In Indien und China griffen Frauenrechtsaktivistinnen den Begriff Feminizid vorrangig auf, um gegen die gezielte Abtreibung weiblicher Föten im Zuge der pränatalen Geschlechtsbestimmung und die Ermordung neugeborener Mädchen zu protestieren. Mädchen werden beseitigt, da sie der patriarchalen Ideologie entsprechend – im Gegensatz zu Jungen, die als Stammeshalter der Familie gefeiert werden – als „soziale und ökonomische Belastung“ für die Familie wahrgenommen werden. Deshalb „fehlten“ laut Angaben der Vereinten Nationen heute ca. zwei hundert Millionen (!) Mädchen und Frauen auf der Welt. Das heißt, die geschlechtsspezifische Selektion hat mehr Frauen das Leben gekostet als Menschen in allen Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammengerechnet getötet wurden.

Die kurdische Frauenbewegung will mit der Kampagne *„Stoppt den Feminizid!“* nicht allein die massenhaften physischen Frauenmorde thematisieren. Feminizid umfasst körperliche, geistige, ökonomische und strukturelle Gewalt, die damit einhergeht, Frauen ihrer Lebensgrundlage und Entwicklungsmöglichkeiten zu berauben. Feminizid ist in allen Gesellschaften existent und betrifft alle Frauen unberücksichtigt ihres Alters, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, sexuellen oder kulturellen Hintergrundes. Feminizid ist ein globales Phänomen. Jedoch ist der Begriff – auch im feministischen Diskurs – umstritten. Auch ist Feminizid im Gegensatz zum Genozid, d. h. dem Völkermord, international noch nicht geächtet.

Genozid und Feminizid | Genozide waren nach den Schrecken des Holocaust von den Vereinten Nationen folgendermaßen definiert und werden mit der Resolution vom 9.12.1948 seither als Verbrechen gegen die Menschlichkeit sanktioniert. Dieser Resolution zufolge bedeutet Genozid *„eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe; (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die*

geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe."

Wenn wir uns die Definition und Kategorien von Handlungen vor Augen halten, die als Genozid verurteilt werden, so lässt sich feststellen, dass infolge des Sexismus Frauen mit vergleichbaren Verbrechen konfrontiert waren und sind. Geschichtlich gesehen sind Frauen mit einem 5 000-jährigen Feminizid konfrontiert. Dieser begann mit der gewaltsamen Durchsetzung patriarchaler Herrschaft. Mythologien zeugen von dieser ersten Phase des Feminizids, die mit der Beschlagnahmung des kollektiven, gesellschaftlichen Eigentums durch Herrschaftseliten, mit Vergewaltigungen und Kriegen, mit der institutionalisierten Versklavung von Frauen in der Familie und im Staat einherging. Später bildeten die monotheistischen Religionen die ideologische Rechtfertigung für den Feminizid, wie beispielsweise für die Hexenverbrennungen und die Inquisition, in deren Zuge Millionen von Frauen im mittelalterlichen Europa ermordet wurden. Somit bildete der Feminizid eine Vorstufe für den Genozid, den mit dem Aufkommen des Nationalismus, Kolonialismus und Nationalstaatenbildung systematisch durchgeführten Völkermord. Einer der ersten Genozide war der Völkermord an den Armeniern zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Im Kapitalismus wurde der Feminizid unter dem Schein angeblicher „individueller Freiheiten" verschleiert und noch mehr perfektioniert: Indem Frauen zur Ware gemacht werden, werden Frauen Lebensbedingungen auferlegt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Jährlich werden zwischen 700 000 und 2 Millionen Frauen neu in die Netzwerke von Pornoindustrie und Frauenhandel gezwängt, wobei 73 % aller Prostituierten sexualisierte Gewalt oder Folter erlebt haben. Die Vermarktungsstrategien, die Diktate von sexistischen Schönheitskults und der Modeindustrie erzeugen Krankheiten wie Bulimie oder Magersucht, führen zur Selbstentfremdung und fügen Frauen schwere körperliche und seelische Schäden zu. Verschiedene Untersuchungen haben ergeben, dass weltweit 32 % der Mädchen im Kindesalter durch Familienmitglieder sexualisierte Gewalt erfahren mussten. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass ca. 700 Millionen Frauen und Mädchen in ihrem Leben zumindest einmal vergewaltigt wurden. Vergewaltigung ist der unmittelbare Ausdruck patriarchaler Herrschaft. Vergewaltigung wird in Form von sexualisierter Gewalt sowohl durch staatliche und militaristische Kräfte zum Brechen des Freiheitswillens und -kampfes als Kriegswaffe eingesetzt als auch in der patriarchalen Gesellschaft und Familie, um die Persönlichkeit und den Willen von Frauen zu brechen und sie zum Eigentum zu machen. Das heißt, Vergewaltigung geht mit Ausbeutung, Vereinnahmung, Beschlagnahmung, Fremdbestimmung und Kolonialisierung auf der Grundlage sexistischer und militaristischer Ideologien einher. Der Kern und die Quelle dieser patriarchalen Ideologie sind hierarchisch, staatliche Denkweisen und Machtstrukturen, die Menschen und insbesondere Frauen zu Objekten degradieren. Diese Vergewaltigungskultur, die jeden Lebensbereich durchdringt, ist ein immanenter Bestandteil des Feminizids.

Ein weiteres Beispiel für das Ausmaß des Feminizids ist, dass weltweit mehr Frauen im Alter zwischen 14 und 44 Jahren durch Männergewalt sterben als durch Unfälle, Krankheiten oder Kriege. Dabei werden 70 % aller ermordeten Frauen durch ihre Partner, bzw. Ex-Partner ermordet. Jedoch wird der Feminizid auch in Kriegen in Form von Massenvergewaltigungen und -morden an Frauen als eine spezifische Waffe eingesetzt. Erstmals wurden zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Massenvergewaltigungen von Frauen in den Kriegen in Bosnien und in Ruanda als Kriegsverbrechen vor internationalen Gerichtshöfen verurteilt. Jedoch wurden diese sexualisierten Verbrechen, die Frauen nur auf Grund ihres Geschlechtes zugefügt werden, nicht ausdrücklich als geschlechtsspezifische Verfolgung und Feminizid völkerrechtlich definiert und verurteilt.

Gemeinsam gegen den Feminizid | Weiterhin beabsichtigt die kurdische Frauenbewegung im Rahmen der Kampagne, die geschichtlichen Wurzeln, die regionalen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der patriarchalen Gewalt noch besser aufzudecken. Hierbei ist ein Ziel eine, gemeinsam mit Frauen aus verschiedenen Ländern, Definition des Begriffes Feminizid zu erarbeiten, die nützlich ist, das Ausmaß patriarchaler Gewalt und Herrschaft zu erfassen und wirksame Strategien zu seiner Überwindung zu entwickeln. Dies sieht die kurdische Frauenbewegung als einen wichtigen Schritt, sich gegenüber den Angriffen zu verteidigen, die das Selbstbestimmungsrecht, das Leben und die Gesundheit von Frauen bedrohen. Die eigenständige Organisierung von Frauen, ihre Stärke, ihre Aktions- und Politikfähigkeit, werden die Richtung der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im Mittleren Osten, in Kurdistan, der Türkei, in Syrien, Iran und im Irak entscheidend beeinflussen. Mit dem Bewusstsein, dass die Frauenbefreiung in engem Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Befreiung steht, ist der Kampf gegen den Feminizid ein Fundament für den Aufbau der Demokratischen Autonomie, der sich derzeit in Kurdistan vollzieht. Die kurdischen Frauen, die sich in Frauenräten, Fraueneinrichtungen, Gewerkschaften und politischen Parteien wie der Partei für Frieden und Demokratie BDP oder dem „Wahlblock für Arbeit, Freiheit und Demokratie" organisieren, sind sich bewusst, dass sie dem Feminizid seinen Nährboden entziehen müssen, um ihn stoppen zu können. Dies bedeutet, dass der Aufbau einer demokratisch-ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft mit einem radikalen Bruch mit allen sexistischen Ideologien und patriarchalen Herrschaftsstrukturen einhergehen muss. Damit beinhaltet die Kampagne *„Stoppt den Feminizid!"* zugleich den Aufruf, von einem Frauenstandpunkt aus, eine alternative Politik und alternative Lebensmodelle zu entwickeln.

Die Kampagne *„Stoppt den Feminizid!"* kritisiert die patriarchal geprägte, ungerechte internationale und nationale Rechtsprechung und fordert die Ächtung des Feminizids als Verbrechen gegen die Menschlichkeit parallel zum Völkermord. ♦

Reisebericht einer Delegation aus Hamburg

Newroz in Südkurdistan

Anita Friedetzky

Um mit der kurdischen Bevölkerung zusammen Newroz zu feiern und um deren Situation vor Ort kennenzulernen, besuchte eine 10-köpfige Hamburger Delegation vom 19. bis zum 26. März mehrere Orte und Einrichtungen im von der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) kontrollierten Teil Südkurdistans. Sie sprach mit Zivilpersonen, aber auch mit VertreterInnen der kurdischen Guerilla, die vor Ort als –wenn auch überwiegend immer noch zähneknirschend anerkannter – Teil der Autonomen Region Kurdistan im Irak ein ca. 70 qkm großes Terrain nahe der iranischen Grenze sichert. Nach wie vor in erster Linie von türkischer Seite durch militärische Angriffe massiv bedroht, versuchen die Menschen – und allen voran die Frauen – in dem teilweise schwer zugänglichen Gebiet eine alternative basisdemokratische und antipatriarchale solidarische Gemeinschaft nach dem Modell des Demokratischen Föderalismus aufzubauen.

Über Hawler (Arbil) ging es in das Flüchtlingslager Maxmur, das mitten in der Wüste liegt, und dann in die Qandil-Berge, die bis zu 3 700 m hoch sind. Immer wieder von Militärposten der Demokratischen Partei Kurdistans PDK (Barzani) oder der Patriotischen Union Kurdistans YNK (Talabani) angehalten. Teilweise sogar recht freundlich. Es war spürbar, dass zumindest Einzelne auch hier mit der PKK sympathisieren.

Blühende Wüste

In Maxmur waren wir im dortigen Gästehaus untergebracht – und außer uns noch 200 weitere Gäste, die von überall her zu Newroz angereist waren. Obwohl das Trinkwasser täglich von außen ins Lager transportiert werden muss und das Grundwasser noch nicht einmal zum Wäschewaschen taugt, besitzt das Gästehaus Duschen und alles Notwendige. Seit 1998 sind ca. 12 000 Menschen in Maxmur untergebracht. Die meisten von ihnen seien aus dem im türkischen Teil Kurdistans gelegenen Botan durch Militär vertrieben worden, erklären sie uns. Anfangs hätten sie noch in einem Lager in Mossul gelebt. Dort sei es von den Lebensbedingungen her noch besser gewesen. Als sie auch von dort vertrieben und hier inmitten der Wüste „angesiedelt“ wurden, seien 60 Personen durch Skorpione getötet worden. Ein Lagerbewohner sei verdurstet. So die bittere Bilanz. „Wir sollten hier zugrunde gehen; das war ihr Plan“, erzählt uns einer, der beim Kampf um Kurdistan sein Bein verloren hat. Aber der Plan ging nicht auf. Wie aus dem Nichts haben sie eine Lagergemeinschaft aufgebaut, die nicht nur den Menschen in den umliegenden Regionen großen Respekt abtrotzt. Das Lager sei, so der Freund, „ein kleines KCK-Modell“ [*Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan*]. Selbst die UNO, unter deren offizieller Ägide das Camp steht, habe Maxmur als das von allen Camps am besten organisierte bezeichnet. Die Menschen hier hätten begriffen, dass sie aus politischen Gründen vertrieben wurden.

Die UNO gebe nur ein Minimum, „um nicht zu verhungern“. Ohne jede finanzielle Unterstützung von außen müssten die Flüchtlinge selber sehen, woher sie das Geld zum Leben bekommen. Es gebe sowohl Kollektive als auch eine Reihe privater Läden, die ihre Produkte verkaufen. Dem basisdemokratischen Ansatz entsprechend könnten die Menschen dies jeweils nach ihren Bedürfnissen entscheiden. Auf unserem Gang durchs Camp über die sehr sauberen Sandwege, vorbei an den Mauern und Zäunen der immer einsehbaren Grundstücke, sehen wir zufrieden meckernde Ziegen in den Innenhöfen vieler Häuser, Gärten, in denen Gemüse und Obst angebaut wird, werden wir von stolzen Besitzern in Läden geführt, in denen von Seife über Kleidung bis hin zu Handykarten und Essbarem alles vorhanden ist.

Der größte Stolz aber ist ihr Bildungssystem. Es besteht Kindergartenpflicht und für jedes Kind gibt es zumindest die Möglichkeit, im Camp die Hochschulreife zu erlangen. Die gemeinsame Sprache ist Kurdisch, Arabisch und andere Sprachen werden zusätzlich gelernt. 400 StudentInnen aus Maxmur qualifizierten sich augenblicklich weltweit an Universitäten. Einige von ihnen kämen u. a. als ÄrztInnen oder LehrerInnen zurück, um im Lager zu arbeiten.

Vor dem neu errichteten Rathaus steht eine von einem Kunststudenten aus Maxmur geformte Figur, die eine Mutter mit ihren Kindern auf der Flucht zeigt. Die Frauen in Maxmur sind respektiert und dementsprechend selbstbewusst. „Wir machen die meiste Arbeit!“, sagen sie. Ohne sie und ihre Tatkraft würde diese Wüsten-Oase nicht einmal halb so üppig blühen. Ob im Frauenzentrum, das ein Bildnis der Göttin Ischtar [*mesopotamische Göttin*] über seinem Eingang schmückt, oder in den Familien – überall geben sie den Ton an. Für viele scheint das, was Abdullah Öcalan von Frauenbe-

freiung schreibt, bereits nicht mehr nur Theorie zu sein. Das starke Gewicht des Frauenrates innerhalb der Camp-Gemeinschaft ist nur ein Ausdruck davon. Spontane Gespräche mit Frauen in unterschiedlichen Situationen überzeugen uns darüber hinaus.

Trotz aller Vorbildlichkeit jedoch sind es auch die Frauen, die aus dem Kräfte saugenden Provisorium „Flüchtlingscamp" rauswollen. „Wir wollen zurück nach Botan", meint eine mit aller Entschiedenheit. Sie hatte uns spontan auf einen Tee ins Haus gebeten. Zwei ihrer Töchter sind bei der Guerilla in den Bergen. Der Sohn serviert uns den Tee. Offenbar auch kein Einzelfall mehr. Nur wer die traditionelle kurdische Familie kennengelernt hat, weiß, wie groß der soziale Schritt nach vorn ist, der hier offenbar vollzogen wurde.

Der große Dorfplatz des Camps füllt sich denn auch bei der Newroz-Feier mit Jung und Alt, Frauen und Männern bunt gemischt. Leider verstehen die meisten von uns gar kein Kurdisch und zu wenig Türkisch. Aber die Szenen auf der Bühne, ein professioneller Wechsel zwischen Freud und Leid, dargeboten von im Camp aufgewachsenen Künstlerinnen und Künstlern, sind auch ohne Worte zu verstehen: Die Repression in Form gefolterter Guerrilla-Kämpfer bei deren Verhören, das Aufbäumen und Anwachsen des Widerstands dagegen auf der einen Seite – auf der anderen Seite der lange Weg gesellschaftlicher Veränderung hin zu einer wirklich egalitären Gemeinschaft. Eindrucksvoll und Letzteres auch humorvoll spielen die SchauspielerInnen die langjährige Erfahrung von Kampf und Überzeugungsarbeit nach. Besonderes Vergnügen bereitet ein Mann, der als Frau verkleidet zum Arzt geht … Und zwischendurch Musik und Tanz.

Wir werden zu einem Haus geführt, in dem all derer gedacht wird, Frauen wie Männer, die bei Kämpfen ums Leben kamen. Die Wände sind hoch und übersät mit Fotos. Unsere Begleiterin zeigt auf eines: „Das ist mein Bruder", sagt sie und: „Es gibt hier in jeder Familie Gefallene."

Nicht nur geografisch ist die Umgebung des selbstverwalteten Camps unwirtlich. Was Ideologie und Selbstverständnis angehe, seien die von der PDK Barsanis und der YNK Talabanis beherrschten Teile völlig konträr zu dem, was die CampbewohnerInnen lebten. Es gäbe zwar „Versuche gemeinsamer Schritte", aber den USA und der Türkei gegenüber verhielten sie sich loyal. Allein die Gemeinsamkeit „kurdisch" reiche nicht aus. Nach außen scheinbar liberal auftretend, seien die PDK- und YNK- Regionen noch von Stämmen beherrscht. Zudem, davon können wir uns in der Folgezeit selbst, vor allem in Hawler (Arbil), überzeugen, feiert die McDonalds-Wirtschaft, kraftvoll von türkischen „Investoren" flankiert, fröhliche Urständ. Die berühmte Schere zwischen Arm und Reich klafft dort unübersehbar auseinander und manifestiert sich u. a. in prunkvollen Konsumtempeln in den Zentren und Elend ausstrahlenden hässlichen Hochhäusern am Rande der Städte.

Die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) in der Türkei habe als Zeichen einer angeblich demokratisch veränderten Kurdenpolitik die Flüchtlinge aufgefordert, zurückzukommen. Aus Maxmur und den Qandil-Bergen seien daraufhin einige dieser Einladung gefolgt. Mit großem Medienrummel seien sie empfangen – und dann nach wenigen Monaten festgenommen worden. Die nicht Festgenommenen seien daraufhin wieder zurückgeflohen. Die Mehrheit der Menschen „auf beiden Seiten" wolle Frieden, aber die Türkei sei offensichtlich noch nicht bereit dazu.



Ausstellung der Kurdistan Hilfe Hamburg über die Newroz-Reise nach Südkurdistan im Altonaer Rathaus Fotos: ISKU

Ganz zu Anfang habe es im Camp ein UNO-Büro gegeben. Inzwischen entscheide die Selbstverwaltung alle Fragen autonom. So gebe es keine Waffen und es dürfe auch niemand mit Waffen rein. „Hier hat kein Soldat Zutritt!", sagt einer der Verantwortlichen vom Gästehaus. Maxmur ist also waffenfreie Zone. „Aber Maxmur ist nur so respektiert, wie die PKK respektiert ist", fügt er hinzu, wirklicher Friede sei nach wie vor noch nicht in Sicht.

Newroz an der Autobahn

In aller Herrgottsfrühe brechen wir Richtung Qandil-Berge auf. Der Taxifahrer fährt einen ausgesprochen heißen Reifen. Irgendwann hören wir auf, die Grenzkontrollen zu zählen, die wir durchlaufen müssen. Und der Verkehr wird vor allem um Städte herum immer dichter. Es ist Newroz. Alle Autos übervoll. Mit Kind und Kegel und entweder PDK- oder YNK- oder Kurdistanfahnen an ihren Fahrzeugen sind die Leute unterwegs zum Picknick ins Grüne. Irgendwann fahren die PKWs in fünf Reihen nebeneinander her auf einer einspurigen, manchmal zweispurigen Straße. Dennoch passiert kein Unfall. Alle sind gut gelaunt, auch wenn sie stundenlang im Stau stehen. Viele singen, bringen das Auto zum Schwanken. Laute Musik aus Verstärkern mischt sich mit dem Ruf aus den Muezzin-Konserven von den Minaretts. Bei den Moscheen an den Straßen gibt es Toiletten. In stundenlangen Staus die einzige Rettung. Die meisten von uns sind nicht mehr die Jüngsten – und unsere Blasen auch nicht. Die kurdischen IrakerInnen oder die irakischen KurdInnen amüsiert unsere zeitweilige Eile. Sie lachen uns an (nicht aus) und winken. Was für ein gutes Gefühl es ist, willkommen zu sein!

Jeder Baum und jeder Grasflecken sind begehrte Ziele. Decken, Essen, Trinken – der halbe Haushalt wird ausgebreitet. Tee wird gekocht. Und zur Krönung des Festes wird getanzt. Der Staub der vorbeiziehenden Blechlawine scheint dabei niemanden zu stören. Hauptsache freier Himmel und gute Stimmung! Unsere Fahrt ist gesäumt von feiernden Gruppen am Straßenrand.

Unser Ziel ist das große Fest der KCK in einem weiten Tal, umrahmt von den Qandil-Bergen. Ein paar Kilometer vorher müssen wir unsere Taxen verlassen. Es ist kein Durchkommen mehr. Ein Bus reiht sich an den anderen, der PKW-Stau scheint sich nicht mehr auflösen zu wollen. Bewaffnete PKKlerInnen – ein seltsam ungewohnter Anblick – versuchen vergebens, den chaotischen Verkehr zu regeln. 20 000 Menschen sollen im Laufe des Tages auf den Festplatz und wieder rausgeströmt sein, erzählen sie uns. Und es gibt nur eine Zufahrt.

Wir ziehen mit unseren viel zu sperrigen Reisetaschen und Rucksäcken querfeldein Richtung Festplatz. Als kleine Vorübung für die später folgende nächtliche Bergtour müssen wir über einen Bach setzen. Es gibt die ersten nassen Füße, was angesichts des kühlen sonnenlosen Wetters nicht angenehm ist, und es wird so schon mal die Kondition getestet. Von einem Hügel aus sehen wir ins Tal, wo von einer großen Bühne Musik und Reden zu hören sind, sehen das Hin und Her der Menschen. Ich nutze das Warten auf einen neuen Begleiter und gehe zum Fuß des Hügels, wo mich eine ältere Kurdin, die mit ihren Söhnen und ihrem Mann da ist, sofort zum Tee einlädt, den sie auf einem kleinen Gaskocher zubereitet. Wir trinken und unterhalten uns im Stehen. Der Boden ist karg und hart. Die Söhne seien zum Newroz-Fest extra aus Europa angereist, erklärt sie mir, bzw. unserem Dolmetscher. Das hören wir später auf dem Platz immer wieder. Aus Großbritannien, aus Skandinavien, aus Deutschland – von überall her sind sie zu ihren Familien geflogen, um mit ihnen Newroz zu verbringen. Unser Flugzeug war voll mit ihnen gewesen. Und selten hatte ich so viele Kinder auf einem Flug gesehen (und gehört). Ein Kurde neben mir hatte stolz erklärt, dass Hawler (Arbil) eine der schönsten Städte der Welt sei und dass wir keine Angst zu haben bräuchten. Im kurdischen Teil gäbe es keine Bombenangriffe oder Selbstmordattentate. Er hatte mir die Visitenkarte eines befreundeten Diskothek- und Restaurantbesitzers gegeben.

Auf dem Festplatz treffen wir das erste Mal Medya. „Doxtor [*Doktor*] Medya" wird sie von allen voller Respekt und liebevoll genannt. Sie war vor 18 Jahren aus Deutschland gekommen, um als Krankenschwester zu helfen. Und sie hilft heute noch, wann und wo immer sie kann. Wir finden sie vor dem Sanitätszelt und können nur wenige Worte mit ihr wechseln, weil sie von Männern wie Frauen geradezu belagert wird. Sie umarmen sie herzlich und klagen ihr entweder ihr Leid oder berichten von ihrer Heilung. Manchmal holen sie sich auch anderen Rat: bei Beziehungsproblemen, bei Problemen mit der Familie oder mit den Behörden. Doktor Medya muss alles wissen. Grüße von den Daheimgebliebenen werden ihr ausgerichtet. Ernsthaft Verletzte, so Medya, habe es bei dem Fest glücklicherweise bislang nicht gegeben. Wir werden sie an einem der nächsten Tage auf ihrer Krankenstation in den Bergen besuchen.

Es beginnt zu regnen. Dichtgedrängt stellen wir uns zu anderen unter das Vordach eines kleinen Ladens. Männer und Frauen verteilen Sonnenblumenkerne oder Süßigkeiten an die Umstehenden. Eine Frau in einem wunderschönen bunten traditionellen Gewand, von denen viele auf dem Fest zu bewundern sind, erzählt mir strahlend, dass auch ihre erwachsenen Kinder in den Bergen kämpften. Sie lebe mit ihrem zwölfjährigen Sohn zusammen und sei glücklich, endlich als Frau im Dorf positiv wahrgenommen zu werden. Das, was Apo schreibe, seien nicht mehr nur Worte, sagt sie. Sie sei selbst in einem Frauenrat. Da könne wirklich jede mitentscheiden und Frau wie Mann würden sich gegenseitig helfen. Mitbestimmung und Demokratisierung seien nicht mehr aufzuhalten. Ein PKW aus ihrem Dorf nimmt sie schließlich bei immer noch strömendem Regen mit. Ihr Sohn ist irgendwo anders. Sie kann entspannt sein. Um die Kinder kümmern sich alle. Da wird nicht zugeschaut, wenn eines in Not sein sollte. ... ♦

Konferenz der Kampagne „TATORT Kurdistan“ im April 2011:

Globalisierte Kriegsführung und geostrategische Interessen der BRD in Kurdistan

Bericht von Elmar Millich

Kurdistan hat für Europa und dabei insbesondere für die BRD eine zentrale geostrategische Bedeutung – nicht nur als wichtigster Absatzmarkt für ihre Rüstungsgüter, sondern aufgrund seiner geostrategischen Lage als Tor zu den rohstoffreichen Regionen des Nahen Ostens und des Kaukasus. Bereits im 19. Jahrhundert bestand daher eine enge Beziehung zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich, weshalb z. B. dem Genozid an den ArmenierInnen im 1. Weltkrieg schweigend zugesehen wurde. Die heutigen Bundesregierungen spielen derweil eine sehr wichtige Rolle bei den kriegerischen Auseinandersetzungen in Kurdistan. Seit sich die kurdische Bevölkerung anfangs der 1980er Jahre erfolgreich gegen ihre Leugnung und Ausbeutung zur Wehr setzt, ist die BRD bei der Aufstandsbekämpfung in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht neben den USA die wichtigste unterstützende Kraft für die Türkei. Um die Situation historisch nachzuvollziehen und aktuell zu analysieren, fand initiiert von der Kampagne „TATORT Kurdistan“ vom 15. bis 17. April 2011 in Köln eine Konferenz unter dem Titel „Globalisierte Kriegsführung. Geostrategische Interessen der BRD in Kurdistan“ statt. Finanziell unterstützt wurde diese Konferenz von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Geostrategie und Historie

Zum Auftakt der Veranstaltung referierte **Murat Çakır**, Kolumnist und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, über die geschichtliche Entwicklung der deutsch-türkischen Beziehungen. Am Anfang seiner Analyse zitierte er den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, dass die Beziehung Deutschlands zur Türkei seit 150 Jahren von einem „strategischen Imperativ“ geprägt sei, der die Unterstützung und Anbindung der Türkei zur Staatsräson erhebe. Ihre geostrategische Bedeutung erhalte die Türkei durch ihre geographische Brückenfunktion zwischen Europa und dem Mittleren Osten. Zunehmende Bedeutung erhalte die Türkei auch durch ihren Einfluss im Kaukasus und in Bezug auf die Gasreserven im Kaspischen Meer. Die Anbindung der Türkei an den Westen erfolgt nach wie vor über ihre NATO-Mitgliedschaft.

Historisch sah sich das Deutsche Reich anfangs des 20. Jahrhunderts vor der Aufgabe, sich in imperialistischer Konkurrenz mit England, Frankreich und Russland um Einfluss im Mittleren Osten zu bemühen. Eine zentrale Rolle für die Anbindung des Osmanischen Reichs an Deutschland spielte der von der Deutschen Bank finanzierte Bau der Bagdad-Bahn. Im 1. Weltkrieg ließ dann auch das Deutsche Reich der Türkei als Kriegsverbündetem freie Hand bei der Ermordung der ArmenierInnen, belegt durch das Zitat des damaligen Reichkanzlers Bethmann-Hollweg: *„Unser einziges Ziel ist die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grund gehen oder nicht.“* Als Fazit zog Murat Çakır den Schluss, dass aufgrund des strategischen Imperativs die deutschen und türkischen EntscheidungsträgerInnen kein Interesse an der kurdischen Autonomiebestrebung hätten, und dass eine Änderung nur von den unterdrückten Völkern selbst herbeigeführt werden könne.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Als nächster Referent stellte **Nebi Kesen**, Diplom-Volkswirt, die wirtschaftliche Verflechtung zwischen BRD und Türkei dar. In der Türkei hat in den letzten Jahren eine starke wirtschaftliche Dynamik stattgefunden, an der vor allem auch die BRD als Exportnation verdient. Aber nach wie vor herrscht in den Wirtschaftsbeziehungen keine Symmetrie, da die Türkei für ihre wirtschaftliche Entwicklung stark von Importen aus Deutschland abhängig ist, während die deutschen Unternehmen auch andere Absatzmärkte beliefern können. Nebi Kesen ging ebenfalls auf die Beziehungen Deutschlands zur kurdischen Autonomieregion im Nordirak ein. Auch hier versuchen Unternehmen und Handelsorganisationen verstärkt Fuß zu fassen. Zusammenfassend lässt sich in Bezug auf die Türkei sagen, dass aus wirtschaftlicher Sicht kein Interesse herrscht, die guten Beziehungen durch übermäßiges Engagement für die kurdische Frage oder Menschenrechte allgemein zu gefährden.



Rüstungsexporte

Im Anschluss beschäftigte sich **Hartmut Ring** vom „Arbeitskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg“ mit dem Thema Rüstungsexporte. Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und Türkei hat zahlreiche Facetten. Zum einen gibt es direkte Lieferungen von fabrikneuem Kriegsgerät wie Fregatten und U-Boote, die mittlerweile als Exportschlager gelten. Hartmut Ring wies darauf hin, dass es sich bei solchen Lieferungen um Systemlieferungen handle, die neben der Hardware auch Einweisung und Wartung enthielten. Eine große Bedeutung für die deutsch-türkische Militärkooperation hat auch der direkte Verkauf überzähliger Waffensysteme direkt durch die Bundeswehr an die türkische Armee, wie etwa beim Kampfpanzer Leopard. Unvergessen blieb im Vortrag auch, dass nach der deutschen Einheit im immensen Umfang Waffensysteme der NVA wie Radpanzer und Gewehre an die Türkei verschenkt wurden. Neben Waffenlieferungen spielen auch Lizenzproduktionen in der Türkei selbst eine große Rolle. So wird die Munition für die von der deutschen Firma Heckler & Koch gelieferten Schusswaffen schon seit längerem in der Türkei selbst hergestellt. Schwierig zu erfassen ist die Lieferung von „dual use“-Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Hierzu zählen Transportfahrzeuge, aber auch Software. Als politischer Ansatzpunkt, um Rüstungsexporte zu verhindern, legte Hartmut Ring nahe, die Bundesregierung mit der gültigen Gesetzeslage zu konfrontieren, die oft viel zu großzügig ausgelegt wird. Um Informationen über aktuelle Waffenlieferungen zu bekommen, können die Internetseiten der einschlägigen deutschen Rüstungsunternehmen hilfreich sein.

Die Rolle der Medien

Die Rolle der Medien sowohl beim Krieg in Kurdistan als auch bei der Repression gegen KurdInnen in Deutschland erläuterte **Brigitte Kiechle**, Rechtsanwältin und Publizistin. Sie wies auf Erfahrungen in den Kriegen gegen Jugoslawien und den Irak hin, in denen die Medien gezielt eingesetzt wurden, um die Kriegsakzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Um die Repression gegen KurdInnen in der BRD nicht als willkürlich, sondern als rechtsstaatlich geboten darzustellen, muss in der deutschen Bevölkerung ein Bedrohungspotential aufgebaut werden, welches die hier lebenden KurdInnen als Gefahr für Sicherheit und Ordnung erscheinen lässt. Damit soll eine Solidarität mit den KurdInnen oder gar gemeinschaftliches politisches Handeln im Keim unterbunden werden.

In Bezug auf die Situation in Kurdistan ist es die Rolle der Medien, die offizielle Sichtweise von Türkei, BRD und NATO auf den kurdischen Konflikt zu vermitteln. Wichtig ist hierbei vor allem, die PKK als terroristische Organisation zu charakterisieren, gegen die sich die Türkei in einem legitimen Antiterrorkampf befindet. Somit lässt sich dann auch die Repression in der BRD begründen. Konsequent wird in den deutschen Medien weder über Kriegsverbrechen der türkischen Armee noch den Einsatz chemischer Waffen oder Übergriffe auf Zivilpersonen berichtet. Ebenso wenig Eingang finden einseitige Waffenstillstände der Guerilla oder politische Initiativen der kurdischen Parteien.

Die Vorgaben der türkischen AKP für regierungsnahe türkische Medien werden auch von den deutschen Medien übernommen. Die Türkei soll wahrgenommen werden als Land auf dem Weg zur Demokratisierung mit Erdoğan als Garanten des positiven Wandels. Dazu wird weiterhin an einem Hauptwiderspruch zwischen AKP und KemalistInnen festgehalten, der gerade in der kurdischen Frage in den letzten Jahren gar nicht mehr existiert. Im Anschluss an das Referat ergab sich eine Diskussion, wie die einseitige Medienberichterstattung durchbrochen werden kann.

Insgesamt konnten in der Konferenz die verschiedenen Aspekte der deutsch-türkischen Zusammenarbeit beleuchtet werden. Dadurch wurde ein tieferes Verständnis dafür gewonnen, aus welcher Motivation heraus Deutschland unabhängig von der aktuellen Regierung bei einer politischen Lösung der kurdischen Frage eher hinderlich als hilfreich ist. Klar war allen an der Konferenz Beteiligten, dass es einen langen Atem braucht, um die festgefahrene Situation sowohl in Deutschland als auch in Kurdistan zu verändern. Die Kampagne „TATORT Kurdistan“ wird sich weiterhin darum bemühen.

Konferenzbeiträge und weitere Hintergrundinformationen unter:
http://tatortkurdistan.blogsport.de/ ♦

Die EZLN konnte weit über die Grenzen Mexikos die Herzen der Menschen erreichen

Ein Gespräch mit Javier Elorriaga, Mitherausgeber der Zeitschrift Rebeldia

Am 1.1.1994 erhoben sich in Mexiko die Zapatisten, um die Jahrhunderte andauernde Unterdrückung und Ausbeutung zu beenden. Ihre Forderungen nach Gerechtigkeit und einer wirklichen Demokratie fanden in der Gesellschaft Mexikos breite Unterstützung. Die *Zapatistische Armee der nationalen Befreiung* EZLN konnte auch weit über die Grenzen Mexikos die Herzen der Menschen erreichen. Anders bei den Regierenden des Landes. Sie bekämpfen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Aufstandsbekämpfung die Bewegung. Die EZLN sucht einen gewaltfreien Weg. Sie streben nicht nach der Macht. Ähnlich wie die kurdische Bewegung setzen sie sich für einen radikalen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse ein und kämpfen für einen demokratischen Prozess, in dem die Bevölkerung ihre Geschicke selbst in die Hand nimmt.

Javier Elorriaga ist Mitherausgeber der Rebeldia, eine der zapatistischen Bewegung nahestehenden Zeitung, die über die Verhältnisse in Chiapas und darüber hinaus berichtet. Sie wird auch in Latein-Amerika gelesen. In Mexiko arbeitet Javier Elorriaga auch für die Kommission der 6. Erklärung aus dem Lakandonischen Regenwald. Die 6. Erklärung ist so etwas wie eine Grundsatzerklärung für die zapatistische Bewegung. Die 6. Kommission organisiert sich nach den Grundsätzen der 6. Erklärung und ist für die Kontakte mit anderen Organisationen und einzelnen Personen zuständig.

Bei einem Besuch in Hamburg nahm Javier Elorriaga die Einladung in den kurdischen Kulturverein an. Wir veröffentlichen einen Teil des Gespräches, das dort geführt worden ist.

Früher hörte man regelmäßig von der zapatistischen Bewegung. Wie ist die heutige Situation in Chiapas? Welchen Status hat die Bewegung?

Die Zapatisten arbeiten auf zwei Ebenen, die eine ist, die Autonomie in ihren Gemeinden weiter auszubauen. Dieser Prozess läuft jetzt seit 18 Jahren. Das andere ist auf mexikanischem Gebiet die soziale Bewegung voranzubringen. Es wird versucht auf beiden Ebenen gleichzeitig zu arbeiten. Um den Kampf zu führen, muss man gegen den Kapitalismus kämpfen und ihn transformieren, ihn verändern. Die zapatistische Bewegung ist allein dafür zu schwach. Sie können diesen Kampf nicht allein führen, und haben auch nicht das Ziel, diesen Kampf allein zu bestimmen. Die zapatistische Bewegung sucht Bündnispartner in anderen gewaltfreien, nicht bewaffneten Bewegungen in Mexiko, um diesen Kampf voranzubringen. Von „Oben", von den Parteien, der Regierung ist nichts Positives zu erwarten. Mit der Regierung, mit den Parteien in Mexiko, arbeitet die Bewegung nicht zusammen. Es wird versucht, die Mehrheit der Menschen in diesen Kampf mit einzubeziehen und nicht von oben zu dirigieren – und nicht bewaffnet. Die Bewegung verbietet aber auch niemanden, bewaffnet zu kämpfen. Aber die Bewegung will anders kämpfen, mit der moralischen Autorität, die die EZLN bringt – das richtige tun und durchsetzen auf friedlichem Weg. „Oben" ist sozusagen alles korrupt, von „Oben" braucht man nichts zu erwarten und von da kommt auch nichts.

Sind denn die Zapatisten selber bewaffnet?

Natürlich, die Bewegung ist bewaffnet. Die EZLN ist eine Volksarmee, aber der bewaffnete Kampf ist nicht die Antwort auf das was der Kapitalismus bringt. Es ist eine Notwendigkeit, man versucht aber politisch zu arbeiten.

Mit welchen Gruppen, Bündnispartner arbeitet die Bewegung zusammen?

Die EZLN ist Mitglied des indigenen Kongresses, das ist ein nationaler Ureinwohnerkongresses, der keine feste Struktur hat. Man setzt sich regelmäßig mit VertreterInnen von 56 indigenen Völkern Mexikos, die zum Ziel, die Verteidigung ihrer Landrechte und ihrer Autonomie haben, zusammen.

Außerdem ist die EZLN auch Teil einer Kampagne, die ausgerufen wurde auf der Grundlage der 6. Erklärung aus dem Lakandonischen Regenwald, an der Hunderte von Organisationen und Kollektiven teil nehmen. Die 6. Erklärung ist eine Analyse der herrschenden Verhältnisse und gibt das Ziel vor, den Kapitalismus nicht nur zu transformieren sondern ihn zu zerstören.

Diese einzelnen Organisationen arbeiten alle auf lokaler Ebene, es sind alles kleine Organisationen. Eine große, überregionale Struktur in Mexiko gibt es noch nicht. Es beginnt

gerade, dass eine solche Struktur aufgebaut wird. Alle teilnehmenden Organisationen kämpfen in ihren eigenen Kämpfen auf lokaler Ebene gegen den Kapitalismus. Z. B. gibt es in der südlichen Region Mexikos einen Stromwiderstand, deren Ziel ist, dass man den elektrischen Strom nicht bezahlen muss. Außerdem setzen sie sich für eigene Netze ein. Sie bauen auch eigene Stromnetze auf. Es gibt Bewegungen wie in Atenco, die kämpfen gegen einen Großflughafen, ein großes neoliberales Projekt. Der große Flughafen von Mexiko-Stadt, der sollte dort gebaut werden. Bewegungen dieser Art nehmen an der Kampagne teil. Dann gibt es noch andere wie: Rentner, Studierende, SexarbeiterInnen, Prostituierte, Schwule, Lesben, Frauenbewegungen, Feministinnen, Minenarbeiter, es ist ein ganz breites Bündnis, das sich dort gemeinsam vernetzt.

Wird bei ihnen in Mexiko die kurdische Bewegung wahrgenommen?

Von der kurdischen Bewegung kommt fast nichts bei uns an. Aber die Menschen wissen zum Teil auch nichts über den Zapatismus. Es muss eine politische Arbeit gemacht werden, dass dies geschieht.

Es mag einige Gruppen geben in Mexiko-Stadt, ab und zu sieht man auch ein Transparent. Aber ich selbst kenne keine einzige Solidaritätsgruppe, die mit der kurdischen Bewegung arbeitet.

Wie ist die Haltung des mexikanischen Staats gegenüber der zapatistischen Bewegung und deren Sympathisanten?

Die Regierung befindet sich im Krieg gegen die mexikanische Bevölkerung. Der Krieg gegen die Drogen, so heißt das offiziell, gegen das organisierte Verbrechen, der seit 2006 in Mexiko ausgerufen wurde, ist ein Krieg, der sich nicht nur in den indigenen Gebieten der Zapatisten ausgebreitet hat. Das Militär ist überall und hat sich über das ganze Land ausgebreitet.

Welche Bewegung wird von der Bevölkerung mehr akzeptiert, der politische oder der bewaffnete Kampf?

Das ist eine gute Frage. Als sich die Zapatisten erhoben haben, haben sie niemanden eingeladen sich ihnen anzuschließen und sich bewaffnet zu erheben. Die Bewegung hat immer versucht, politisch zu agieren. Bewaffnung bedeutet immer andere auszuschließen, es bedeutet immer, dass man sich einschließt und so andere ausschließt. Natürlich ist die Bewaffnung ein wichtiges Zeichen für die Bevölkerung gewesen, nämlich zu sehen, da ist eine Bewegung, die meint es ernst. Die meint es ernst, sich mit der Regierung anzulegen und gegen das System zu kämpfen. Das war ganz wichtig. Aber die Bewegung versucht immer, die Probleme auf politischer Ebene zu lösen. Die Bevölkerung antwortet auch auf ihre politischen Initiativen und nicht auf die bewaffneten.

Mit welchen Begründungen geht die Regierung gegen die Bevölkerung vor? Sind es politische Begründungen, wenn Menschen festgenommen werden?

Die Regierung erfindet einfach irgendwelche Vorwürfe. Sie können soziale AktivistInnen nicht dafür verhaften, dass sie in einer sozialen Bewegung aktiv sind. Das gibt es in Mexiko eigentlich nicht. Es ist, glaub ich, noch nie jemand verhaftet worden, weil er in der EZLN ist. Wenn z. B. ein Büro besetzt wird, da werden die Leute wegen Freiheitsberaubung oder Entführung geräumt und im Anschluss verhaftet. Eine weitere Praxis die die Regierung einfach anwendet ist, sie lassen Leute verschwinden und dann ermorden. Es werden Leute einfach ermordet, LehrerInnen, SozialaktivistInnen, Umweltschützer. Menschen werden einfach liquidiert, und dann wird behauptet, dass waren Drogenbanden. Die Menschen vor Ort wissen aber genau, dass war die Regierung.

In Kurdistan ist das anders, da werden die Menschen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation oder wegen des Separatismusvorwurfs festgenommen.

1995 haben sie mich festgenommen wegen Terrorismusvorwurf, aber die Regierung hatte nichts in der Hand, weil es einfach keine terroristischen Akte gab.

Gibt es in Mexiko die Todesstrafe? Werden Menschen nach ihrer Festnahme liquidiert? Was für Strafen gibt es gegen die Aktivisten?

In Mexiko gibt es keine offizielle Todesstrafe. Menschen werden extralegal Hingerichtet. Aber nach der Festnahme gibt es kein Verschwinden lassen mehr. Wenn Menschen einmal festgenommen worden sind, dann können sie nicht mehr verschwinden. Das würde sofort geahndet. Wenn Menschen verschwinden, dann verschwinden sie vor der Festnahme. Es gibt ungefähr 300 Fälle von Verschwundenen in den letzten 20 bis 30 Jahren. Aber in den letzten Jahren vermischt sich das sehr stark mit den Verschwundenen aus dem Drogenkrieg. Die politischen Verschwunden sind vielleicht 300, aber aus dem kriminellen Milieu sind es vielleicht Tausend. In den letzten Monaten wurden Massengräber entdeckt, in denen die Verschwundenen verscharrt worden sind. Es wurden Massengräber mit 400 Toten gefunden worden. Bei vielen ist unklar, ist er wegen seines sozialen Engagement oder ist er dem Drogenkrieg zum Opfer gefallen. Das ist das Tragische an diesem Drogenkrieg, dass vieles verschwimmt, wen kann man anklagen, ist es die Regierung, oder sind es die Drogenkartelle?

Wie ist die Situation für die Menschen in Mexiko, wie hoch ist die Arbeitslosigkeit, wie sind die Gewerkschaften, sind sie auf Seiten der Regierung oder sind sie autonom organisiert?

Nach offiziellen Zahlen der Regierung liegt die Arbeitslosigkeit bei 6 %. Das sind Zahlen, denen man nicht glauben



Subcomandante Marcos und Comandante Tacho in La Realidad, Chiapas, 1999 Foto: wikipedia

kann. Inoffizielle Quellen sprechen von mindestens 10–15 %. Allein im informellen Bereich arbeiten ca. 13 Mill., das sind gut 13 % der Bevölkerung, das heißt, sie verkaufen auf der Straße als Straßenhändler, Schmuggler usw. Expertenschätzungen sprechen davon, das ca. 60–70 % der Bevölkerung als Arm bezeichnet werden können, die ihre Grundbedürfnisse nicht komplett decken können. So gibt es Menschen, die können sich Ernähren, haben aber kein Haus, andere haben ein Haus, aber nicht genug zu essen, oder sie besitzen keine Möglichkeit für Bildung …

Die absolute Armut, Menschen die nichts besitzen weder ein Dach über dem Kopf noch genug zum Essen besitzen, das sind gut 30 % der Bevölkerung.

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts haben sich die Gewerkschaften stark aufgelöst. Sie waren schon immer eng mit der Regierung verbunden. Anfang der 1980er Jahre begann massiv der Prozess der Privatisierung und damit lösten sich auch immer mehr die Gewerkschaften auf. Sie haben sich pulverisiert. Mittlerweile gibt es in einigen Betrieben 5 Gewerkschaften, die dann alle verschiedene Verträge haben und können nicht mehr gemeinsam kämpfen sonder werden gegeneinander ausgespielt. Sie werden letztendlich von ein und demselben Chef einer Firma kontrolliert.

Wie sieht das in den Regionen der Bewegung aus, konnten dort soziale Verbesserungen erzielt werden?

In den von der zapatistischen Bewegung kontrollierten Gebieten hat sich die Situation verbessert. Es sterben keine Kinder mehr an heilbaren Krankheiten, keine Mütter bei der Geburt müssen sterben, es gibt Impf-Kampagnen, auch die statistische Behörde in Mexiko stellt fest, dass seit 1994 das Niveau der Lebensverhältnisse in den zapatistisch kontrollierten Gebieten angestiegen ist. Die Menschen sind weiterhin arm, sie bleiben auch arm, weil es keine Infrastrukturprojekte gibt, aber der Lebensstandard ist ein bisschen höher. Aber dass Kinder z. B. an Durchfallerkrankungen sterben, passiert dort nicht.

Sind in den Regionen der zapatistischen Bewegung alle in Kollektiven oder Kooperativen organisiert, oder gibt es gemischte, auch private Strukturen. Und die Bildung, die Schulen, sind die von der Bewegung organisiert, oder gibt es noch staatliche und private Schulen?

Es gibt individuelles Land, jede Familie hat ein Stück Land, aber auch kollektives Land, das gemeinsam bearbeitet wird. Alles was an Infrastruktur geschaffen wird, wie Krankenhäuser, Schulen, die sind immer kollektiv. Es gibt keine privaten oder staatlichen Einrichtungen. Die Bewegung lässt das auch nicht zu, dass der Staat dort irgendwelche Einrichtungen errichtet.

Die einzige Option, die die Regierung besitzt um in die Gebiete der Bewegung zu kommen ist eine militärische Offensive. Dafür gibt es für die Regierung keine Rechtfertigung, keine moralische Autorität. Es sind tausende organisierte Gemeinden.

Stimmt es, dass die Bewegung keinerlei Verhandlungen mit der Regierung anstreben und ihre ganze Kraft auf die Selbstorganisierung legen?

Es gibt keine Verhandlung mit der Regierung, weil die Regierung sich noch nie an die Absprachen gehalten hat. Bis 1996, nach dem Aufstand, gab es Verhandlungen und es gab ein Abkommen, das sogenannte Abkommen von San Andres, das wurde von der Regierung nicht unterzeichnet.

Z. B. haben die Zapatisten nach meiner Festnahme erklärt, wenn Mitgliedschaft bei der EZLN Terrorismus ist, dann ist die Regierung nicht mehr glaubwürdig und dann werden wir mit der Regierung auch nicht mehr verhandeln. 1996 wurden so die Verhandlungen abgebrochen, die eigentlich noch weitergehen sollten. Es wurde über die Autonomie verhandelt, weitere Punkte wie Arbeit, Bildung etc., darüber wurde nicht mehr geredet. Die Regierung hat 2001 das Abkommen ratifiziert, aber völlig anders, total abgeschwächt, und modifiziert. Daraufhin wurde geantwortet, jetzt nicht mehr.

Und eine Verhandlungslösung wird auch nicht mehr angestrebt?

Als 2002 alle Parteien eine Rücknahme oder Abschwächung des indigenen Gesetzes von Mexiko vornahmen, wurde beschlossen, nicht mehr mit politischen Parteien zusammenzuarbeiten. Die zapatistische Bewegung bittet nicht mehr darum, dass sich hier irgendetwas verbessert, sondern sie kämpft dafür, dass dieses System, diese Regierung, dieses Parteiensystem zerstört wird. Immer wenn die Regierung kommt und Verhandlungen anbietet sagt die Bewegung, ihr könnt erst einmal den Verhandlungen von 1996 zustimmen, dann könnt ihr wieder kommen, erkennt erst einmal das Abkommen von San Andres an, vorher reden wir nicht weiter. ♦

Abdullah Öcalan

Roadmap

für die
Demokratisierung der Türkei
und die
Lösung der kurdischen Frage

Die Internationale Initiative veröffentlicht eine Kurzfassung der lange erwarteten »Roadmap« Abdullah Öcalans:

Verfasst wurde das Dokument als Teil einer schriftlichen Eingabe Abdullah Öcalans an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in einem seiner dort anhängigen Beschwerdeverfahren. Die türkischen Behörden beschlagnahmten es illegal im August 2009 und leiteten es achtzehn Monate lang nicht an das Gericht weiter. Das Gericht jedoch bestand vehement auf der Aushändigung, da die türkischen Behörden kein Recht haben, dem Gerichtshof derartige Dokumente vorzuenthalten oder sie gar zu lesen.
Gelesen haben sie diese Eingabe zweifellos. Die Gespräche mit Abdullah Öcalan begannen, nachdem die türkische Seite seine Vorschläge eingehend geprüft hatte. Im August 2010 bestätigte die Regierung offiziell, dass Gespräche stattfinden. Es erscheint nicht übertrieben, zu behaupten, dass die »Roadmap« das Dokument war, welches sie in Gang setzte.

Wir veröffentlichen hier eine Leseprobe. Das wichtig Schriftstück für einen gerechten Frieden ist auf der Internetseite: http://www.freedom-for-ocalan.com zu finden.

(...)

1- Der traditionelle Plan von Verleugnung und Vernichtung

In dieser Richtung gibt es immer noch Pläne, die auch umgesetzt werden – wenn auch nicht in der gleichen Zahl und Intensität wie früher. Die dahinter stehenden Kreise stammen aus der bürgerlichen Mittelklasse, die von staatlichen Profiten lebt, und der Bürokratie. Zwar sind sie mittlerweile im In- und Ausland reichlich diskreditiert, doch hindert sie das nicht daran, ihre Vernichtungspläne mit mehr oder weniger raffinierten Methoden umzusetzen. Mit Ausnahme der traditionellen kurdischen Kollaborateure stellen sich alle Kurden der Umsetzung dieser Plänen mit einem in der Geschichte nicht dagewesenen Widerstand entgegen. Die PKK als führende Kraft dieses Widerstandes besitzt die die Kapazität, auch in Zukunft diesen Plänen eigene Planungen entgegenzustellen. Sie besitzt ein Spektrum von Möglichkeiten, das von passivem über aktiven bis hin zum totalen Widerstand reicht. Sollte in der Zukunft die Entwicklung einer demokratischen Lösung ernsthaft stagnieren, so ist damit zu rechnen, dass ein Plan des totalen Widerstands zur Anwendung kommt.

2 – Der föderalistisch-nationalistische Lösungsplan

Auch dieser Plan wird in verschiedenen Dimensionen und Bereichen umgesetzt. Hinter diesem Plan, den die kurdische Regionalregierung im Irak umsetzt, stehen die traditionellen kolonialistischen Nationalstaaten der Region und die globalen Hegemonialmächte. Sie operieren in einem allgemeinen Konsens, wenngleich sie unterschiedliche Interessen vertreten. Die Unterstützung für diesen Plan bezweckt, das revolutionär-demokratische Potential der Kurden zu verzerren und zu kanalisieren. Die USA sind diejenige Hegemonialmacht, welche die kurdische Regionalregierung am offensten unterstützt. Die Regionalregierung spielt eine strategische Rolle bei der Kontrolle des Irak, Syriens, des Iran und der Türkei. Die Regierungen der Türkei, des Iran und Syriens unterstützen seit dem zweiten Weltkrieg mit verschiedenen Methoden den Plan eines »Klein-Kurdistan« in einer Ecke es Irak, um den Widerstand der eigenen Kurden zu brechen und ihre Kurdistans auszuschließen. Wo immer die Kurden aus dieser ihnen zugewiesenen Rolle auszubrechen versuchen, stellen sich diese Mächte mit vereinten Kräften dagegen.

Die Politik des »teile und herrsche« wird vor allem über das »Klein-Kurdistan«-Projekt umgesetzt. Insbesondere die revolutionären, radikaldemokratischen und sozialistischen Kräfte sollen auf diesem Wege unschädlich gemacht werden. Eines der Hauptziele dieses Plans besteht in der Isolation der PKK. Es gibt ein umfangreiches Projekt von GLADIO, welches ein »Klein-Kurdistan « als Gegenleistung gegen die Isolation und Liqudierung der PKK vorsieht. Dieser Plan findet auch breite Unterstützung auf dem internationalen diplomatischen Parkett. Ein Trio aus US-, türkischer und irakischer Regierung plus der kurdischen Regionalregierung versucht im Rahmen dieses Plans momentan, die PKK zum Verzicht auf den bewaffneten Kampf zu bewegen. Wegen der Interessenkonflikte der Beteiligten funktioniert dieser Plan allerdings nicht gut genug und wird nur begrenzt umgesetzt. Da er von weiten Teilen der kurdischen Gesellschaft nicht unterstützt wird, birgt er wenig Hoffnung. Weil er den Interessen einer kleinen Elite dient, wird er zunehmend diskreditiert und seine Akteure isoliert.

Die Reaktion der PKK auf diesen Plan bestand darin, nicht zu kapitulieren, sondern den Widerstand fortzusetzen. Eine Reihe von langjährigen Mitgliedern, die voll von Zweifeln und moralischen und ideologischen Schwächen waren, verließen die Organisation und stellten sich hinter diesen Plan. Der Versuch, daraus eine neue kollaborierende Bewegung zu schaffen, wurde jedoch sofort aufgedeckt und misslang. Da es dem kurdischen Nationalismus wegen seiner traditionellen Schwäche nicht gelingt, einen konsistenten nationalstaatlichen Plan zu entwickeln, sind ihm Korruption und Scheitern geradezu schicksalhaft vorherbestimmt. Diese Kreise hatten ihre ganze Hoffnung auf ein Brechen des Widerstandes der PKK gesetzt. Lange Zeit hatten auch die türkischen Regierungen auf dieselbe Karte gesetzt und auf den kurdischen »Klein-Kurdistan«-Nationalismus gehofft. Ähnlich wie zuvor für Griechen und Armenier sollte für die Kurden ein »Klein-Kurdistan« geschaf-

fen werden. Da die Bedingungen heute jedoch andere sind und durch die Positionierung der PKK der Plan nach hinten losging, wurde die Linie der PKK letztlich gestärkt.

3 – Der demokratische Lösungsplan

Da die beiden genannten Pläne sich als nicht sehr vielversprechend erwiesen und in jeder Hinsicht teuer zu stehen kamen, wandte sich die Republik Türkei Demokratisierungsprojekten zu. Faktoren dafür, dass ein demokratischer Lösungsplan erstmals eine realistische Chance auf Umsetzung besitzt, waren allgemeinen demokratischen Tendenzen der Gegenwart, Anreize von USA und EU im Rahmen der Harmonisierungsgesetzgebung und die Tatsache, dass Medien, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit größtenteils sowie die Kurden vollständig in diese Richtung tendieren. Trotz des erbitterten Widerstandes der nationalistisch-faschistischen Front, die mittlerweile sehr in die Ecke gedrängt ist, stellen sich die wichtigsten Institutionen des Staates nicht gegen Projekte für eine demokratische Lösung. Sie sind sogar maßgeblich daran beteiligt, dass strukturelle Vorbereitungen dafür getroffen werden, und erhöhen so die Chance auf eine Verwirklichung demokratischer Pläne. Diese neue historische Situation macht es erforderlich, dass beide Seiten mehrere Phasen durchschreiten, damit ein Aktionsplan realisierbar wird. Wenn wir uns nun im Rahmen des demokratischen Lösungsplans einem Aktionsplan zuwenden, so könnten nach einer Übereinkunft der Regierung mit den zentralen Institutionen des Staates über Grundzüge eines demokratischen Lösungsplans und bei Unterstützung der kurdischen Seite und demokratischer Kreise realistische Stufen einer Umsetzung folgendermaßen aussehen:

a – Erste Phase | Die PKK erklärt eine dauerhafte Waffenruhe. In dieser Phase müssen beide Seiten vermeiden, auf Provokationen zu reagieren, die Kontrolle über die eigenen Kräfte verstärken und damit fortfahren, die Öffentlichkeit vorzubereiten.

b – Zweite Phase | Auf Initiative der Regierung und mit Zustimmung des Parlaments wird eine »Wahrheits- und Versöhungskommission« gebildet, welche Vorschläge erarbeitet, juristische Hindernisse auszuräumen. Beim Aufbau der Kommission wird ein maximaler Konsens aller Seiten angestrebt. Entsprechend der vor dieser Kommission gemachten Geständnisse und Aussagen wird dem Parlament ein Vorschlag für einen Amnestieausschuss unterbreitet. Wenn die gesetzlichen Hindernisse auf diese Weise beseitigt sind, kann die PKK ihre illegalen Strukturen unter der Kontrolle einer Institution, die aus Vertretern der USA, der EU, der UN, der irakisch-kurdischen Regionalregierung und der Türkischen Republik gebildet wird, vom Territorium der Türkei zurückziehen. Später können diese Kräfte kontrolliert in verschiedenen Gebieten und Ländern angesiedelt werden. Der kritische Punkt in dieser Phase ist, die Freilassung der politischen Gefangenen der PKK und den Rückzug der bewaffneten Kräfte der PKK nach jenseits der Grenze gemeinsam zu planen. Es gilt das Prinzip »das Eine nicht ohne das Andere«.

c – Dritte Stufe | Wenn die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen für eine Demokratisierung gelegt sind, wird kein Raum mehr für einen Griff zu den Waffen bleiben. Diejenigen, die seit vielen Jahren im Exil leben, ausgebürgert wurden oder Flüchtlinge sind, darunter Funktionsträger der PKK, werden anfangen, Schritt für Schritt in die Heimat zurückzukehren. Sobald die Aktivitäten der KCK legalisiert sind, wird es nicht mehr nötig sein, dass die PKK auf dem Territorium der Türkei aktiv ist. Dann wird in jeder Hinsicht auf legale demokratisch-politische, soziale, ökonomische und kulturelle Aktivitäten gesetzt werden.

Meine Situation besitzt für die Realisierung dieses Stufenplans strategische Bedeutung. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Plan ohne mich funktioniert, ist äußerst gering. Daher muss für meine Situation eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Diese Überlegungen und Vorschläge hinsichtlich einer demokratischen Lösung und Planung, die in der türkischen Öffentlichkeit und bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Kurden intensiv diskutiert und von mir erwartet werden, möchte ich so in Skizzenform vorlegen. Natürlich werde ich auf hier eintreffende Überlegungen und Vorschläge der Parteien hin meine Überlegungen und Vorschläge überdenken, modifizieren und weiterentwickeln.

Nachdem ich diese Skizze einer Roadmap angefertigt habe, liegt nun zweifellos der Großteil der Verantwortung beim Parlament der Türkei, den Repräsentanten der wichtigsten Staatsorgane und vor allem der AKP-Regierung. Sofern ein allgemeiner Konsens entsteht, sollte unverzüglich mit der ersten Stufe begonnen werden. Im gegenteiligen Fall werden die Kurden gezwungen sein, auf die Stufe des »totalen Widerstands für die eigene Existenz und die Freiheit« zu wechseln. Dies ist keine Drohung, ich wünsche mir dies keineswegs. Um dies um jeden Preis zu vermeiden, müssen wir daher alle gemeinsam kurzfristige politische Kalkulationen und karrieristische Interessen zurückdrängen und unser Modell und unseren Plan für eine demokratische Öffnung und die Lösung der kurdischen Frage umsetzen.

Wenn das »Modell der demokratischen Öffnung und Lösung der kurdischen Frage«, das den geschichtlichen und aktuellen Gegebenheiten der Türkei entspricht, umgesetzt wird, so bedeutet dies nicht nur einen freieren Fortgang der Geschichte für sie. Es wird auch den Weg frei machen für eine demokratischere, egalitärere und freiere Entwicklung der Völker des Mittleren Ostens. Eine Entwicklung von Elementen der demokratischen Moderne gegen die Besatzung und Kolonisierung der regionalen Kultur durch Elemente der kapitalistischen Moderne wird die Möglichkeit und die notwendige Dynamik mit sich bringen, sie in ein System zu transformieren, das den eigenen historischen Gegebenheiten gerecht wird. Vielleicht wird erstmals die Geschichte nicht mehr als eine Geschichte der Eroberung, Besatzung und Kolonisierung geschrieben werden, sondern als Geschichte einer demokratischen Gesellschaft aus freien und gleichen Individuen.

15. August 2009
Abdullah Öcalan

Hatice Meryem: Hauptsache ein Ehemann

Susanne Roden

Hatice Meryem gibt es eigentlich gar nicht, denn Meryem ist ein Pseudonym. Die 1968 geborene Schrifstellerin lebt in Istanbul. Als langjährige Herausgeberin der türkischen Satirezeitungen Öküz (Ochse) und Hayvan (Tier) hatte sie jüngst im Gespräch bei einer Lesung gemeinsam mit Hakan Günday, einem bisher noch nicht in Deutschland veröffentlichten Schriftsteller, die Situation der Verlage in der Türkei ein wenig beleuchtet. Es gäbe einen Umbruch, der die vielen kleinen Verlage hinwegfegt und neue große Verlage entstehen läßt. Die Vielzahl der kleinen Verlage stellte eine sehr schöne und gute Bereicherung dar und nun findet eine Verschiebung hin zum Kapital statt. Es geht um Verkaufbarkeit von Literatur und ein unbekannter Autor hat dann eben eher Probleme einen Verlag zu finden, der das Risiko eingeht.

Auf die Frage an Günday, ob er denn sein Buch in der Türkei leicht habe drucken lassen können, erkärt dieser, er habe eben keine Ahnung gehabt, sei einfach in eine Buchhandlung gegangen, habe von sieben Verlagen das Impressum notiert und einfach sein Manuskript dahin geschickt. Dann habe er großes Glück gehabt, weil ein angeschriebener Herausgeber gerade in einem großen Verlag aufhörte und bei einem kleinen Verlag begann. Das war dann die Chance – sein Fall wurde zur Veröffentlichung mitgenommen. Er sei wie ein Bulldozer eben mitten rein.

Auf die Frage, wie es denn mit der Meinungsfreiheit so bestellt sei, waren sich beide Schriftsteller einig: Staatskritik, Antimilitarismus bergen Probleme in sich und der Autor greift zu Autozensur. Wie in der ganzen Welt, so hat auch die Türkei rasche Veränderungen durchgemacht. Der letzte Generalstab hätte noch vor 10 Jahren einer Person wie Günday nach dem §301 für seine Veröffentlichung einen Prozess geacht. Wenn man bedenkt, dass 65 Millionen beim Militärdienst waren, dann ist das eine Realität und dies macht eine Äußerung von Antimilitarismus schon schwer. Gesetze kommen und gehen. Selbstzensur ist aber kein Gesetz, sie entsteht im Kopf, durch das eigene Leben, durch Erziehung und kluge Leute, wie Hatice Meryem versuchen dem zu entgehen. Es sei Strategie, dass nach einem Spruch alle in der Türkei „als männliche Soldaten geboren" werden. Die Frauen sind für die Logistik zuständig. Die Aufgaben sind getrennt. Es gibt eine Kette aus Befehlen und es gibt Befehlsopfer. Der Junge wird gehätschelt und zum Mann gedrillt, das alles überträgt sich und die Frauen müssen daraus ausbrechen, erläutert Hatice Meryem.

Die beiden monatlich veröffentlichten Zeitschriften Öküz und Hayvan hatten das Ziel, Kultur und Kunst von ganz unten sowie auch bekannte Autoren zu publizieren. Als dann 1995/1996 die kurdische Sache hochkochte, wurde es für die Gruppen zum Hindernislauf, so die ehemalige Herausgeberin Hatice Meryem. Man habe beipielsweise eine Geheimsprache entwickelt und mit Chiffren für die Leser gearbeitet, die dann wußten, was z.B. „der kleine Stier" bedeutete. Hätten wir das nicht getan, hätten wir Schaden genommen, erklärte sie.

Die Familie von Hatice Meryem stammt ursprünglich aus Sivas und immigriert in den 60er Jahren als Binnenflüchtlinge nach Istanbul. Ihre Eltern lassen sich scheiden, als sie fünf Jahre alt ist. Sie geht auf fünf verschiedene Grundschulen, es wird ständig umgezogen und trotz der Scheidung können die Eltern nicht von einander lassen. Hatice fühlt sich als Kind verloren inmitten dieser Spannungen. Sie wird bis zum achten Lebensjahr auf ein Internat geschickt. Dann wird sie zu ihrer Großmutter gegeben.

Nach dem Internat ist das Leben bei der Großmutter, die in einem Außenbezirk von Istanbul wohnt, völlig anders. Für Hatice ist eine sehr glückliche Zeit. Sie kann auf den Feldern toben und ihre endlose Phantasie ausleben. Sie bezeichnet sich als ein sehr kreatives Kind, dass Geschichten und Spiele erfindet.

Bei der Großmutter genießt sie eine Sonderstellung als das meistgeliebte Enkelkind von ingesamt 17 Kindern. Vielleicht, weil die Eltern sich hatten scheiden lassen. Die Großmutter war eine außergewöhnliche Frau, die einer kurdischen Familie entstammte und die einen wahren Schatz an Geschichten in ihrem Erzählfundus beherbergte. Sie bat die Enkelin ihr jeden Abend Suren und Kurzgeschichten aus dem Koran vorzulesen. Die Großmutter war Alawi, konnte aber weder Arabisch noch Kurdisch. Sie war total Türkisch assimiliert und haßte die Kurden sogar. Unter ihrem Bett hütete sie einen Koffer mit einem Stoffsack, in dem sich wiederum 40 Stofftäschchen befanden. In jeder Stofftasche war ein Stein. Jeder Stein hatte seine Geschichte und die Großmutter hat Hatice alle erzählt. Eines Tages wird sie alle Geschichten aufschreiben.

Ein wenig damit angefangen hat sie bereits und einige dieser Steine herausgepickt. In der Erzählung İnsan Kısım Kısım Yer Damar Damar und in Sinek Kadar Kocam Olsun. Sie sind enthalten in der ersten Buchveröffentlichung Siftah, einer Sammlung von Kurzgeschichten.

Als dann im Alter von 11 Jahren ihre Eltern wieder zusammen finden, ist es vorbei mit der schönen Zeit. Es beginnt für sie ein dunkle und depressive Zeit, ihre taube Zeit, sie befindet sich in einer Art komatischem Zustand, eine Art Paralyse, bis sie ihren Abschluss an der Universität macht. Eine lange Zeit, die sie nachhaltig geprägt hat. Sie fühlte sich immer unkomplett, mit Mängeln behaftet und hatte wenig Selbstbewußtsein. Sie glaubte zu wenig Wissen zu haben und hatte ein Gefühl von Schwäche.

Hatice Meryem beginnt mit dem Schreiben an der Grundschule. Sie schreibt kleine Gedichte über die Natur, aber richtig zu Schreiben beginnt sie erst, als sie an die Universität kommt. Plötzlich hat sie das Bedürfnis ein Tagebuch zu führen und schreibt so lange, bis ihr der Arm schmerzt. Sie möchte sich eigentlich kurz fassen, aber die Aufzeichnungen werden immer detaillreich. Erst im letzten Universitätsjahr beginnt sie mit dem Schreiben von Kurzgeschichten, aber nur für sich. Sie wäre ja nie auf die Idee gekommen, dass diese auch veröffentlicht werden könnten. Aber zum ersten Mal stellt sie eine tiefe Befriedigung beim Schreiben fest.

Sie hat in Izmir Finanzwesen studiert und aus der Familientradition heraus besteht ein gewisser Druck, den Beruf auch auszuüben. Sie beginnt bei einer Bank zu arbeiten, ein Leben, was sie sich so nicht gewünscht hatte. Sie beginnt ein Doppelleben zu führen, tagsüber mit geregeltem Bankalltag mit Kollegen und am Abend dann eine völlig andere Person. Sie schreibt, gibt kleine Leseproben an die Kollegin bei der Bank und diese findet das richtig toll. Das motiviert Hatice Meryem weiter zu machen. Dann trifft sie Metin, einen Schriftsteller und Karikaturisten, dem sie ihre Kurzgeschichten zum Lesen gibt. Sie diskutieren und im Anschluss schickt sie die Kurzgeschichten an das Literaturmagazin Varlık zu einem Wettbewerb und gewinnt eine Auszeichnung. Dies führt zu einem Prozess der Gesundung und sie kündigt 1994 die Stellung bei der Bank und beschließt als Aux-Pair nach London zu gehen. Sie wollte nur ein paar Monate bleiben, dann nach Frankreich, Malaysia, Neu Seeland und die Welt breisen. Letztendlich bleibt sie sechs Monate in London und außer Kinderhüten arbeitet sie auch Zeitungsausträgerin, Büglerin und als Putzfrau in verschiedenen Haushalten, eben alle Tätigkeiten, die das Überleben ermöglichen. Sie selbst beschreibt diese Zeit, als eine sehr aktive Phase in ihrem Leben, sie putzt von 7.00 Uhr bis zum Mittag, nimmt dann eine Dusche, schnappt sich ein Buch und geht in die Natur im Norden von London. Sie liest und schreibt unheimlich viel. Sie hatte beschlossen, als sie die Türkei verließ, Schriftstellerin zu werden. Auch wenn sie das Gefühl hatte, bereits zu alt dafür zu sein mit ihren damals 23 Jahren und bei weitem nicht gerüstet zu sein, so hält sie zielstrebig an ihrem Ziel fest. Es wird ihre produktivstes Zeit sein und die Abwechslung von physischer und geistiger Arbeit läßt sie kreativ werden, sie durchlebt eine Art Erholungsprozess.

Literatur ist etwas, was sie unbewußt tut. Im Bankwesen hat sie hingegen bewußt gehandelt und sie glaubt, genauso arbeiten auch richtige Schriftsteller. Sie ist selten zufrieden mit dem, was sie schreibt und denkt, dass sie es falsch macht, aber es ist letztendlich auch diese Unzufriedenheit, die sie antreibt, weiter zu schreiben. Literatur ist für sie das Gewürz des Lebens, wie sie es in einem Interview mit einer ihrer Übersetzterin bezeichnet hat.

Sie kehrt 1996 zurück in die Türkei und wird Herausgeberin des Magazins Üküz (Ochse). Sie schreibt für das Liteartur-magazins Varlık einzelne Geschichten, die alle mit „Wenn ich die Frau von ...wäre“ beginnen. Es sind Kurzgeschichten, die die verschiedenen Erfahrungen verschiedener Frauen beschreiben. Der Herausgeber Enver Ervan ruft sie an und bittet sie, mehr zu schreiben, es gibt sehr viel positive Resonanz. Sie schreibt insgesamt 30 Geschichten, die dann 2002 als Sammelband Sinek Kadar Kocam Olsun Başımda Bulunsun in türkischer Sprache bei İletişim Yayınları veröffentlicht werden. In der Türkei ist das Buch sehr erfolgreich. In Ankara gibt es sogar eine Theaterfasssung seit kurzem.

„Was wäre das Erste, was mir nach dem Aufwachen an einem neuen Tag in Istanbul in den Sinn käme, wenn ich, sagen wir, die Frau eines Schlachters wäre? Was, wenn ich als Frau im Leben an einen Trunkenbold gefesselt wäre, einen Mann, den die Nachbarn fest schlafend auf einer Bank im Park finden würden, nachdem er für ein Nickerchen auf dem Weg nach Hause von dem Lokal angehalten hätte.“

Die Kurzgeschichten lassen eine bei jeder Geschichte in den Alltag, die Gedanken und Gefühle einer anderen Frau eintauchen, einer Frau in ihrer Rolle zu einem bestimmten Ehemann. Die Geschichten sind in humorvollem Stil geschrieben, jede eine kleine Herausforderung im Thema und in unverblümten Ton läßt Hatice eine jede Frau ihre Geschichte ihrer Ehe und Frauenschaft in dem kleinen Band „Hauptsache einen Ehemann“ erzählen. Ihre Liebe zum Detail, der treffsichere Witz und eine scharfe Beobachtungsgabe, machen das Buch zu einer amüsanten Lektüre. Der vorliegende Band enhält 30 plus 2 Geschichten. Woher Hatice Meryem denn soviel Wissen über die Vielfalt an unterschiedlichen Frauen und Ehesituationen habe, wird sie in einer Lesung gefragt und sie erklärt dies mit folgender Traditon. Es gibt in der Türkei den Frauentag. Der wird nur von Frauen gemeinsam verbracht und diese erzählen sich die intimsten Dinge, sie kochen und lachen gemeinsam. Hatice hat bereits als Kind an diesen Frauentagen teilgenommen.

Auf die Frage, wie dann der Alltag der Frau unter einer religiösen Regierung sei, beschreibt Hatice Meryem folgendermaßen: Das Leben als Frau in der Türkei ist inzwischen nicht mehr nur anstrengend, sondern auch gefährlich. An jeder Ecke kann einem was zu stoßen. Wenn man als Frau zu hart antwortet, zack. Es verschwinden viele Frauen, aber auch Kinder. Im Jahr 2002 gab es 80 Fälle von Männergewalt an Frauen und im Jahr 2009 waren es bereits 963. Da sind aber die Selbstmorde nicht enthalten und es sind die Zahlen der Sicherheitskräfte. Es gibt inzwischen einen Initiative von Männern, die sagen, sie sind keine Männer, denn wenn das Männer sind, dann sind sie keine mehr.

Und somit tauchte dann auch prompt die Frage aus dem Publikum auf, ob Hatice Meryem denn ein Buch plane mit dem Titel „Wenn ich der Mann einer ... sagen wir Bäckersfrau wäre“.

Als Antwort gab sie ein herzhaftes Lachen von sich. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Freudenfeiern über den Wahlerfolg des Wahlblocks in Nordkurdistan
Foto: DIHA

Rückseite:
Kampagnen-Plakat der Kurdischen Frauenbewegung in Europa „Stoppt den Feminizid"!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.


Ji Qirkirina Jinê Re Na!
Stop Feminicide!
ISSN 0935-5375
Tevgera Jinên Kurd ya Ewrupê